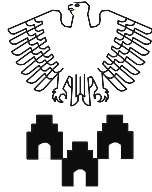


DStGB-Analyse zu Kommunal финанzen

Weiterhin großes
West-Ost-Gefälle bei
Steuereinnahmen





28. April 2000

Auswertung der Kassenstatistik 1.-4. Vierteljahr 1999 für die Mitgliedsverbände des DStGB

A Übersicht über die finanzstatistischen Auswertungen in den Tabellenblättern

- 1 Einnahmen**
- 2 Ausgaben**
- 3 Finanzierungssaldo**
- 4 Nettokreditaufnahme**
- 5 Steuereinnahmen (netto)**
 - 5.1 Gewerbesteueraufkommen (netto)
 - 5.2 Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen je Einwohner seit 1998
 - 5.3 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer
 - 5.4 Entwicklung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer je Einwohner seit 1998
 - 5.5 Einnahmen aus der Gewerbesteuer und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer je Einwohner 1999
 - 5.6 Anteil der Länder am gemeindlichen Steueraufkommen
 - 5.7 Struktur des gemeindlichen Steueraufkommens – nach Steuerarten
 - 5.8 Anteil der Grundsteuer am gemeindlichen Steueraufkommen
 - 5.9 Anteil der Gewerbesteuer und der Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer am gemeindlichen Steueraufkommen
- 6 Schlüsselzuweisungen**
- 7 Investitionszuweisungen**
- 8 Steuereinnahmen und Zuweisungen je Einwohner**

- 9 Personalausgaben**
- 10 Zinsausgaben**
- 11 Sachinvestitionen**
- 12 Ausgaben für Baumaßnahmen**
- 13 Soziale Leistungen**
 - 13.1 Struktur der Ausgaben für soziale Leistungen
 - 13.2 Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen
 - 13.3 Sozialhilfe innerhalb von Einrichtungen
 - 13.4 Sozialhilfe an Kriegsopfer und ähnliche Anspruchsberechtigte
 - 13.5 Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen
 - 13.6 Jugendhilfe innerhalb von Einrichtungen
 - 13.7 Ausgaben für sonstige soziale Leistungen
 - 13.8 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

B Übersicht über die Länderbezeichnungen in den Tabellenblättern

BW	Baden-Württemberg
BY	Bayern
BB	Brandenburg
HE	Hessen
MV	Mecklenburg-Vorpommern
NI	Niedersachsen
NW	Nordrhein-Westfalen
RP	Rheinland-Pfalz
SL	Saarland
SN	Sachsen
ST	Sachsen-Anhalt
SH	Schleswig-Holstein
TH	Thüringen

C Zusammenfassung der Auswertung

Vorbemerkung

Die vorliegenden Übersichten enthalten eine graphische Darstellung der Ergebnisse der Kommunalfinanzstatistik des Jahres 1999. Dabei wird ein Vergleich zum Vorjahreszeitraum vorgenommen, um die aktuelle Entwicklung der Kommunalfinzen seit 1998 zu „messen“. Ein Überblick über die Entwicklung ausgewählter Einnahmen- und Ausgabenpositionen seit dem Jahr 1997 ist anhand der Auswertung vom 20.09.1999 möglich, die auf der Sitzung der Finanzreferenten der Mitgliedsverbände des DStGB am 27.09.1999 beim Bayerischen Gemeindetag diskutiert wurde.

In den nachfolgenden Tabellenblättern sind die in der Kassenstatistik erfaßten Haushaltsergebnisse der Städte, Gemeinden und Landkreise ausgewiesen. Aus der Statistik geht hervor, wieviel Einnahmen den Kommunen im Jahr 1999 zur Verfügung standen, und wie hoch die Ausgaben in den einzelnen Aufgabenbereichen waren. Dargestellt sind weiter die Finanzierungssalden und die Höhe der Nettokreditaufnahme der Kommunen in den einzelnen Bundesländern.

Desweiteren ist die Struktur der Steuereinnahmen – sowohl nach Steuerarten als auch nach Bundesländern – dargestellt. Um einen Ländervergleich zu erhalten, wurden die DM-Beträge errechnet, die statistisch gesehen beim gesamten gemeindlichen Steuererwerb, der Gewerbesteuer, dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und den Zuweisungen in den einzelnen Ländern auf einen Einwohner entfallen.

Da die Finanzierung der sozialen Leistungen für die Haushalte der Kommunen eine zentrale Bedeutung hat, wird auch die Struktur der sozialen Leistungen umfassend dargestellt, indem nach Aufgabenbereichen differenziert wird (bspw. Ausgaben für Sozialhilfe, Jugendhilfe, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz).

Die **Tabellenblätter 1, 2, 5-5.4, 6, 7, 9-13, 13.2-13.8** enthalten jeweils drei **Einzelübersichten**, die folgendermaßen aufgebaut sind: In der ersten Einzelübersicht sind die Ergebnisse der Jahre 1998 und 1999 für die Gesamtheit der Kommunen und deren Aufteilung auf die Kommunen der alten und neuen Länder dargestellt. In der zweiten Einzelübersicht sind die Ergebnisse der Jahre 1998 und 1999 für die Kommunen in den einzelnen Bundesländern abgebildet. Die dritte Einzelübersicht informiert über die prozentuale Veränderung der Einnahmen- und Ausgabenpositionen des Jahres 1999 gegenüber dem Jahr 1998. Hier sind die Ergebnisse zusammengefasst nach alten und neuen Ländern dargestellt sowie differenziert ausgewiesen nach einzelnen Bundesländern. Die Einzelübersichten 2 und 3 ermöglichen eine vergleichende Betrachtung der Entwicklung der kommunalen Finanzen in den jeweiligen Bundesländern.

- Das **Tabellenblatt 3** enthält eine zusammengefasste Darstellung der Tabellenblätter 1 und 2 für das Jahr 1999 und informiert über die Finanzierungssalden in den einzelnen Ländern.
- Im **Tabellenblatt 4** sind die Finanzierungssalden und die Nettokreditaufnahme der Kommunen in den einzelnen Ländern gegenüber gestellt. Diese Übersicht gibt Aufschluss darüber, inwieweit ein Finanzierungsüberschuss zur Tilgung von Schulden eingesetzt werden konnte.
- Das **Tabellenblatt 5.5** stellt die Höhe der Einnahmen aus Gewerbesteuer und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer je Einwohner der Kommunen eines Landes dar. Damit ist ein Ländervergleich der Steuerstärke der Kommunen möglich.

- Das **Tabellenblatt 8** ermöglicht ebenfalls einen Ländervergleich – und zwar hinsichtlich der Höhe der Steuereinnahmen und Zuweisungen je Einwohner.
- Das **Tabellenblatt 5.6** zeigt die Struktur des gesamten gemeindlichen Steueraufkommens. Dargestellt ist zum einen, wie hoch der Anteil der Bundesländer am gemeindlichen Steueraufkommen der gesamten Bundesrepublik ist. Da es zwischen den alten und den neuen Ländern große Unterschiede hinsichtlich der gemeindlichen Steuerkraft gibt, wurde eine Differenzierung nach alten und neuen Ländern vorgenommen.
- **Tabellenblatt 5.7** zeigt die Struktur der Steuereinnahmen nach Steuerarten. Zum einen sind die Absolutbeträge ausgewiesen, die auf die einzelnen Steuerarten in den alten und den neuen Ländern sowie in Gesamtdeutschland entfallen, zum anderen sind die prozentualen Anteile der Steuerarten am gesamten gemeindlichen Steueraufkommen der Bundesrepublik und der Kommunen in den alten und neuen Ländern dargestellt.
- Die **Tabellenblätter 5.8 und 5.9** zeigen, wie hoch der Anteil der einzelnen Steuerarten am gesamten gemeindlichen Steueraufkommen der einzelnen Bundesländer ist.
- **Tabellenblatt 13.1** zeigt die Struktur der Ausgaben für soziale Leistungen. Auch hier wurde eine Differenzierung zwischen alten und neuen Ländern vorgenommen.

Die Kommunalfinanzstatistik weist die Haushaltsergebnisse der Kommunen der Flächenländer nach; die Ergebnisse der Stadtstaaten sind im vorliegenden Datenmaterial nicht enthalten. In der Kommunalfinanzstatistik werden die Einnahmen und Ausgaben zu dem Zeitpunkt erfasst, zu dem sie anfallen, unabhängig davon, ob die Zahlungen dem Grunde nach einem anderen Rechnungsjahr zuzuordnen sind. Dabei gehen die Determinanten der finanzstatistischen Entwicklung aus der Kassenstatistik nicht hervor. Informationen über die Haushaltsentwicklung in Städten und Gemeinden unterschiedlicher Einwohnerzahl gehen ebenfalls aus der Statistik nicht hervor. Entsprechendes Datenmaterial, das einen differenzierten Überblick über die Entwicklung der Kommunalfinzen nach Gemeindegrößenklassen in den einzelnen Ländern gibt, liegt auf Bundesebene nicht vor, sondern ist bei den Statistischen Landesämtern erhältlich.

Die statistischen Ergebnisse im Überblick

1 Einnahmen

Für die Gesamtheit der Kommunen hat sich im Jahr 1999 gegenüber dem Jahr 1998 ein Einnahmewachstum von +1,4 % ergeben. Die Einnahmen der Kommunen der alten Länder sind um +2 % gestiegen, während die Einnahmen der Kommunen in den neuen Ländern um -1 % gesunken sind.

Wie bereits im Vorjahr ist der Einnahmewachstum der Kommunen der alten Länder vor allem auf die gute Entwicklung bei der Gewerbesteuer und auch beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zurückzuführen. Außerdem haben sich Zuwächse bei den Schlüsselzuweisungen ergeben.

Der Einnahmerückgang in den Kommunen der neuen Länder ergibt sich vor allem durch geringere Investitions- und Schlüsselzuweisungen sowie durch geringere Gewerbesteuereinnahmen. Einnahmewachstum beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer werden durch diese Rückgänge überkompensiert.

2 Ausgaben

Für die Gesamtheit der Kommunen sind die Ausgaben im Jahr 1999 um +1,6 % gestiegen. Auch bei den Ausgaben sieht die Entwicklung in den alten und neuen Ländern unterschiedlich aus: Während die Kommunen der alten Länder einen Ausgabenzuwachs von +2,3 % aufweisen, haben die Kommunen der neuen Länder einen Rückgang von -1,8 % zu verzeichnen. Zurückzuführen ist der Rückgang in den neuen Ländern vor allem auf geringere Investitions- und Personalausgaben.

3 Finanzierungssaldo

Insgesamt haben die Kommunen mehr eingenommen als ausgegeben, so dass sich für 1999 ein Finanzierungsüberschuss ergibt. Dieser Überschuss beschränkt sich allerdings auf die Kommunen der Länder Baden-Württemberg, Hessen, Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Es ist davon auszugehen, dass in den genannten Ländern die Entwicklung der Kommunalhaushalte recht unterschiedlich verlaufen ist und – in Abhängigkeit von der Entwicklung der Steuereinnahmen – die Finanzierungsüberschüsse weitgehend regional konzentriert angefallen sind.

4 Nettokreditaufnahme

Insgesamt haben die Kommunen der alten Länder einen Finanzierungsüberschuss in Höhe von etwa +5 Mrd. DM, während die Kommunen der neuen Länder ein Finanzierungsdefizit von gut -400 Mio. DM aufweisen. Für die Gesamtheit der Kommunen ergibt sich damit ein Finanzierungsüberschuss in Höhe von +4,6 Mrd. DM.

Offensichtlich ist der Finanzierungsüberschuss der alten Länder – wie bereits im Vorjahr – regional konzentriert angefallen und hat sich auf einige steuerstarke Kommunen beschränkt. Hierfür spricht bspw., dass der Finanzierungsüberschuss in Höhe von etwa 5 Mrd. DM kaum zur Schuldentilgung eingesetzt wurde. Mit nur 73 Mio. DM wurden nur knapp 1,5 % des gesamten Überschusses zur Tilgung kommunaler Schulden eingesetzt.

Ein Blick auf die Herkunft des Finanzierungsüberschusses nach Ländern zeigt, dass Überschüsse in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen erzielt wurden. Schulden getilgt wurden mit Hilfe dieser Überschüsse von den Kommunen der Länder Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen. Die Kommunen Bayerns und Nordrhein-Westfalens mussten per Saldo neue Kredite aufnehmen. Um diese Entwicklung genauer interpretieren zu können, ist ein Blick auf die disaggregierten Haushaltsergebnisse in den Ländern erforderlich. Insgesamt kann vermutet werden, dass sich – wie bereits im Vorjahr – die Überschüsse einiger Kommunen, die hohe Gewerbesteuererinnahmen und Veräußerungserlöse erzielt haben, überproportional auf das Gesamtergebnis niedergeschlagen haben, während die Mehrzahl der Kommunen nach wie vor den Haushaltsausgleich nicht erreichen konnte und Finanzierungsdefizite zu verzeichnen hatte.

Die Kommunen der neuen Länder hatten auch im Jahr 1999 mit Finanzierungsdefiziten zu kämpfen. Allerdings sind diese in allen Ländern – bis auf Mecklenburg-Vorpommern – etwas geringer als im Vorjahr.

Während die Kommunen der alten Länder per Saldo 73 Mio. DM Schulden tilgen konnten, mussten die Kommunen der neuen Länder 459 Mio. DM zusätzliche Schulden aufnehmen. Die Entwicklung der Netto-Neuverschuldung verlief dabei nicht einheitlich. Während die Kommunen Brandenburgs ihre Netto-Neuverschuldung ausweiteten, konnten die Kommunen der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen diese zurückfahren. Die Kommunen des Freistaates Sachsen haben –

trotz eines aggregierten negativen Finanzierungssaldos von -15 Mio. DM – per Saldo sogar Schulden getilgt.

Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang darauf, dass die in der Statistik erfassten Schulden durch Ausgliederungseffekte verzerrt sein können. Je mehr Einrichtungen mit hohem Schuldenstand in den einzelnen Bundesländern ausgegliedert wurden, um so geringer ist der in der Kommunalfinanzstatistik verbleibende „sichtbare“ Teil der gesamten kommunalen Verbindlichkeiten.

5 Steuereinnahmen (netto)

Das gemeindliche Steueraufkommen hat in den alten und neuen Ländern im Jahr 1999 um +5 % (=4,75 Mrd. DM) zugenommen. Die Kommunen der alten Länder hatten einen Zuwachs in Höhe von +4,9 % (=4,3 Mrd. DM) zu verzeichnen, während die Steuereinnahmen der Kommunen in den neuen Ländern mit +6,2 % (=480 Mio. DM) gewachsen sind. Die unterschiedlich hohen Absolutbeträge, die hinter den Veränderungsraten stehen, verdeutlichen, wie gering das Niveau der originären Steuereinnahmen der Kommunen in den neuen Ländern nach wie vor ist.

Bis auf Mecklenburg-Vorpommern haben alle Bundesländer Zuwächse des gemeindlichen Steueraufkommens zu verzeichnen. Dabei reicht die Spannbreite von +1,8 % (Schleswig-Holstein) bis +10,4 % (Hessen).

Um einen Ländervergleich zu ermöglichen, sind in den Darstellungen der Tabellenblätter 5.2, 5.4, 5.5 und 8 die Steuereinnahmen in DM je Einwohner ausgewiesen.

5.1 Gewerbesteueraufkommen (netto)

Die Zuwächse der gemeindlichen Steuereinnahmen sind in den Kommunen der alten Länder vor allem auf die Zuflüsse bei der Gewerbesteuer zurückzuführen. Die Kommunen der alten Länder hatten bei der Gewerbesteuer einen Zuwachs von +5,7 % zu verzeichnen, während die Kommunen der neuen Länder hier einen Rückgang von -2,7 % zu verzeichnen hatten. Da das gesamtdeutsche Gewerbesteueraufkommen überwiegend in den Kommunen der alten Länder anfällt, spiegelt sich die Wachstumsrate für die Aufkommensentwicklung der alten Länder im gesamtdeutschen Ergebnis wider. Insgesamt ist das bundesweite Netto-Gewerbesteueraufkommen 1999 um +5,1 % gestiegen.

Ein Blick auf die Herkunft der Gewerbesteuerzuwächse der alten Länder zeigt, dass insbesondere Hessen (+14,3 %) sowie Baden-Württemberg (+11,1 %) und Niedersachsen (+8,8 %) einen hohen Anteil am Aufkommenszuwachs haben. In Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein ist das Gewerbesteueraufkommen im Jahr 1999 mit -0,5 % und -3,6 % rückläufig gewesen. Hinzuweisen ist darauf dass die vergleichsweise moderate Gewerbesteuerentwicklung in Bayern (+2,5 %) vor dem Hintergrund des hohen Ausgangsniveaus im Jahr 1998 (+8,3 %) gesehen werden muß.

In den Kommunen der neuen Länder ist das Gewerbesteueraufkommen im Jahr 1999 – bis auf Sachsen (+1,2 %) – zurückgegangen. Insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern sind die Einnahmen aus der Gewerbesteuer erheblich gesunken (-10,5 %). Die rückläufige Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens ist für die Kommunen der neuen Länder vor dem Hintergrund des vergleichsweise geringen Ausgangsniveaus problematisch.

5.2 Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen je Einwohner seit 1998

Bezogen auf einen Einwohner ist das Gewerbesteueraufkommen in den Städten und Gemeinden der neuen Länder um -2,2 % zurückgegangen, während der Rückgang des Gesamtaufkommens in den neuen Ländern mit -2,7 % etwas höher lag. Da diese Veränderungsdaten auf der Basis der Einwohnerstände per 31.12.1997 und 31.12.1998 berechnet wurden, kommt in den unterschiedlich hohen Veränderungsdaten des Gesamtaufkommens einerseits und der DM-Beträge je Einwohner andererseits zum Ausdruck, dass in den neuen Ländern die Einwohnerzahlen im Laufe des Jahres 1998 zurückgegangen sind.

Insgesamt ist die Bevölkerungszahl seit Ende 1997 in allen neuen Ländern – bis auf Brandenburg – zurückgegangen. Die höchsten Rückgänge hatte Sachsen-Anhalt zu verzeichnen, gefolgt von Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern.

In den Kommunen der alten Länder gleicht die Veränderungsrate des Pro-Kopf-Gewerbesteueraufkommens (+5,6 %) etwa der Veränderungsrate des Gesamtaufkommens (+5,7 %), worin sich zeigt, dass die Bevölkerung in den Flächenländern des früheren Bundesgebietes seit 1997 nur leicht gestiegen ist.

Per Saldo wiesen am Ende des Jahres 1998 sämtliche alten Bundesländer – bis auf das Saarland – eine höhere Einwohnerzahl als Ende 1997 auf. Dabei war der Bevölkerungszuwachs in Schleswig-Holstein am höchsten, gefolgt von Baden-Württemberg, Niedersachsen, Bayern, Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen.

5.3 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Während die Gewerbesteuereinnahmen in den Kommunen der neuen Länder zurückgegangen sind, ist die Entwicklung beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer für die Haushalte der Städte und Gemeinden erfreulicher verlaufen. Insgesamt hat es in den neuen Ländern einen Zuwachs beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer von +16,2 % gegeben.

Sachsen-Anhalt liegt mit einem Zuwachs von +33,0 % an der Spitze, gefolgt von Sachsen (+17,1 %), Thüringen (+13,3 %) und Brandenburg (11,9 %). Dabei ist der Anstieg des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer in Sachsen-Anhalt mit +33 % deutlich überzeichnet. Zurückzuführen ist dies auf den Abrechnungsrhythmus des Landes Sachsen-Anhalt und kommt insbesondere dadurch zustande, dass eine hohe Abschlußzahlung für 1998 in den Kommunalhaushalten erst Anfang 1999 kassenwirksam geworden ist. Allein auf diesen Effekt sind etwa 11 % des Aufkommenszuwachses in Sachsen-Anhalt zurückzuführen. Da in der Kassenstatistik die Zahlungen nach dem Zeitpunkt der Kassenwirksamkeit erfaßt sind, wirkt die Nachzahlung für 1998 optisch stark aufkommenserhöhend im Jahr 1999. Desweiteren ist der hohe Anstieg im Jahr 1999 – wie auch in den übrigen neuen Ländern – vor dem Hintergrund der geringen Ausgangsbasis des Jahres 1998 zu relativieren.

Nur 534 DM je Einwohner standen den Städten und Gemeinden Mecklenburg-Vorpommerns an Steuereinnahmen im Jahr 1999 zur Verfügung. Damit liegen die Städte und Gemeinden Mecklenburg-Vorpommerns bundesweit an vorletzter Stelle auf der „Pro-Kopf-Steuerkraftskala“. Da in strukturpolitischer Hinsicht noch immer auch in Mecklenburg-Vorpommern ein erheblicher Nachholbedarf besteht, ist eine Stärkung der kommunalen Investitionskraft zur Standortentwicklung unverzichtbar. Vor diesem Hintergrund ist nicht nur der Rückgang der Investitionszuweisungen um -16,0 % kritisch zu beurteilen. Problematisch ist auch, dass die originäre Steuerkraft der Kommunen Mecklenburg-Vorpommerns im Haushaltsjahr 1999 nicht gestärkt werden konnte. Vielmehr verschärft die nur unterdurchschnittliche Zunahme des Gemeindeanteils an

der Einkommensteuer (+3,2 %) in Kombination mit dem Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen (-10,5 %) die anhaltende Steuerschwäche der Kommunen Mecklenburg-Vorpommerns.

Der Zuwachs beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in den alten Ländern bleibt mit + 3,6 % zwar deutlich hinter dem Zuwachs der neuen Länder zurück. Allerdings ist diese Veränderungsrate vor dem Hintergrund des bereits hohen Ausgangsniveaus in den alten Ländern zu sehen.

Bundesweit ist das Aufkommen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer um +4,3 % gestiegen.

5.4 Entwicklung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer je Einwohner seit 1998

Bezogen auf einen Einwohner sind die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in den neuen Ländern mit +16,8 % etwas stärker gestiegen als das Gesamtaufkommen (+16,2 %). Darin kommt zum Ausdruck, dass Ende 1998 in den fünf neuen Ländern weniger Einwohner lebten als am Ende des Vorjahres.

Wie auch bei der Gewerbesteuer gleicht beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer die Veränderungsrate des Pro-Kopf-Aufkommens (+3,4 %) in den Kommunen der alten Länder etwa der Veränderungsrate des Gesamtaufkommens (+3,6 %). Darin kommt zum Ausdruck, dass die Bevölkerung in den Flächenländern des früheren Bundesgebietes seit 1997 nur leicht zugenommen hat. Wie auch bei der Gewerbesteuer wird bei differenzierter Betrachtung deutlich, dass die Veränderungsraten des Pro-Kopf-Aufkommens einerseits und des Gesamtaufkommens andererseits in den einzelnen Ländern etwas abweichen, was auf die unterschiedliche Veränderung des Bevölkerungszuwachses in den einzelnen Ländern zurückzuführen ist.

5.5 Einnahmen aus der Gewerbesteuer und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer je Einwohner 1999

Die beiden wichtigsten Steuerarten für die Finanzierung der Städte- und Gemeindehaushalte sind die Gewerbesteuer und der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Tendenziell ist der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer für die Haushalte kleinerer Städte und Gemeinden relativ bedeutsamer, während die Gewerbesteuer die wichtigste Steuerquelle großstädtischer Haushalte ist.

Bezogen auf die Einwohner der Kommunen in den Bundesländern hat die Gewerbesteuer in Hessen mit 801 DM je Einwohner (DM/EW) das stärkste Gewicht, gefolgt von Baden-Württemberg (599 DM/EW) und Nordrhein-Westfalen (594 DM/EW). Im bundesdeutschen Durchschnitt standen den Kommunen im Jahr 1999 Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 500 DM je Einwohner zur Verfügung. Damit liegen die Kommunen der neuen Länder mit durchschnittlich 198 DM je Einwohner etwa 300 DM unter dem Bundesdurchschnitt. Mit einem Betrag von 229 DM/EW (Sachsen) und 170 DM/EW (Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern) stehen den Kommunen der neuen Länder pro Einwohner deutlich weniger Gewerbesteuereinnahmen zur Verfügung.

Ähnlich sieht die Entwicklung beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer aus. Die Kommunen Hessens liegen mit einem Betrag von 706 DM je Einwohner vor Baden-Württemberg (658 DM/EW) und Bayern (620 DM/EW) an der Spitze, während die Kommunen der neuen Länder durchschnittlich nur einen Betrag von etwa 185 DM je Einwohner erhalten. Dies sind 416 DM weniger als die Kommunen der alten Länder

durchschnittlich pro Einwohner aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer bekommen.

5.6 Anteil der Länder am gemeindlichen Steueraufkommen

Nur etwa 8,3 % des gesamten gemeindlichen Steueraufkommens der Bundesrepublik entfällt auf die Gemeinden der neuen Länder. An dieser Relation wird deutlich, dass die originäre Steuerkraft der Kommunen der neuen Länder nach wie vor sehr gering ist.

Das Gros des gesamtdeutschen gemeindlichen Steueraufkommens entfällt auf die Bundesländer Nordrhein-Westfalen (27,5 %), Bayern (17,7 %), Baden-Württemberg (16,3 %) und Hessen (11,0 %). Die Kommunen der Länder Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein tragen mit 4,9 % und 3,4 % zum bundesdeutschen gemeindlichen Steueraufkommen bei. Der Beitrag der Saarländischen Kommunen zum bundesdeutschen gemeindlichen Steueraufkommen ist mit 1,1 % etwa so hoch wie der Beitrag der Kommunen Mecklenburg-Vorpommerns (1,0 %).

Das gemeindliche Steueraufkommen der alten Länder wird überwiegend in Nordrhein-Westfalen (29,9 %), Bayern (19,3 %) und Baden-Württemberg (17,8 %) erbracht. Das gemeindliche Steueraufkommen der neuen Länder entfällt zu 35,0 % auf die Kommunen des Freistaates Sachsen. Die Kommunen der Länder Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern tragen jeweils mit einem Anteil von 19,1 %, 18,8 %, 15,4 % und 11,7 % zum gemeindlichen Steueraufkommen der neuen Länder bei.

5.7 Struktur des gemeindlichen Steueraufkommens – nach Steuerarten

Für die Kommunen der alten Länder ist der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit 40,8 % die wichtigste Steuerquelle. Auf die Gewerbesteuer entfällt ein Anteil von 38,6 %. Die Grundsteuer B und der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer tragen mit jeweils 13,7 % und 4,8 % zum gemeindlichen Steueraufkommen der alten Länder bei.

Etwas anders sehen die Relationen für die Kommunen der neuen Länder aus. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ist mit 31,4 % von vergleichsweise geringerer Bedeutung als in den alten Ländern. Der Anteil der Gewerbesteuer an den gemeindlichen Steuereinnahmen der neuen Länder liegt dagegen bei 33,7 % und reicht damit etwas näher an die Relation der alten Länder heran. Die geringe originäre Steuerkraft der Kommunen der neuen Länder kommt bspw. auch in der vergleichsweise hohen Bedeutung der Grundsteuer und des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer zum Ausdruck. Der Anteil der Grundsteuer B am gemeindlichen Steueraufkommen der neuen Länder beträgt 22,9 % (alte Länder: 13,7 %); der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer macht 8,9 % des gemeindlichen Steueraufkommens aus (alte Länder: 4,8 %).

Da die Berechnung der Grundsteuer in den neuen Ländern zum Teil noch auf der Basis einer sog. Ersatzbemessungsgrundlage vorgenommen wird, die sich an Werten aus dem Jahr 1935 orientiert, ist die Bedeutung der Grundsteuer für das gemeindliche Steueraufkommen der neuen Länder sogar noch zu relativieren: Wenn die grundsteuerliche Bemessungsgrundlage in den neuen Ländern vollständig an die in den alten Ländern üblichen Einheitswerte des Jahres 1964 angeglichen würde, fiel die Bedeutung der Grundsteuer für das gemeindliche Steueraufkommen der neuen Länder noch wesentlich höher aus.

5.8 Anteil der Grundsteuer am gemeindlichen Steueraufkommen

Die Bedeutung der Grundsteuer A für das gemeindliche Steueraufkommen ist sehr gering. Mit ca. 640 Mio. DM betrug das bundesweite Aufkommen der Grundsteuer A im Jahr 1999 nur etwa ein Zehntel dessen, was den Städten und Gemeinden bspw. aus der Konzessionsabgabe zugeflossen ist. Bundesweit – und auch im Durchschnitt der alten Länder – liegt der Anteil der Grundsteuer A am Steueraufkommen der Gemeinden nur bei 0,64 %. In den neuen Ländern liegt der Anteil der Grundsteuer A mit 1,6 % etwas höher.

Erkennbar ist die recht unterschiedliche Bedeutung der Grundsteuer für das gemeindliche Steueraufkommen. In Ländern mit hoher Bedeutung der ertrags- und einkommensabhängigen Steuern sinkt die Rolle der Grundsteuer für die Finanzierung der Kommunalhaushalte (s. bspw. Hessen).

5.9 Anteil der Gewerbesteuer und der Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer am gemeindlichen Steueraufkommen

Die Gewerbesteuer ist vor allem für die Kommunen der Länder Hessen (43,9 % des gemeindlichen Steueraufkommens), Bayern (39,0 %), Nordrhein-Westfalen (38,9 %) und Baden-Württemberg (38,3 %) von hoher Bedeutung. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer spielte im Jahr 1999 die größte Rolle für die Kommunen Schleswig-Holsteins (46,4 %). Die hohe Bedeutung des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer für die Haushalte der Kommunen Sachsen-Anhalts (32,4 %) ist vor dem Hintergrund des überzeichneten Aufkommens (vgl. 5.3) zu relativieren.

6 Schlüsselzuweisungen

Bundesweit haben die Länder die Schlüsselzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich im Jahr 1999 um +3,9 % erhöht. Dieser Zuwachs entfällt mit +7,2 % jedoch überwiegend auf die Kommunen der alten Länder. In den Kommunen der neuen Länder sind die Einnahmen aus Schlüsselzuweisungen mit -2,7 % rückläufig, wobei Brandenburg mit -13,6 % an der Spitze liegt. Einzig an die Kommunen des Freistaates Sachsen wurden die Schlüsselzuweisungen mit +1,3 % im Jahr 1999 gegenüber dem Vorjahr leicht ausgeweitet.

7 Investitionszuweisungen

Rückläufig sind bundesweit die Zuweisungen der Länder für Investitionen (-3,8 %). Der Rückgang liegt in den alten Ländern bei -3,2 %. Hinzuweisen ist bei Interpretation der Ergebnisse darauf, dass der hohe Rückgang der Zuweisungen für Investitionen an die Saarländischen Kommunen (-45,0 %) vor dem Hintergrund des hohen Zuwachses im Vorjahr (+71,7 %) zu sehen ist. Auch die erneut rückläufigen Investitionszuweisungen an die Niedersächsischen Kommunen (-11,7 %) sind im Zusammenhang mit der Vorjahresentwicklung (-30,4 %) zu sehen und insofern kritisch zu beurteilen. Da parallel zum Rückgang der Investitionszuweisungen die Schlüsselzuweisungen um +30,4 % erheblich angestiegen sind, darf vermutet werden, dass das Land Niedersachsen Umschichtungen der Investitionszuweisungen zugunsten der Schlüsselzuweisungen vorgenommen hat – sicher auch, um den Anforderungen der Rechtsprechung an die kommunale Finanzausstattung gerecht zu werden. Lediglich in Nordrhein-Westfalen wurden die Investitionszuweisungen mit +3,8 % etwas ausgeweitet.

In den neuen Ländern sind die Zuweisungen für Investitionen an die Kommunen mit -4,6 % stärker rückläufig als in den alten Ländern. Leicht ausgeweitet wurden die Investitionszuweisungen an die Kommunen Sachsens (+0,8 %) und Thüringens

(+8,5 %). Allerdings sind diese Zuwachsraten vor dem Hintergrund des reduzierten Vorjahresniveaus zu sehen (Sachsen -10,9 %, Thüringen -3,8 %).

8 Steuereinnahmen und Zuweisungen je Einwohner

Die geringe Steuerkraft der Gemeinden der neuen Länder führt zu einer hohen Abhängigkeit vom kommunalen Finanzausgleich und spiegelt sich in hohen Zuweisungsvolumina wider. Während nur 8,3 % der gemeindlichen Steuereinnahmen auf die neuen Länder entfallen, sind die Gemeinden der neuen Länder mit 35 % an den Zuweisungen beteiligt.

Bezogen auf einen Einwohner bekamen die Kommunen der neuen Länder im Jahr 1999 nur etwa 588 DM an Steuern, während die Kommunen der alten Länder 1.471 DM je Einwohner einnehmen konnten. Damit ist das Pro-Kopf-Steueraufkommen der alten Länder etwa 2 ½ mal so hoch wie das der neuen Länder.

Die geringe Steuerkraft der Kommunen der neuen Länder spielt sich in einer hohen Zuweisungsabhängigkeit wider und kommt in hohen Zuweisungsbeträgen je Einwohner zum Ausdruck. So haben die Kommunen der neuen Länder mit 1.506 DM knapp 2 ½ mal höhere Zuweisungen je Einwohner bekommen als die Kommunen der alten Länder, die nur 627 DM/EW erhielten (Zuweisungen = Schlüsselzuweisungen + Investitionszuweisungen).

Die niedrigsten Zuweisungsbeträge je Einwohner erhielten im Jahr 1999 die Bayerischen Kommunen (473 DM). Die Kommunen Sachsen-Anhalts haben mit durchschnittlich 1.722 DM die höchsten Zuweisungsbeträge je Einwohner erhalten. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass für einen „unverfälschten“ Vergleich der hier dargestellten DM-Beträge je Einwohner unbedingt der Umfang der kommunalen Aufgaben in den einzelnen Bundesländern betrachtet werden muss. So erklären sich die bundesweit unterschiedlichen DM-Beträge teilweise daraus, dass der Katalog der „kommunalisierten Aufgaben“ (= Aufgabenteilung zwischen Land und Kommunen), nach dem sich die Höhe der erforderlichen Finanzausstattung richtet, von Land zu Land unterschiedlich aussieht. Insofern unterscheidet sich auch der Umfang der Ausgleichsleistungen im kommunalen Finanzausgleich von Land zu Land.

Da Steuereinnahmen und Zuweisungen den Kern der kommunalen Finanzausstattung bilden, ist ein Blick auf die Summe dieser beiden Einnahmearten je Einwohner aufschlussreich. Festzustellen ist, dass die Summe aus Zuweisungen und Steuereinnahmen je Einwohner in den alten und neuen Ländern weitgehend identisch ist. Die Kommunen der alten Länder haben mit 2.098 DM nur etwa 4 DM pro Einwohner mehr bekommen als die Kommunen der neuen Länder (2.094 DM).

Die Bedeutung der Ertragsteuern (Gewerbsteuer, Einkommensteuer) für die Haushalte der Städte und Gemeinden spiegelt sich auch in der Höhe der Steuereinnahmen je Einwohner wider. Die Länder Hessen, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Bayern liegen mit Pro-Kopf-Beträgen zwischen 1.463 DM und 1.824 DM an der Spitze. Die niedrigsten Steuereinnahmen je Einwohner haben die Gemeinden der neuen Länder mit Beträgen zwischen 515 DM (Thüringen) und 643 DM (Sachsen).

9 Personalausgaben

Bundesweit sind die Personalausgaben 1999 gegenüber dem Vorjahr um +1,0 % gestiegen. Dabei ist das Bild unter den Ländern nicht einheitlich. Insgesamt haben die Kommunen der alten Länder einen Zuwachs von +1,4 % bei den Personalausgaben zu verzeichnen, während die Personalausgaben der neuen Länder mit -0,6 % leicht rückläufig waren.

Wie auch bei der Interpretation der Schuldenstandsentwicklung ist die Entwicklung der Personalausgaben in den einzelnen Ländern ggf. um Ausgliederungseffekte zu bereinigen. Nach der Haushaltsumfrage 1999/2000 der kommunalen Spitzenverbände beträgt der Ausgliederungseffekt bei den Personalausgaben in den Kommunen der alten Länder etwa 0,5 %, während dieser in den neuen Ländern mit 0,9 % etwas höher liegt. Zurückzuführen ist der etwas höhere Ausgliederungseffekt in den neuen Ländern vor allem darauf, dass Einrichtungen im Bereich der Kinder- und Jugendbetreuung auf einen anderen Träger übertragen bzw. aufgelöst wurden (v.a. Krankenhäuser, Kindertagesstätten).

Insgesamt kommen in der Entwicklung der Personalausgaben deutliche Konsolidierungserfolge der Kommunen zum Ausdruck. Durch Personalabbau konnte die Beschäftigtenzahl zur Jahresmitte bei den Kommunen um -3 % reduziert werden; bei Bund und Ländern fiel der Personalabbau mit -1 % bzw. -2 % etwas geringer aus. Insgesamt sind die Personalausgaben trotz der Tarifvereinbarungen des letzten Jahres (Anhebung der Vergütungen um 3,1 % ab 01.04.1999 sowie Einmalzahlungen in Höhe von 300 DM bzw. 258 DM für die ersten drei Monate) und einer entsprechenden Erhöhung der Beamtenbesoldung (+2,9 % ab 01.06.1999) bundesweit nur um +1 % gestiegen.

In den neuen Ländern kommt in der rückläufigen Entwicklung der kommunalen Personalausgaben nicht nur der etwas höhere Ausgliederungseffekt zum Ausdruck. Aufgrund des relativ hohen Angestelltenanteils machen sich auch die Entlastungseffekte durch die Absenkung der Rentenversicherungsbeiträge im Rahmen der ökologischen Steuerreform stärker bemerkbar.

10 Zinsausgaben

In fast allen Ländern sind die Zinsausgaben rückläufig. Bundesweit ergibt sich ein Rückgang von -4,4 %. Auf die Kommunen der alten Länder entfällt ein Rückgang von -5,0 %, während die Kommunen der neuen Länder nur einen Rückgang von -1,3 % zu verzeichnen haben.

Die Entwicklung der Zinsausgaben wirkt sich ebenfalls positiv auf die Konsolidierungsbemühungen der kommunalen Haushalte aus. Zurückzuführen ist die günstige Entwicklung der Zinsausgaben zum einen auf das relativ niedrige Zinsniveau der letzten Jahre, zum anderen auch auf die seit 1997 rückläufige Netto-Neuverschuldung.

11 Sachinvestitionen

Bundesweit haben die Sachinvestitionen mit +1,4 % zugenommen. Dabei verlief die Entwicklung in den alten und neuen Ländern unterschiedlich. Die Kommunen der alten Länder haben einen Zuwachs von +4,5 % zu verzeichnen, während die Kommunen der neuen Länder einen Rückgang von -7,0 % aufweisen.

Der hohe Rückgang der Investitionsausgaben der Saarländischen Kommunen (-20,1 %) ist vor dem Hintergrund des hohen Ausgangsniveaus im Jahr 1998 zu sehen, denn im Vorjahr hatten die Sachinvestitionen der Saarländischen Kommunen um +17,9 % zugenommen. Eine Ursache für die 1999 rückläufigen Investitionsausgaben der Saarländischen Kommunen liegt sicher auch im gleichzeitigen Rückgang der Zuweisungen für Investitionen vom Land (-45,0 %). Rückläufig waren im Vorjahr auch die Sachinvestitionen der Kommunen Baden-Württembergs (-3,6 %) und Bayerns (-2,2 %), die im Jahr 1999 nunmehr einen Zuwachs von +5,7 % und +7,0 % aufweisen.

Erneut zurückgefahren haben die Kommunen Mecklenburg-Vorpommerns ihre Ausgaben für Sachinvestitionen (-9,8 %). Problematisch ist dies vor dem Hintergrund des Rückgangs im Jahr 1998 (-8,9 %). Gleiches gilt auch für die Kommunen des Freistaats

tes Sachsen, die 1999 einen Rückgang von -9,0 % zu verzeichnen hatten, nachdem sie bereits im Vorjahr einen Rückgang von -10,0 % aufwiesen.

12 Ausgaben für Baumaßnahmen

Maßgeblich für die Beurteilung der Perspektiven in der Infrastrukturentwicklung in den neuen Ländern ist die Entwicklung der Ausgaben für Baumaßnahmen. Diese sind 1999 in den neuen Ländern mit -6,7 % erneut rückläufig gewesen, nachdem sich bereits im Vorjahr ein Rückgang von -3,0 % ergeben hatte. Dagegen investierten die Kommunen der alten Länder mit +1,3 % wieder etwas mehr in Baumaßnahmen als im Jahr zuvor.

Ein Anstieg ergibt sich bei den Ausgaben für Baumaßnahmen im Jahr 1999 für die Kommunen der Länder Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen; jedoch ist auch dieser Anstieg vor dem Hintergrund der Rückgänge des Vorjahres zu sehen.

13 Soziale Leistungen

Bundesweit haben die sozialen Leistungen mit 51 Mrd. DM etwa auf Vorjahresniveau stagniert (-0,3 %). In den alten Ländern sind – bis auf Bayern – die sozialen Leistungen zurückgegangen, so dass sich insgesamt für die alten Länder ein Rückgang bei den Ausgaben für soziale Leistungen von -0,5 % ergibt. Dabei fällt dieser Rückgang weit aus geringer aus als noch im Vorjahr (-1,5 %). Im Gegensatz zu den alten Ländern haben die Kommunen der neuen Länder einen Anstieg von +1,3 % bei den Ausgaben für soziale Leistungen zu verzeichnen.

13.1 Struktur der Ausgaben für soziale Leistungen

Bundesweit haben die Kommunen im Jahr 1999 mehr als ein Drittel (36,5 %) der gesamten Ausgaben für soziale Leistungen im Bereich *Sozialhilfe innerhalb von Einrichtungen* getätigt. Gut ein weiteres Drittel (37,0 %) entfiel auf den Bereich *Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen*. 9,4 % aller Ausgaben für soziale Leistungen entfielen auf *Jugendhilfeleistungen innerhalb von Einrichtungen*, 5,9 % auf *Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz* und 5,6 % auf *Jugendhilfeleistungen außerhalb von Einrichtungen*.

Die Struktur der Ausgaben für soziale Leistungen der alten Länder und neuen Länder gleicht sich weitgehend. Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz haben in den neuen Ländern eine vergleichsweise geringere Bedeutung. Dagegen ist der Anteil der Jugendhilfeleistungen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen an den sozialen Leistungen etwas höher als in den alten Ländern.

13.2 Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen

Rückläufig mit bundesdurchschnittlich -3,8 % sind die *Sozialhilfeleistungen außerhalb von Einrichtungen*. In allen alten Ländern haben die Kommunen in dieser Leistungskategorie weniger ausgegeben als im Vorjahr. Insgesamt entfällt auf die Kommunen der alten Länder ein Rückgang von -4,3 %, während die Kommunen der neuen Länder einen leichten Zuwachs in Höhe von +0,2 % zu verzeichnen haben. Dieser Zuwachs dürfte sich zum Teil auch dadurch ergeben haben, dass Leistungsempfänger nach dem Auslaufen von ABM- und Weiterbildungsmaßnahmen, die 1998 im Vorfeld der Bundestagswahl aufgelegt wurden, nicht in Beschäftigungsverhältnisse vermittelt werden konnten und deshalb erneut auf Transferleistungen im Rahmen der Sozialhilfe zurückgegriffen haben.

13.3 Sozialhilfe innerhalb von Einrichtungen

Eine andere Entwicklung als bei der *Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen* ergibt sich bei der *Sozialhilfe innerhalb von Einrichtungen*. Bundesdurchschnittlich haben die Ausgaben für Sozialhilfeleistungen innerhalb von Einrichtungen um +1,5 % zugenommen. Die Kommunen der alten Länder sind hiervon mit einem Zuwachs von +1,5 betroffen; die Kommunen der neuen Länder haben einen Zuwachs von +1,4 % zu verzeichnen.

13.4 Sozialhilfe an Kriegsoffer und ähnliche Anspruchsberechtigte

Die Leistungen für Sozialhilfe an Kriegsoffer und ähnliche Anspruchsberechtigte haben bundesdurchschnittlich um -3,7 % abgenommen. Der Rückgang fiel in den neuen Ländern mit -17,2 % wesentlich stärker aus als der Rückgang in den alten Ländern (-3,5 %). Allerdings ist dieser hohe Rückgang aufgrund des sehr niedrigen Ausgangsniveaus in den neuen Ländern zu relativieren. Insgesamt spielen die *Sozialhilfeleistungen an Kriegsoffer und ähnliche Anspruchsberechtigte* mit einem Anteil von bundesdurchschnittlich 2,2 % an den gesamten Ausgaben für soziale Leistungen eine nur untergeordnete Rolle, so dass sich Rückgänge in dieser Kategorie nicht wesentlich auf das Gesamtniveau der sozialen Leistungen auswirken.

13.5 Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen

In allen Bundesländern – bis auf Niedersachsen und Thüringen – sind Zuwächse in der Ausgabenkategorie *Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen* zu verzeichnen. Bundesdurchschnittlich ergibt sich ein Zuwachs von +4,2 %. Dabei fällt der Zuwachs in den Kommunen der alten Länder mit +4,5 % etwas höher aus als in den neuen Ländern (+2,7 %). Allerdings ist das Ausgangsniveau im Bereich der Jugendhilfe in den Kommunen der neuen Länder vergleichsweise höher, so dass der etwas geringere Anstieg vor diesem Hintergrund zu sehen ist.

13.6 Jugendhilfe innerhalb von Einrichtungen

Der Anteil der Ausgaben für *Jugendhilfe innerhalb von Einrichtungen* beträgt bundesdurchschnittlich 9,4 %, wobei dieser Anteil in den alten Ländern nur 8,7 % und in den neuen Ländern 14,5 % beträgt. Bundesweit sind die Jugendhilfeleistungen in Einrichtungen um +3,2 % gestiegen, wobei in den alten Ländern ein Anstieg von +4,3 % zu verzeichnen war, und sich in den neuen Ländern ein Rückgang von -1,4 % ergeben hat.

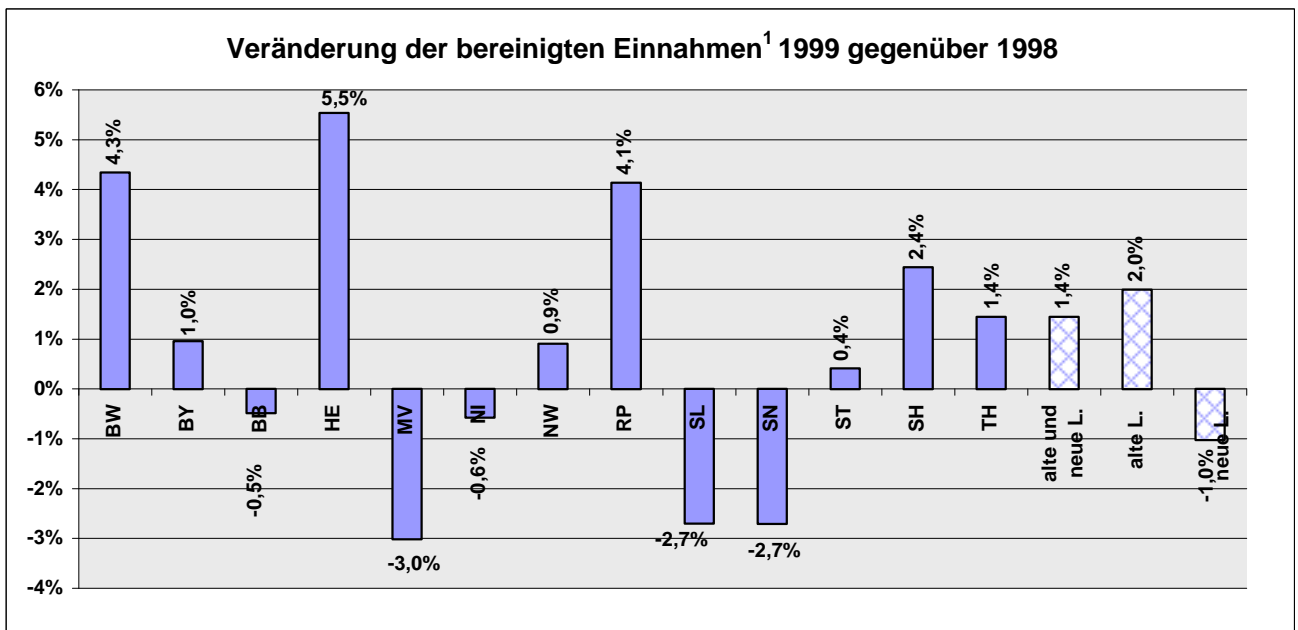
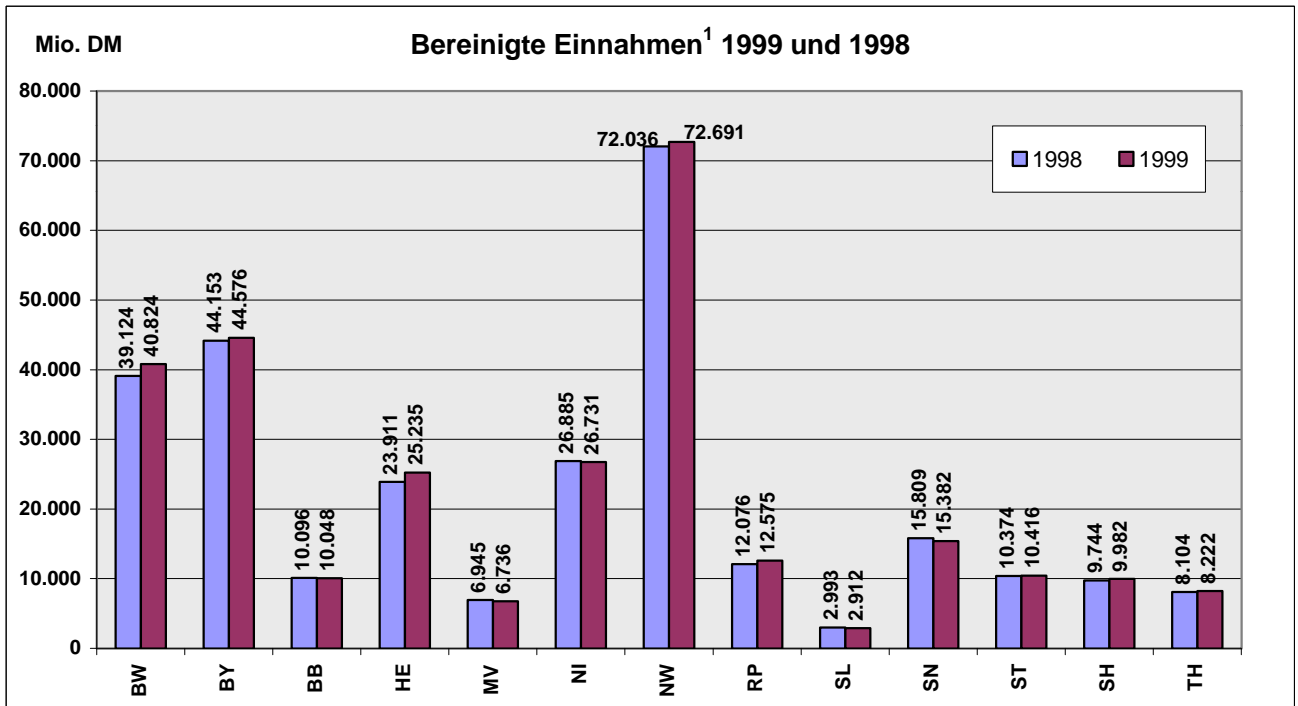
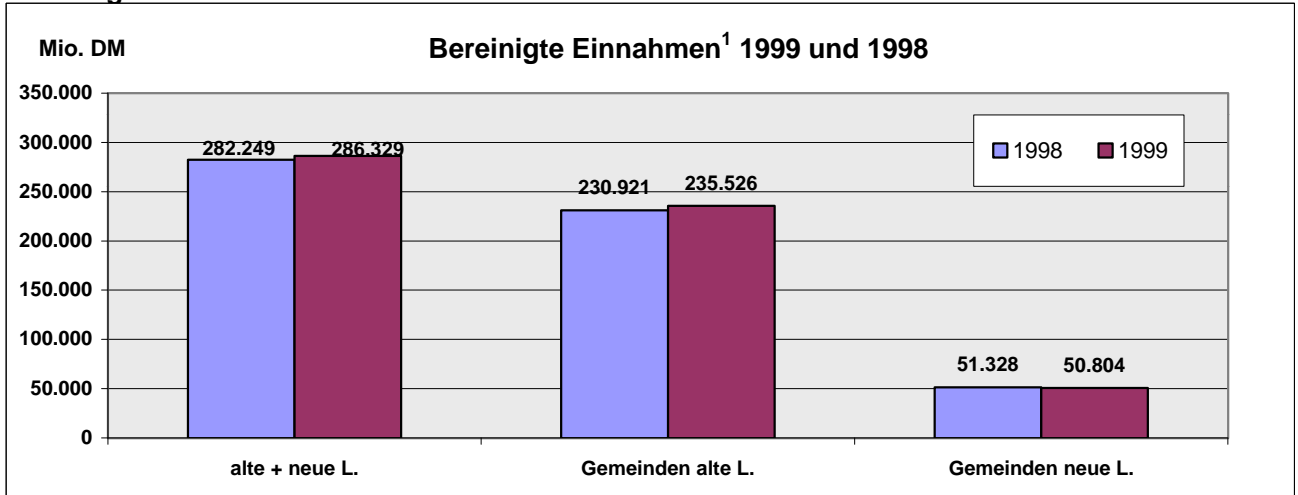
13.7 Ausgaben für sonstige soziale Leistungen

In der Kategorie *sonstige soziale Leistungen* ergibt sich im Ländervergleich ein uneinheitliches Bild, was zum Teil daran liegt, dass länderweise unterschiedliche Leistungen in dieser Kategorie erfasst werden. Bundesweit sind die Ausgaben für sonstige soziale Leistungen um +21,8 % angestiegen.

13.8 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Auf die Kategorie *Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz* entfällt bundesweit ein Anteil von 5,9 % der Gesamtausgaben für soziale Leistungen. In den alten Ländern ist dieser Anteil mit 6,3 % vergleichsweise höher als in den neuen Ländern, die einen Anteil von nur 3,7 % aufweisen. Vor diesem Hintergrund ist auch die unterschiedliche Entwicklung in den alten und neuen Ländern zu sehen: Während die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in den Kommunen der alten Länder um -7,3 % zurückgegangen sind, haben sie in den Kommunen der neuen Länder um +6,5 % zugenommen.

Bereinigte Einnahmen¹



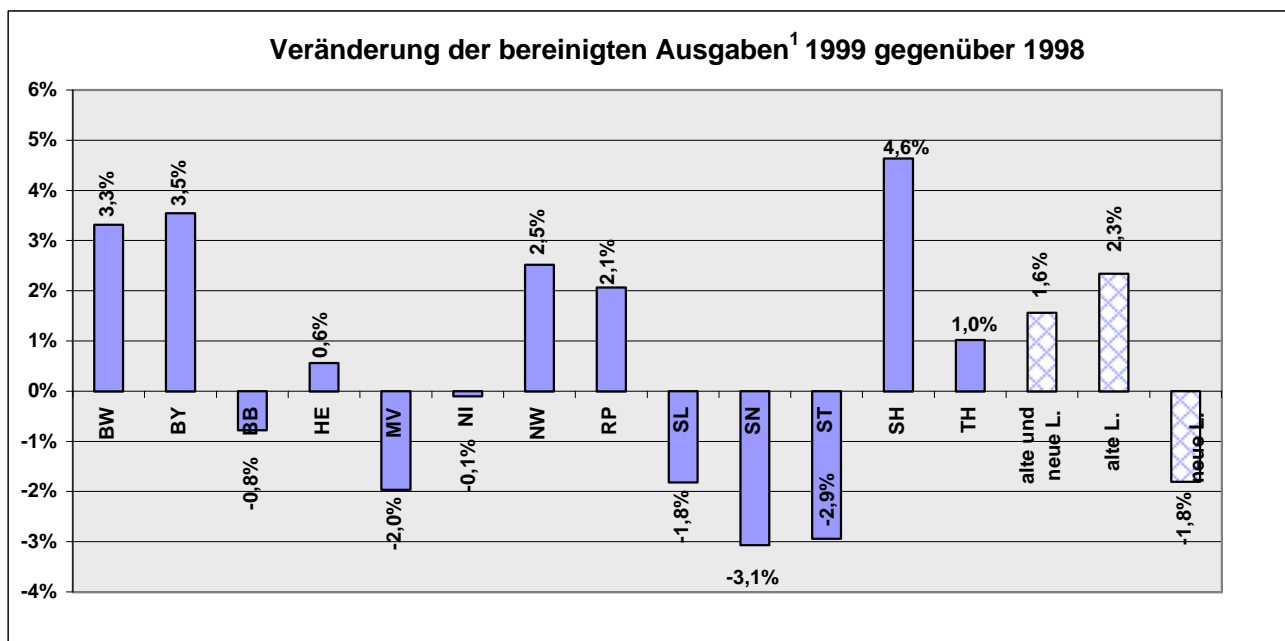
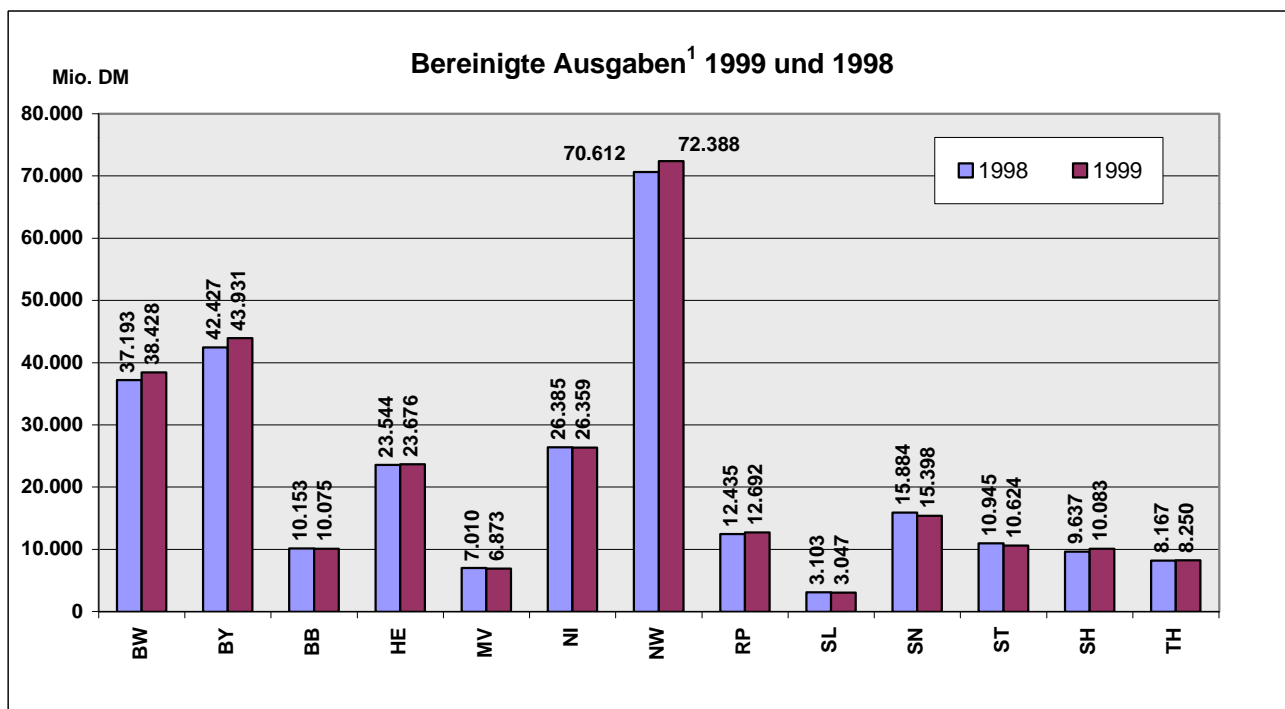
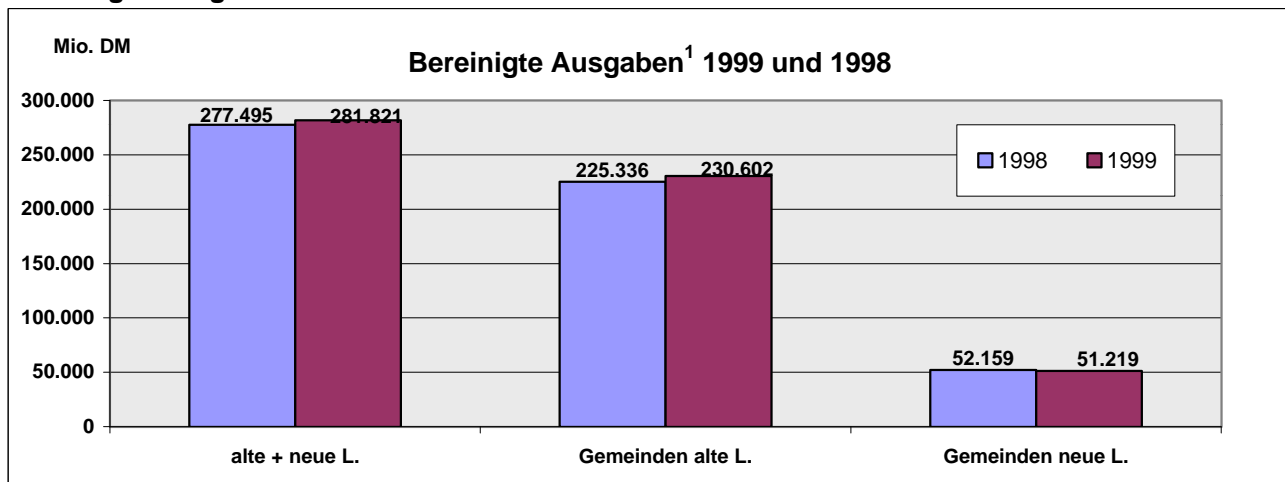
* Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

¹ Summe der Einnahmen der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

1999 und 1998

Bereinigte Ausgaben¹



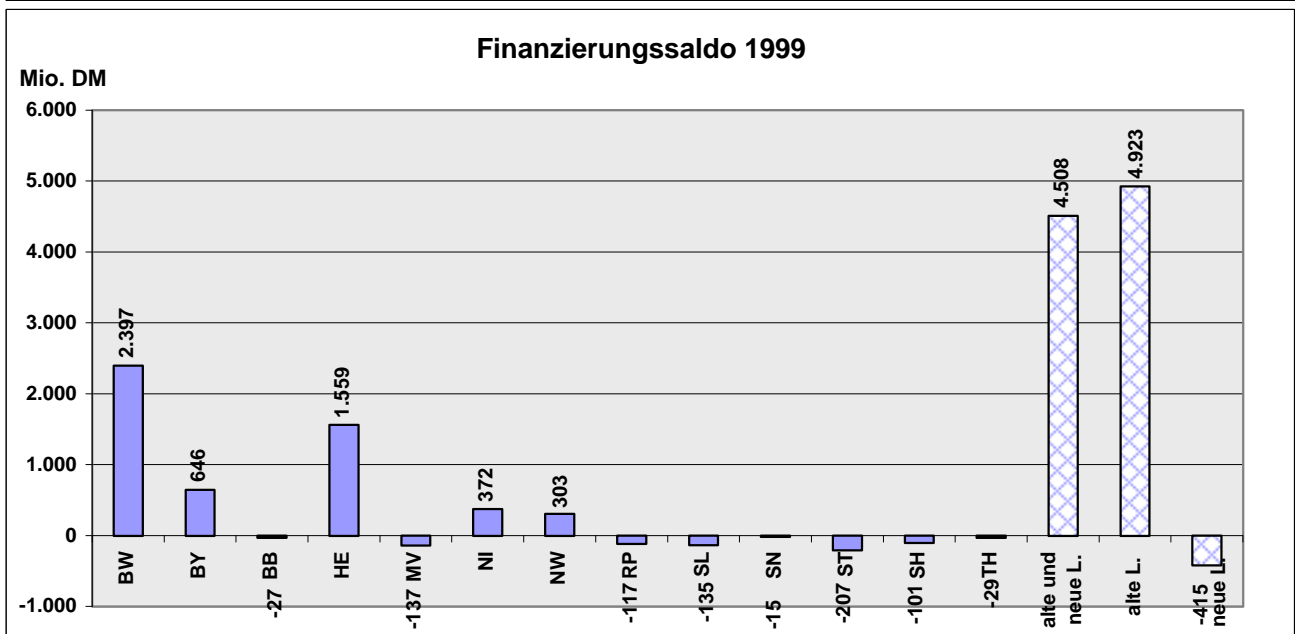
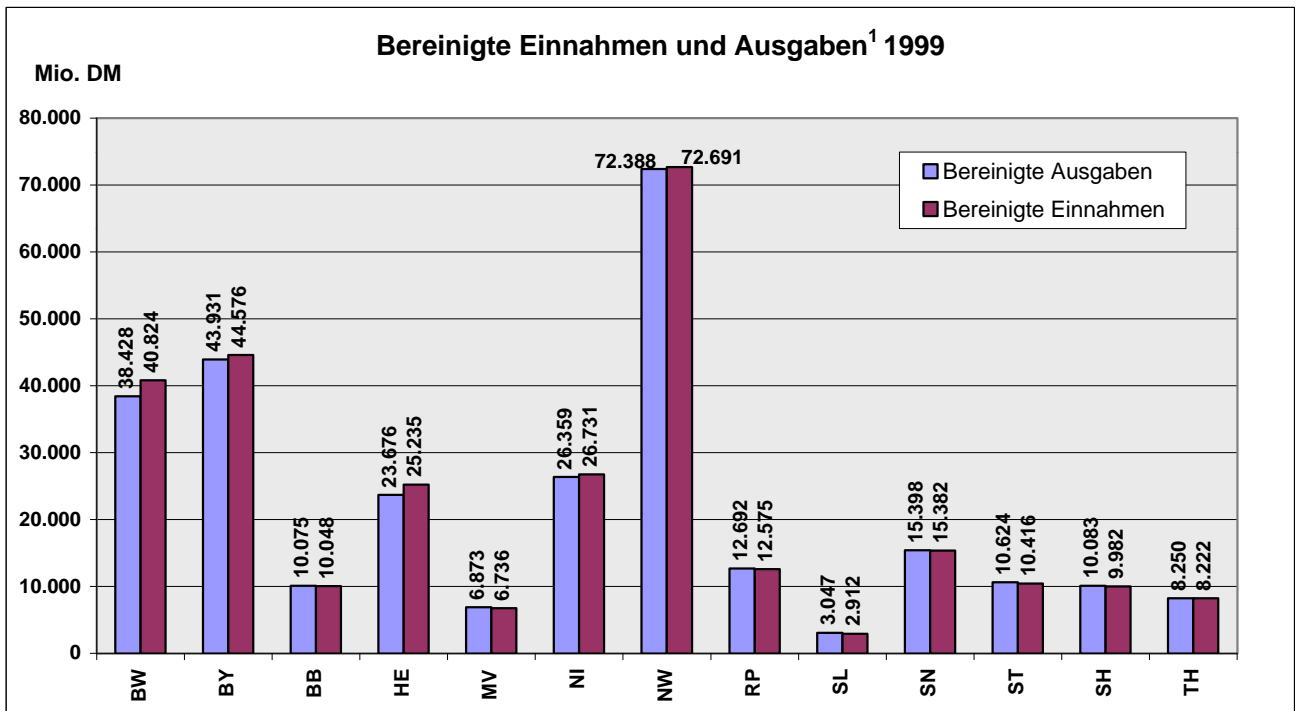
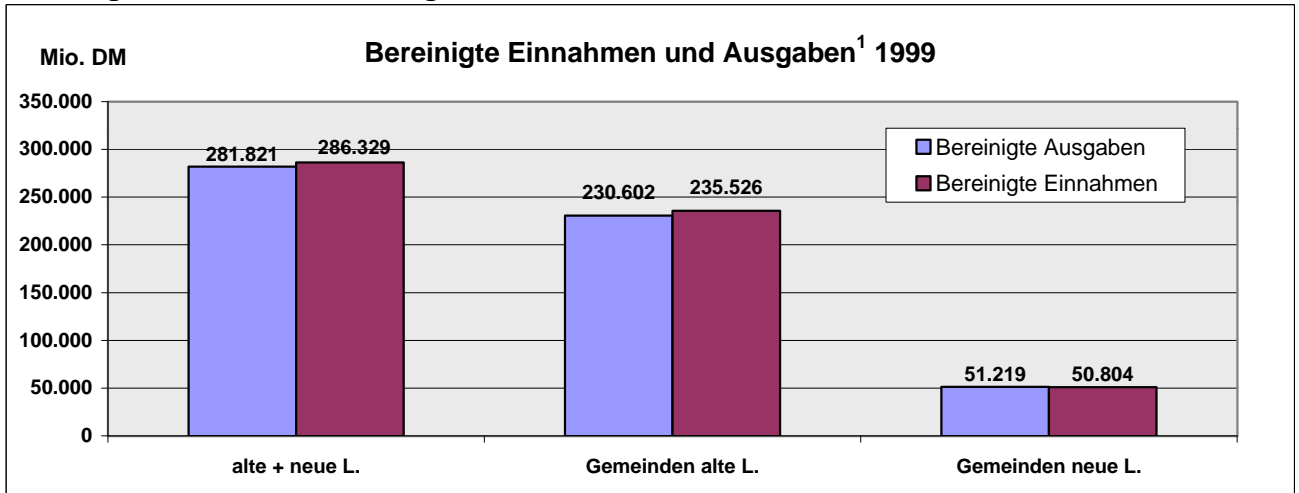
* Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

¹ Summe der Ausgaben der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

1999

Bereinigte Einnahmen und Ausgaben¹

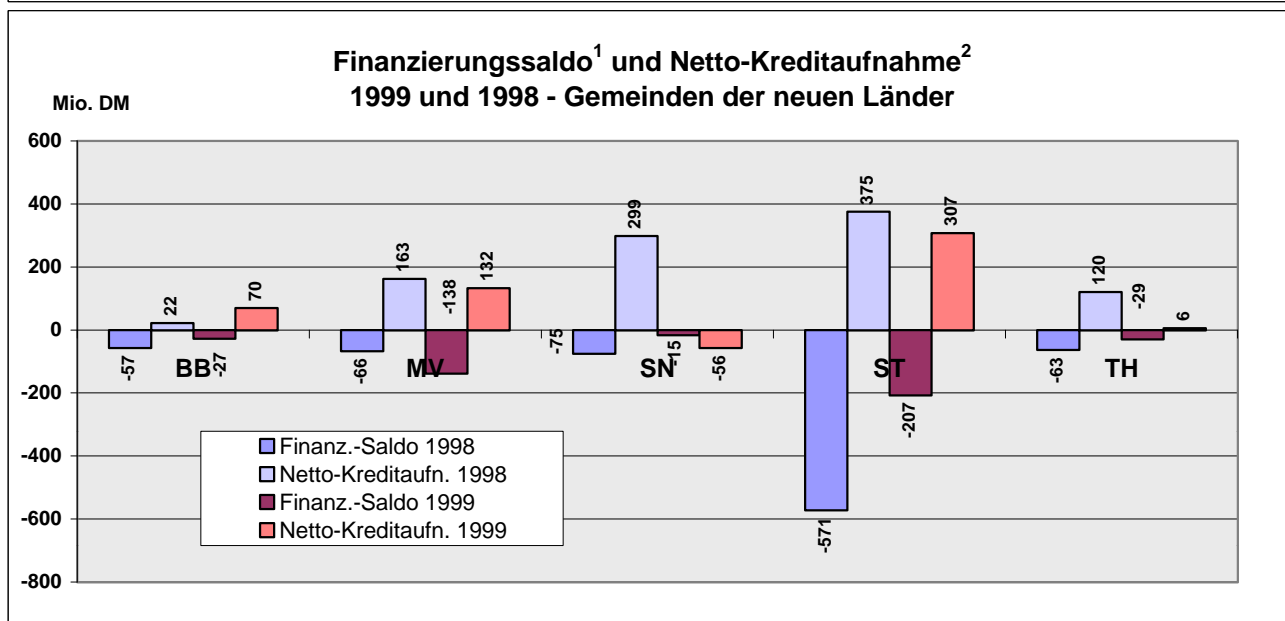
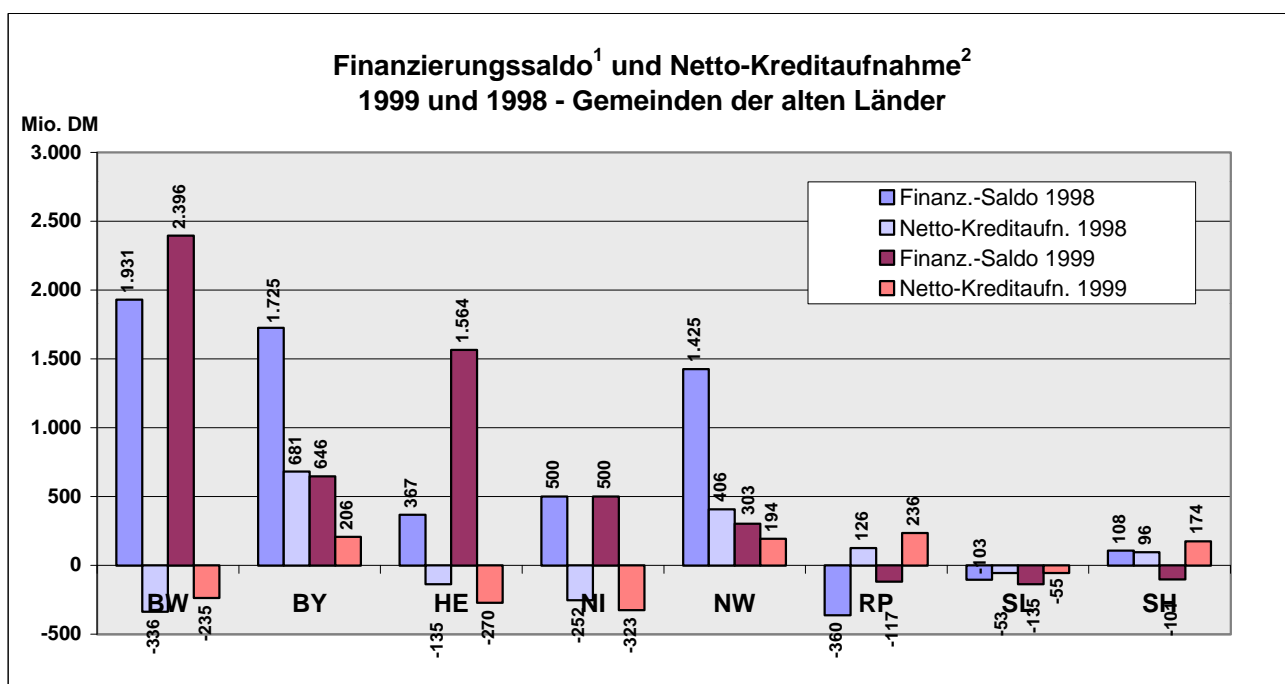
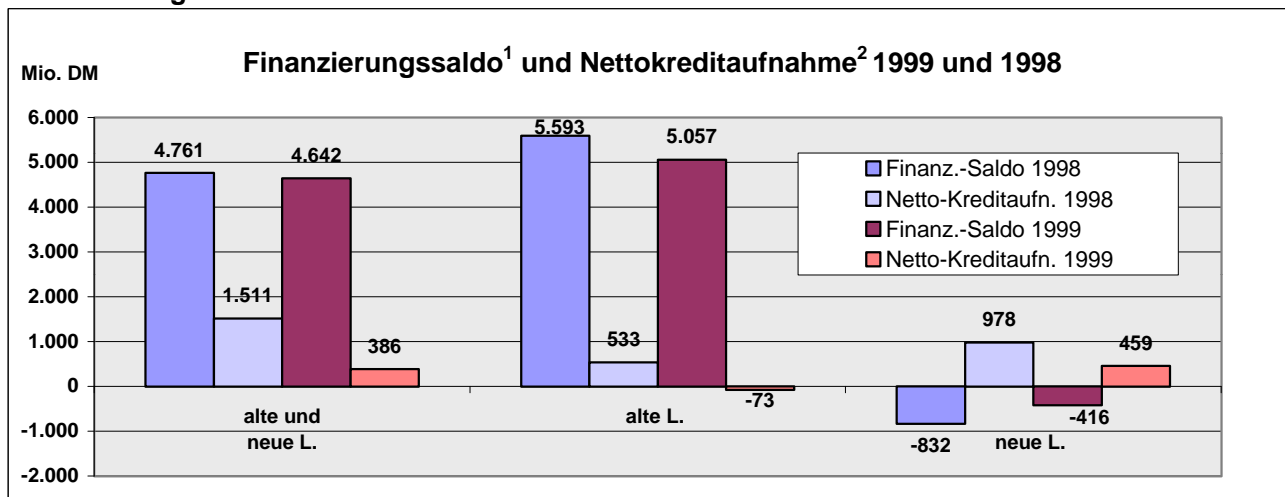


* Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

¹ Summe der Einnahmen/Ausgaben der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

Finanzierungssaldo¹ und Nettokreditaufnahme²

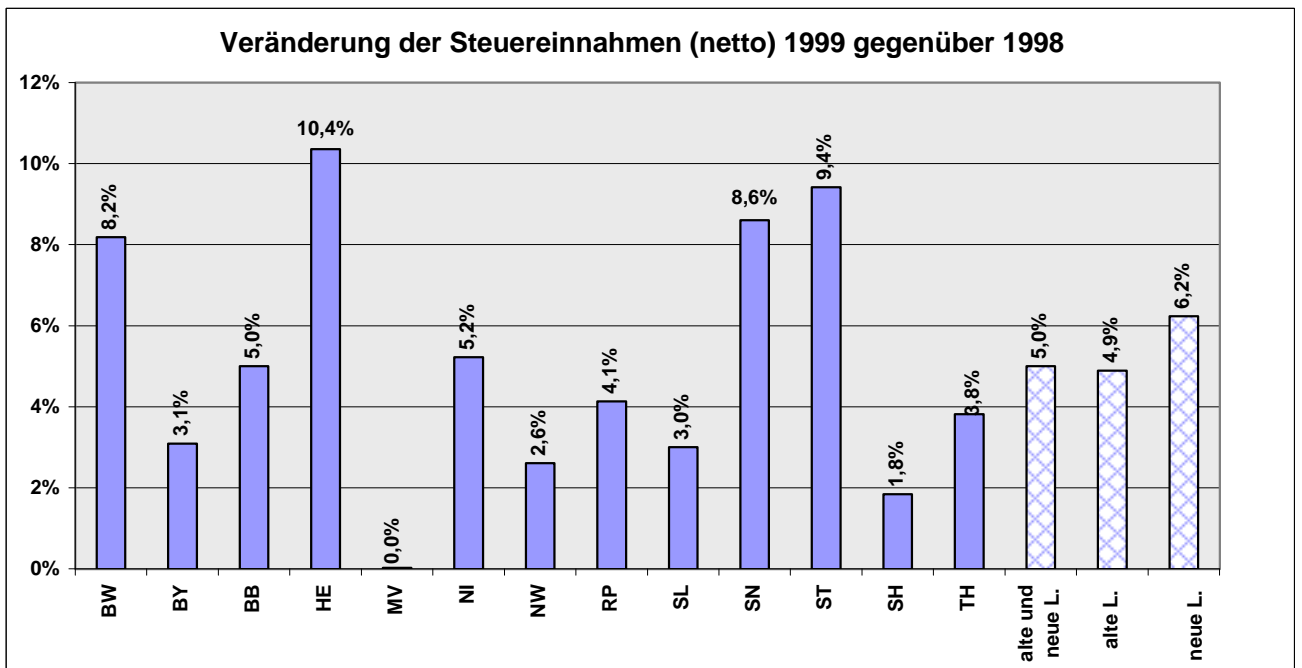
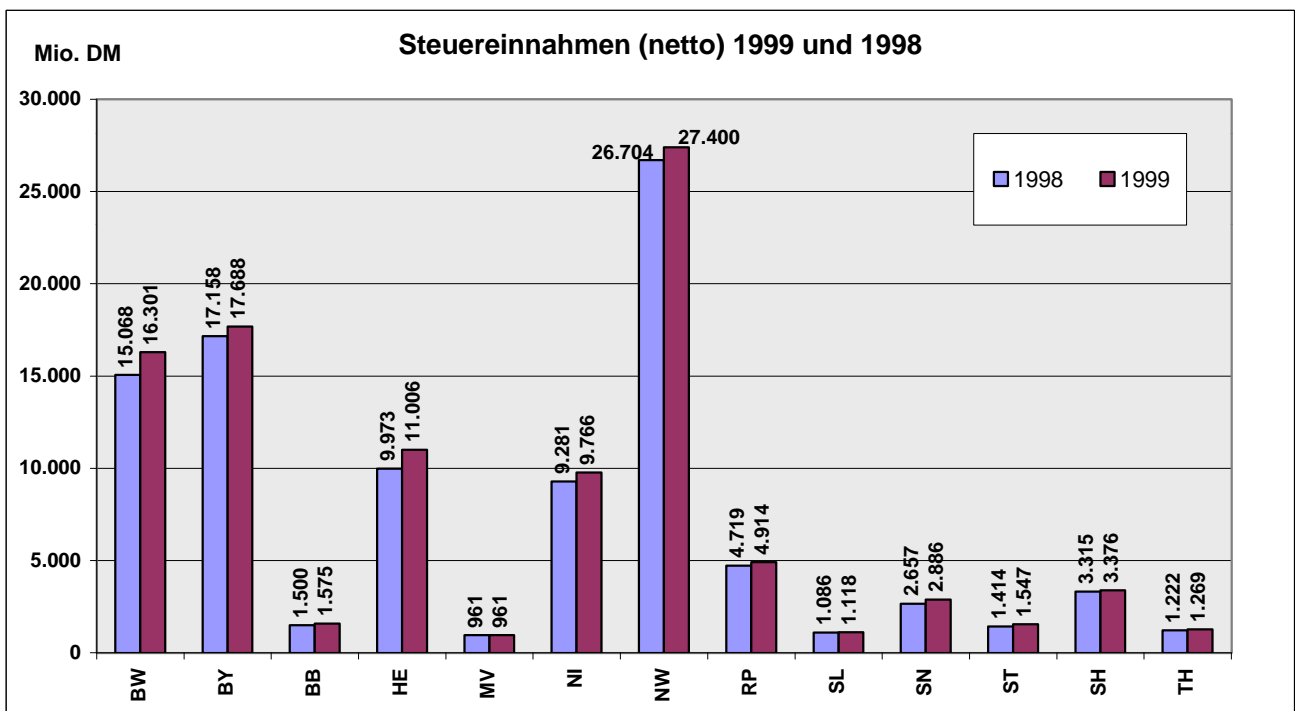
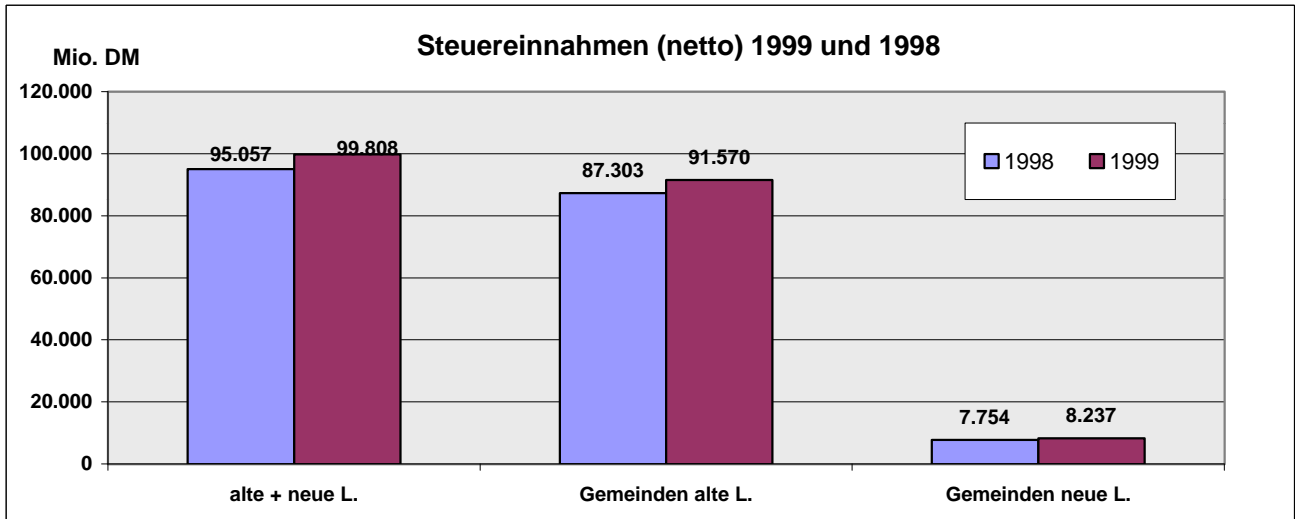


* Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

¹ Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen.

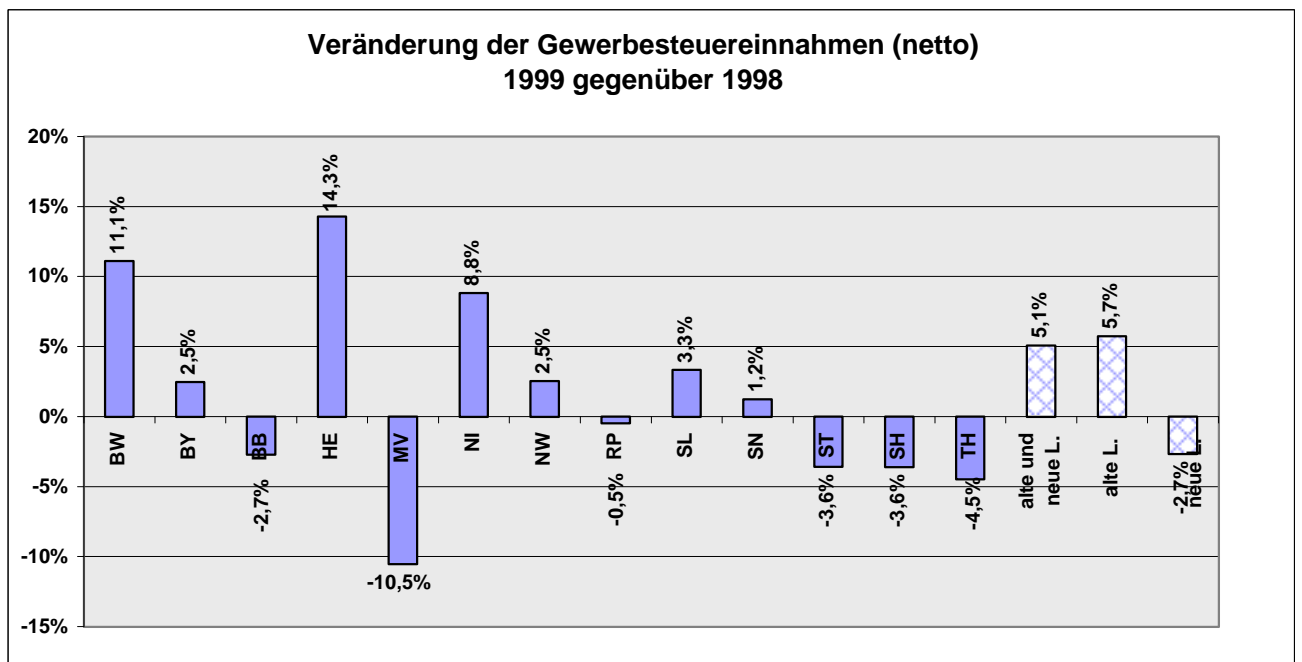
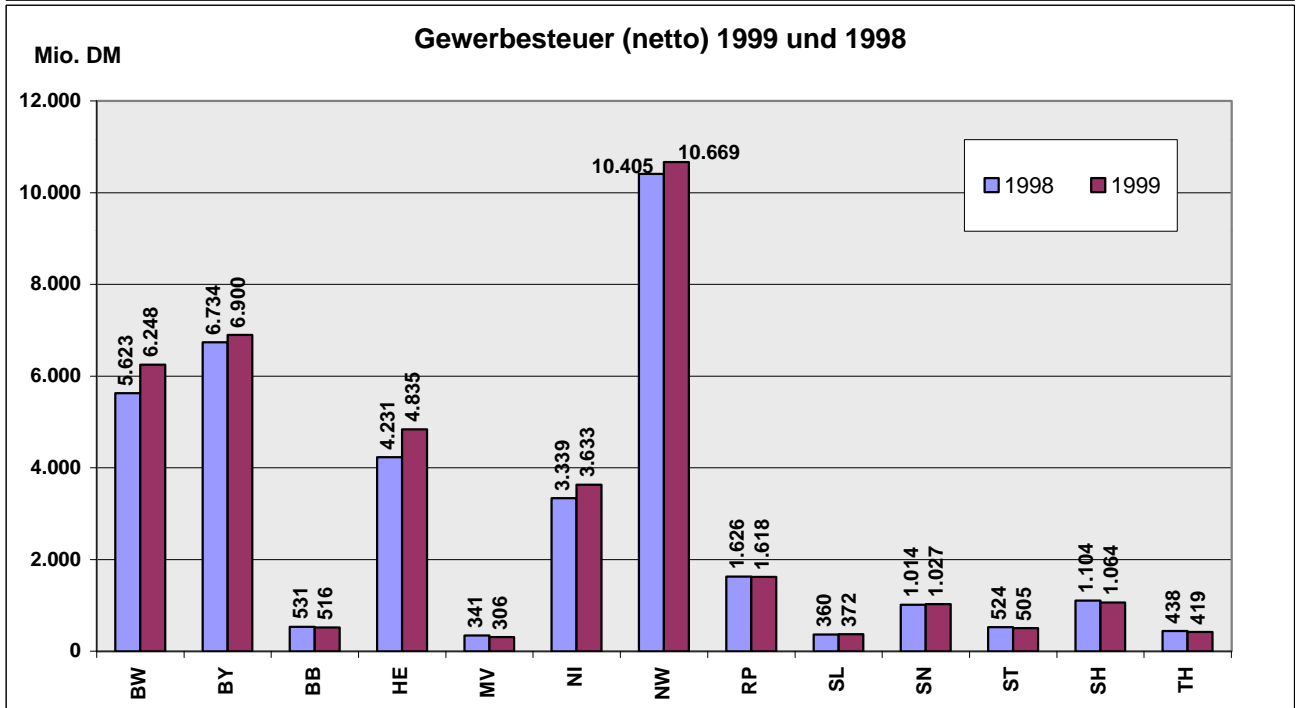
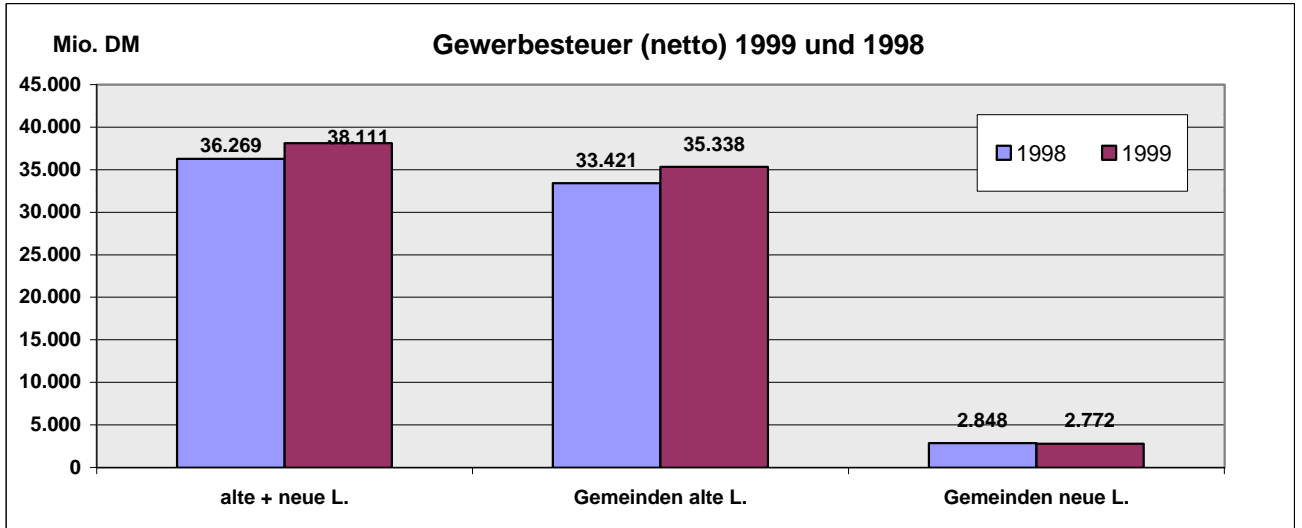
² Netto-Kreditaufnahme am Kreditmarkt.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

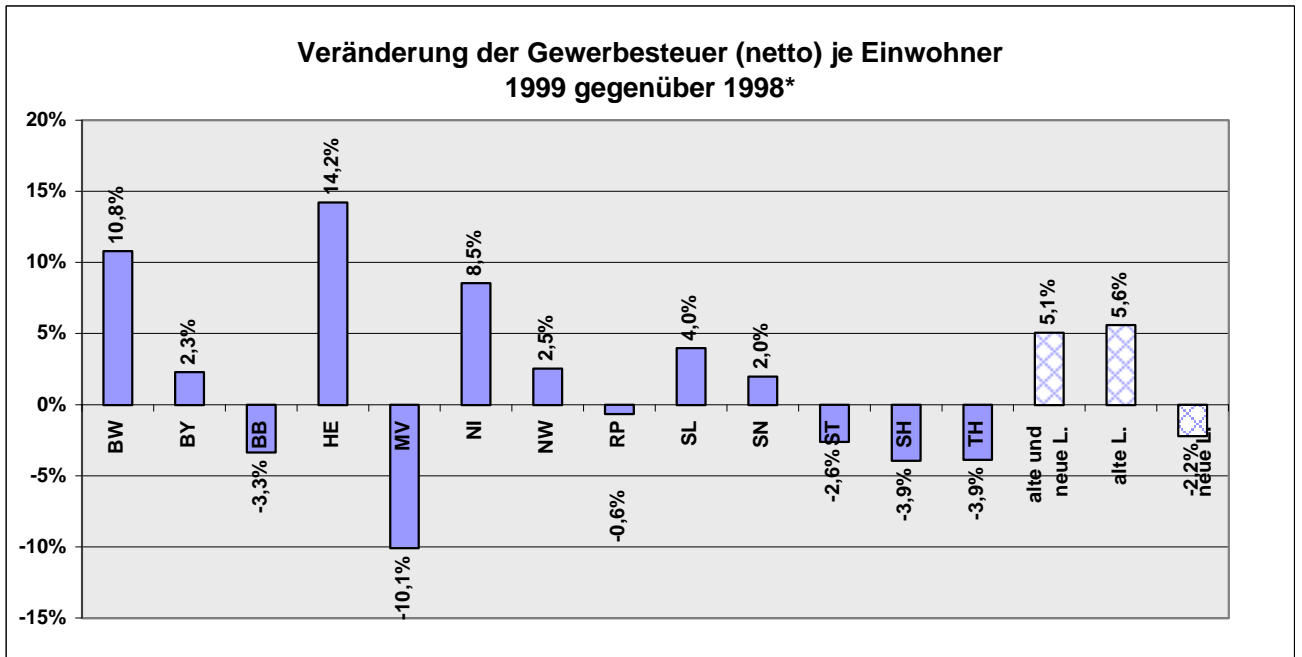
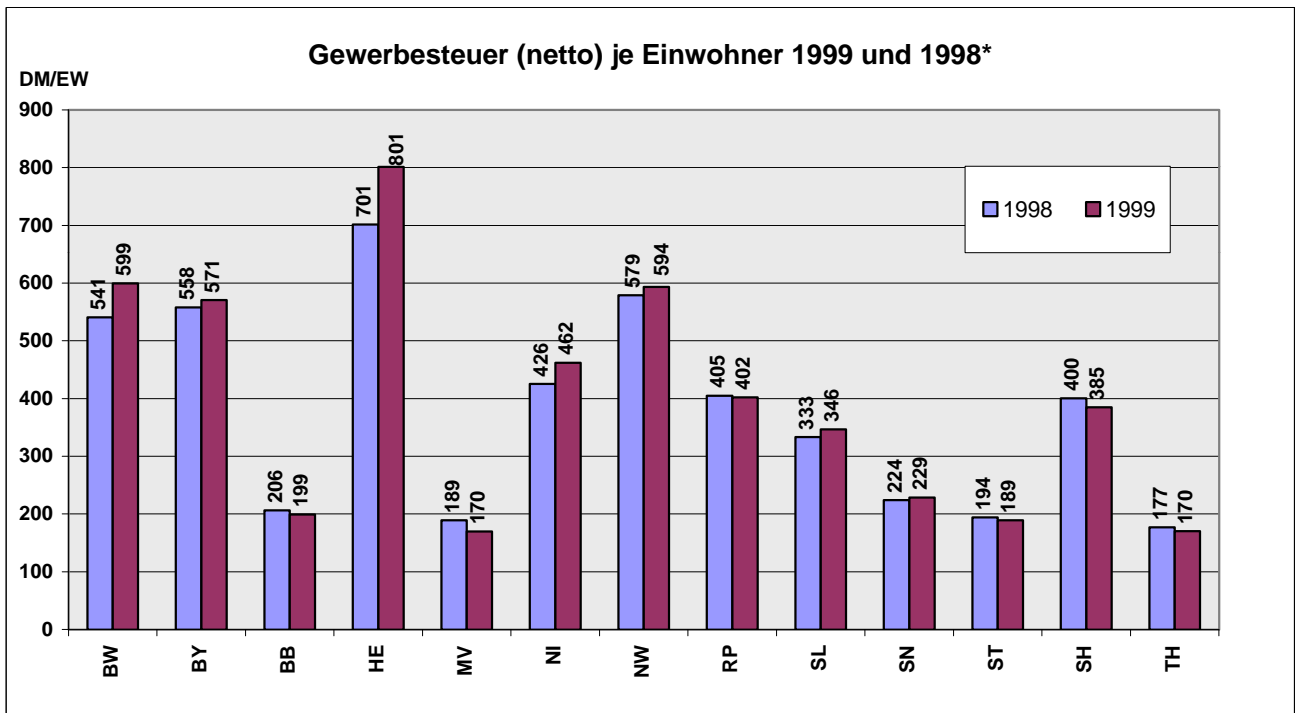
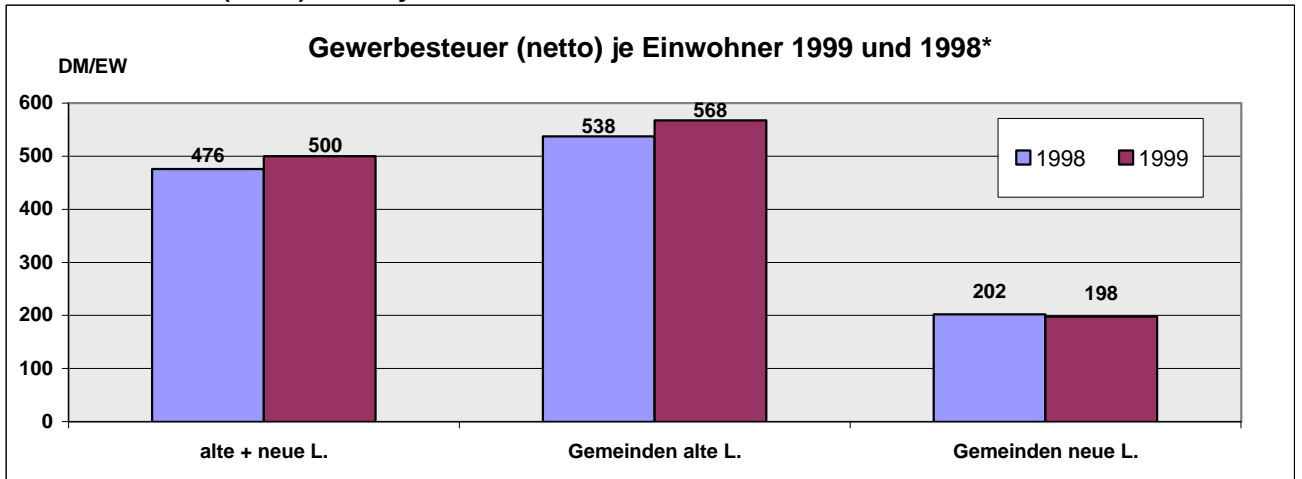


Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

Gewerbsteuer netto

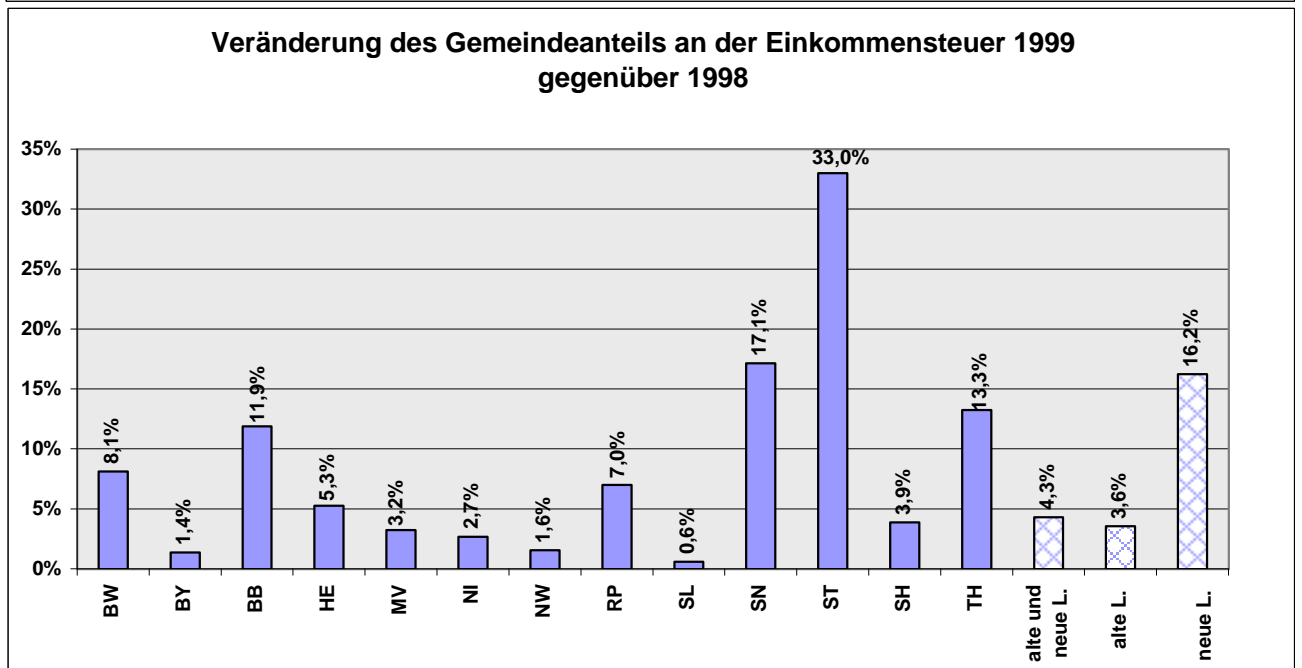
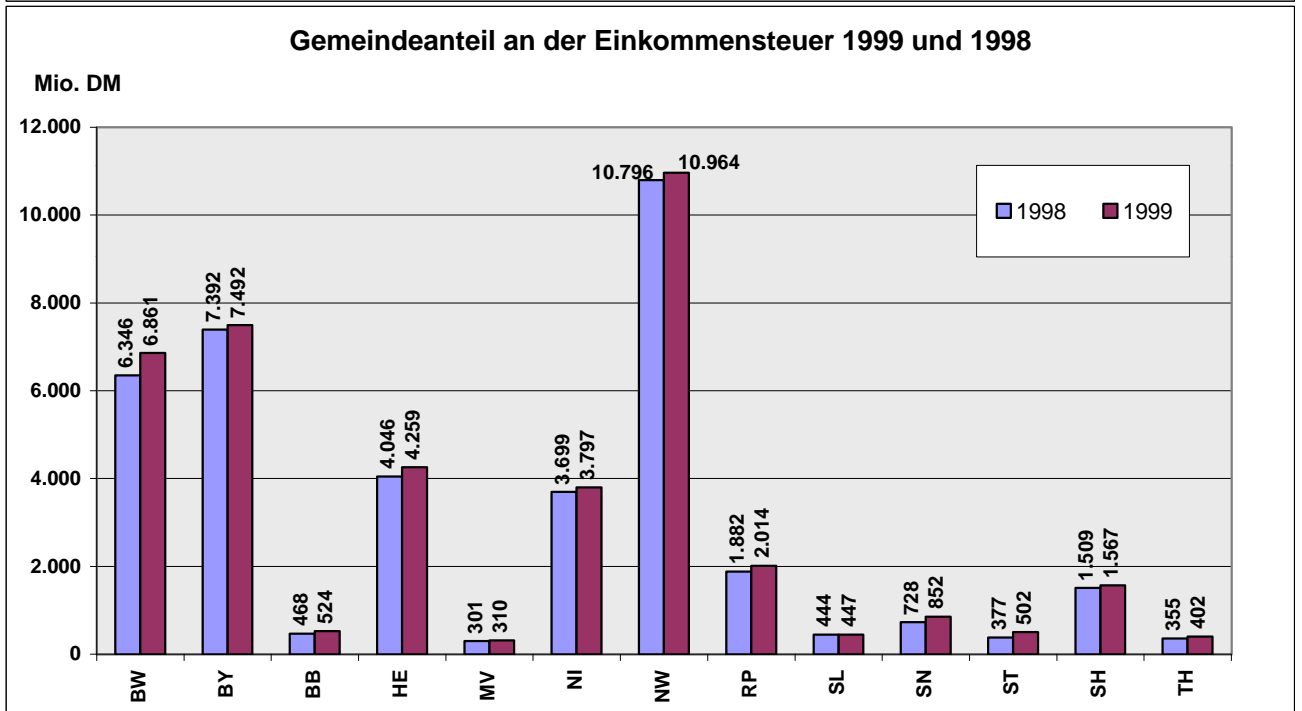
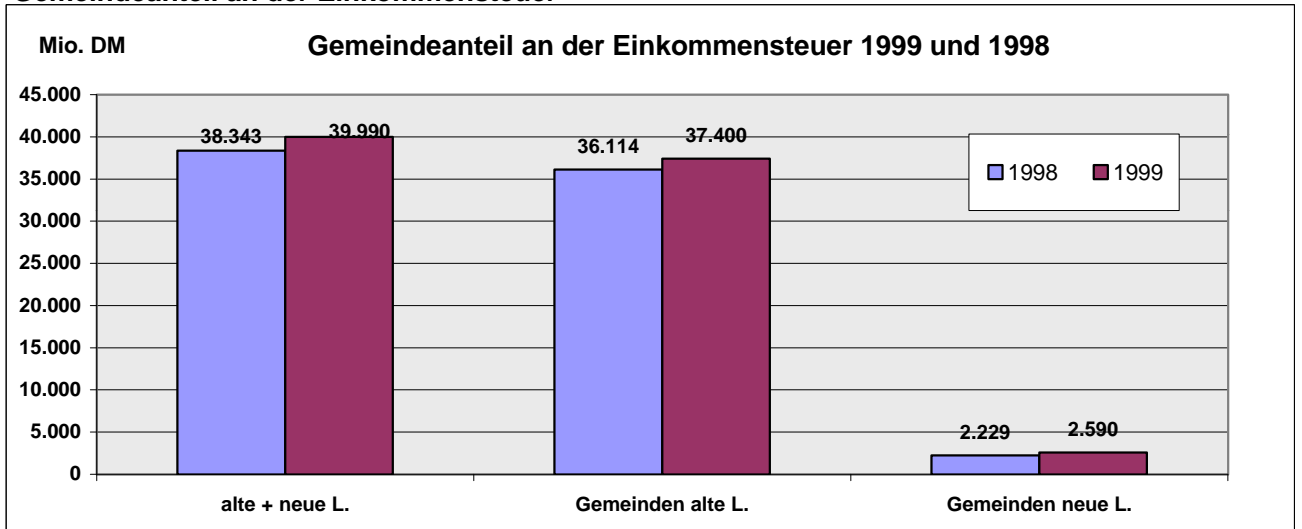


Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.



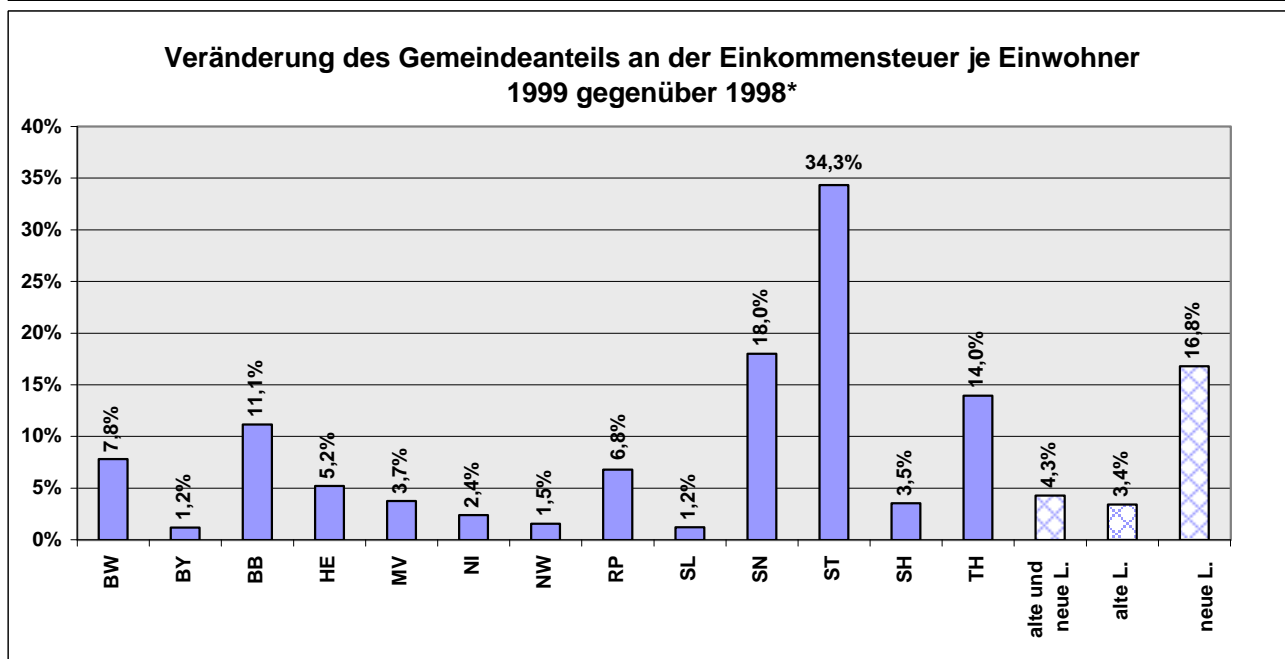
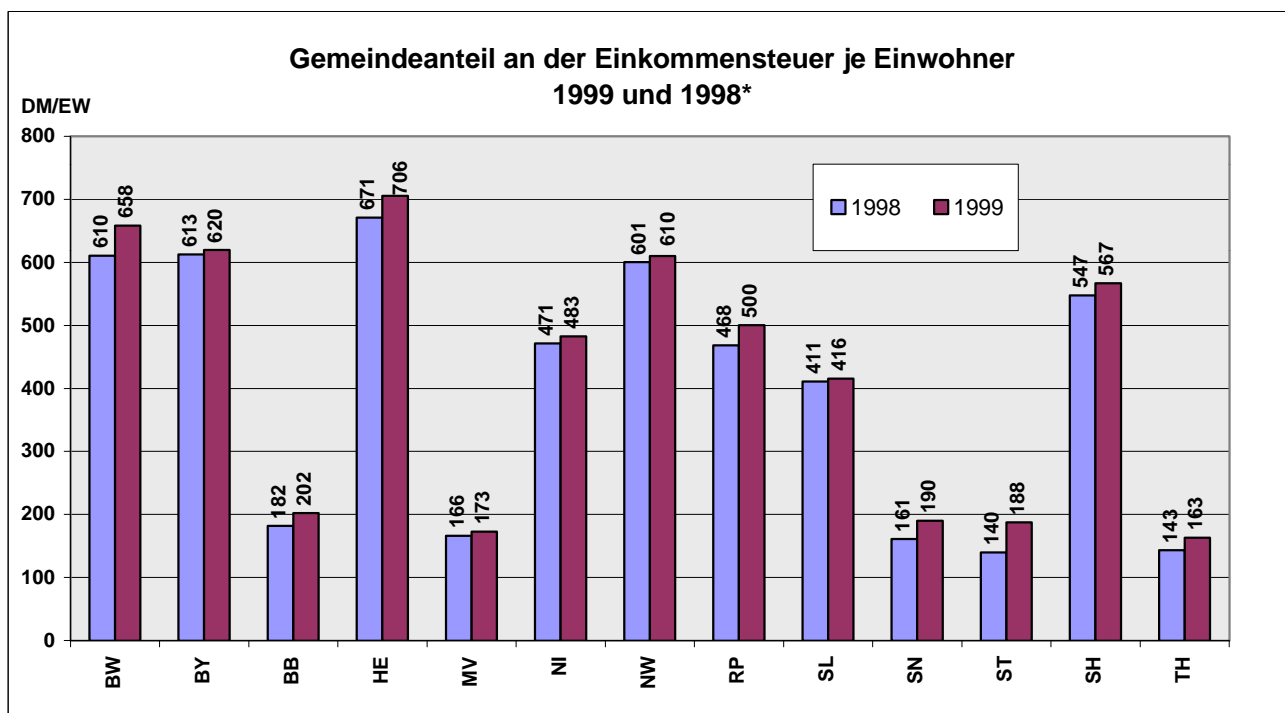
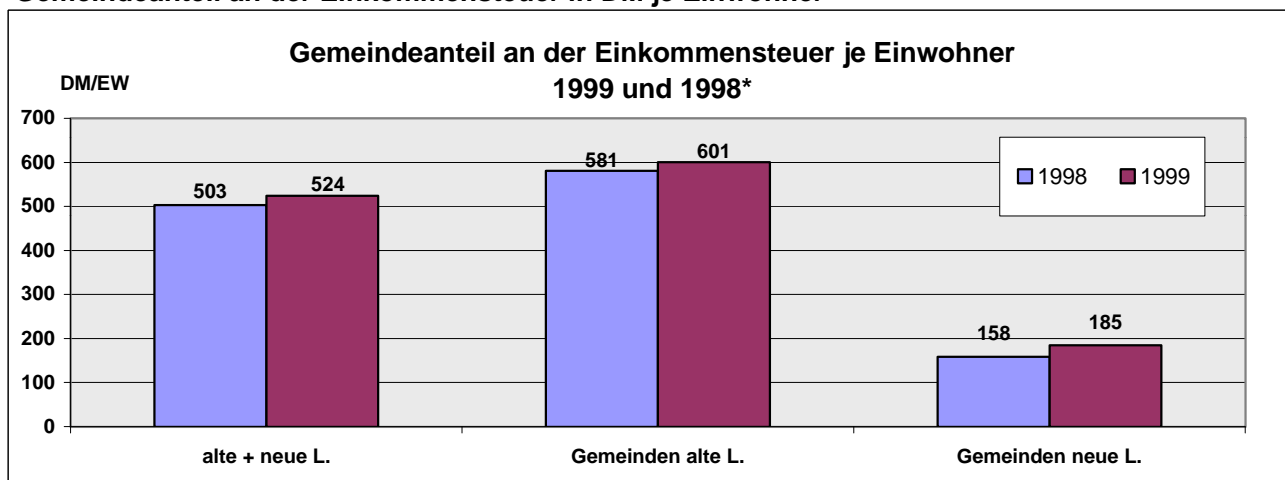
* Die Angaben für 1998 und 1999 basieren jeweils auf dem Einwohnerstand per 31.12.1997 bzw. 31.12.1998.
 Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer



Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

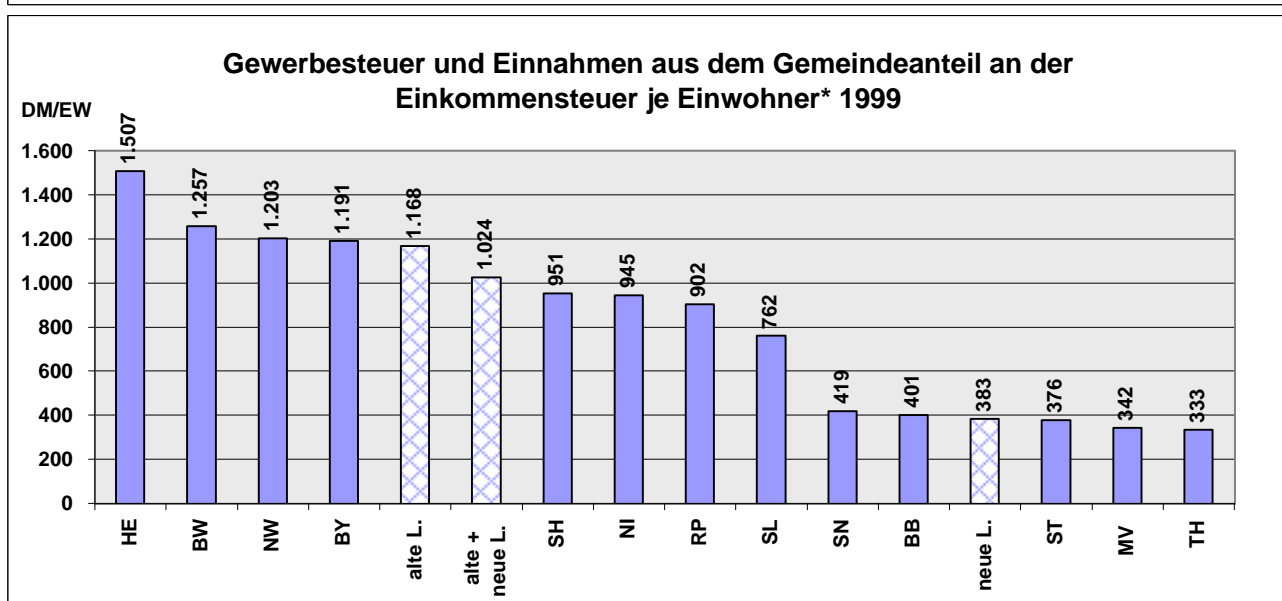
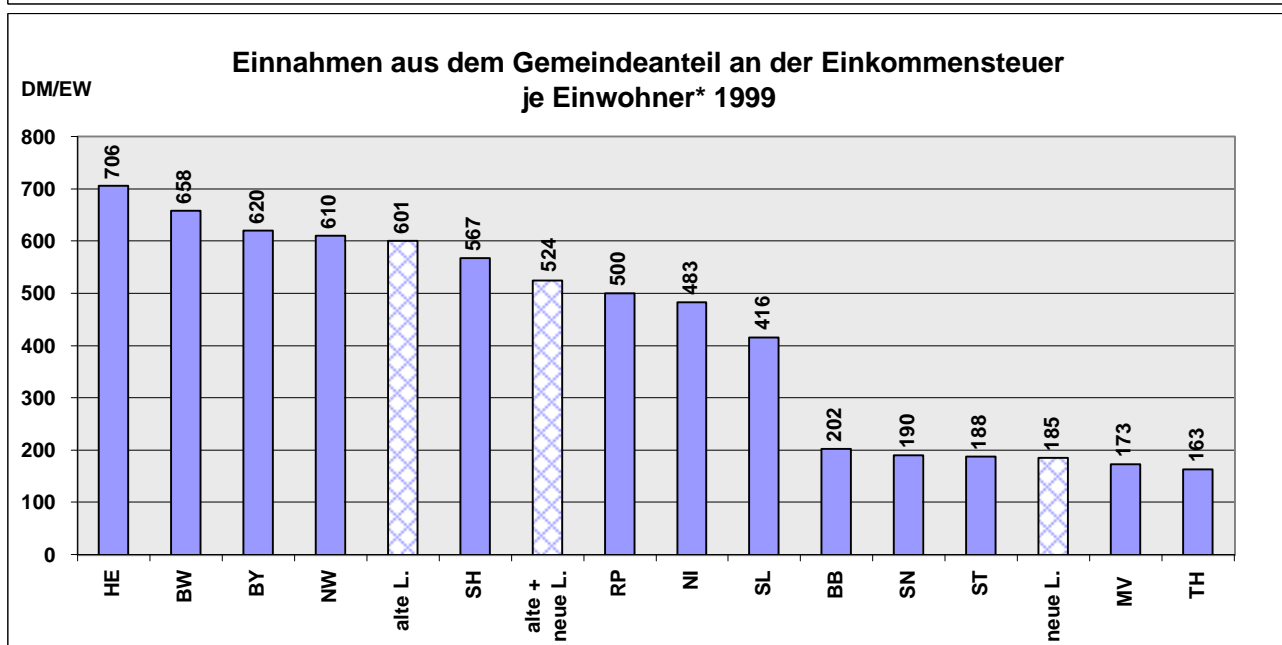
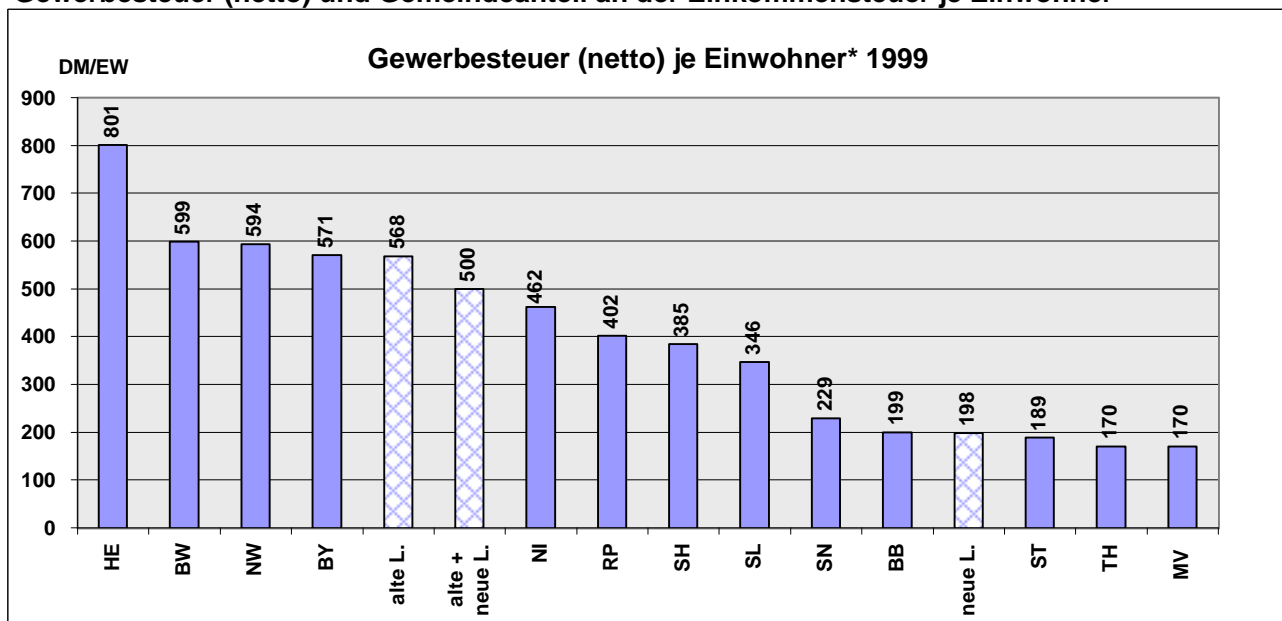
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in DM je Einwohner*



* Die Angaben für 1998 und 1999 basieren jeweils auf dem Einwohnerstand per 31.12.1997 bzw. 31.12.1998.

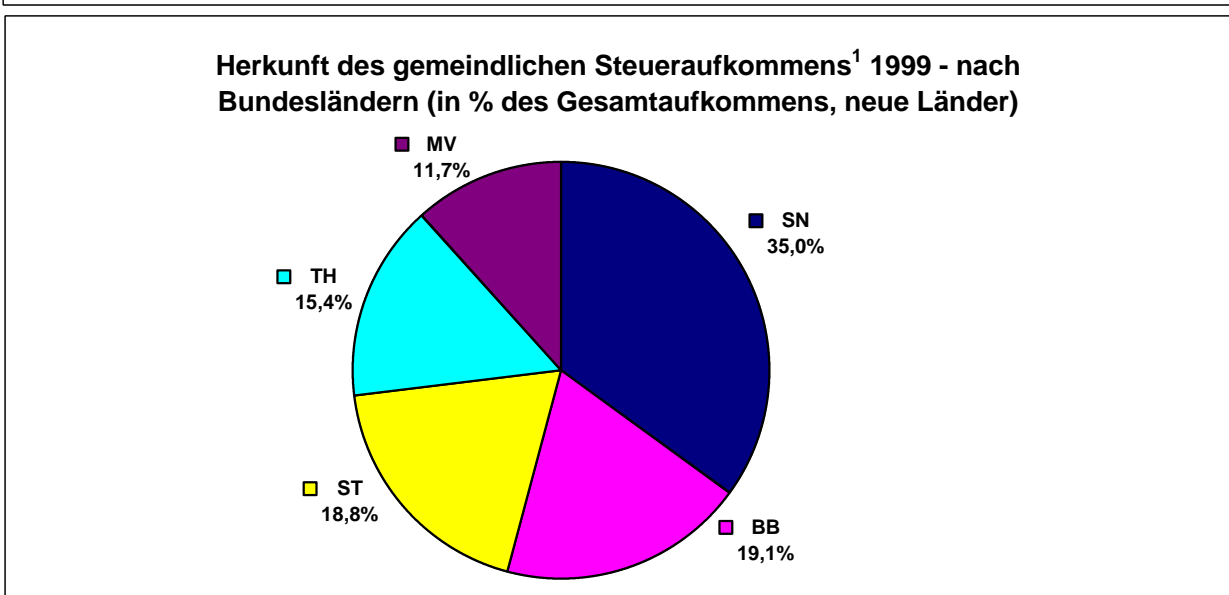
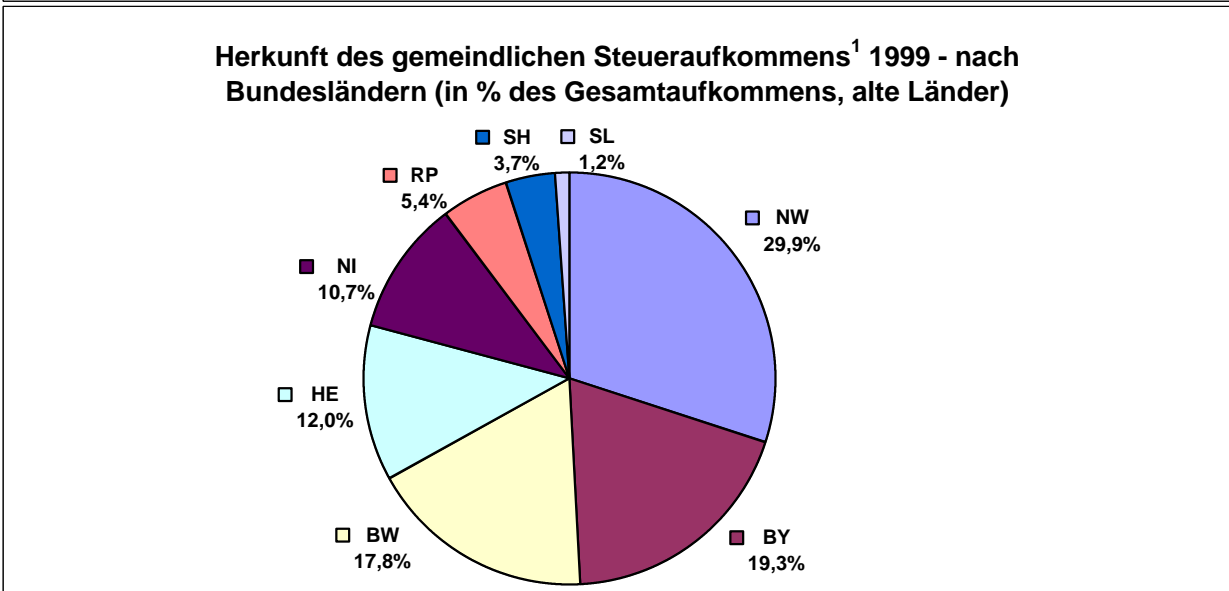
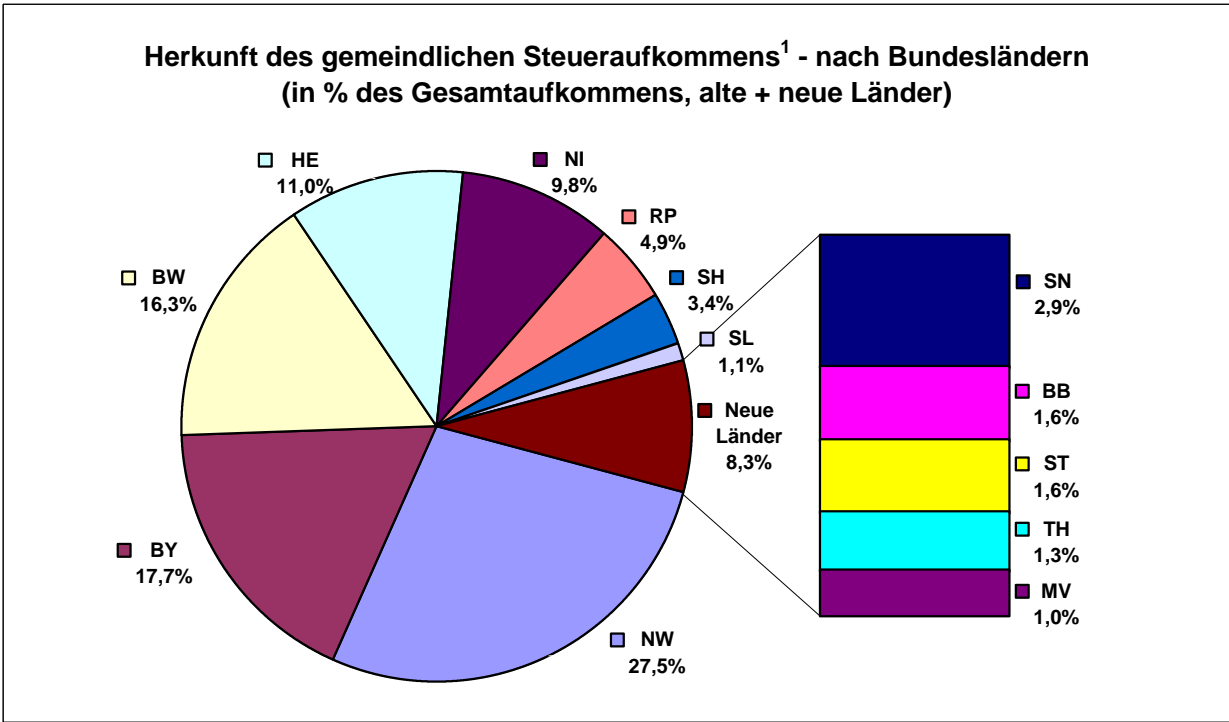
Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

Gewerbsteuer (netto) und Gemeindeanteil an der Einkommensteuer je Einwohner



* Einwohnerstand per 31.12.1998.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

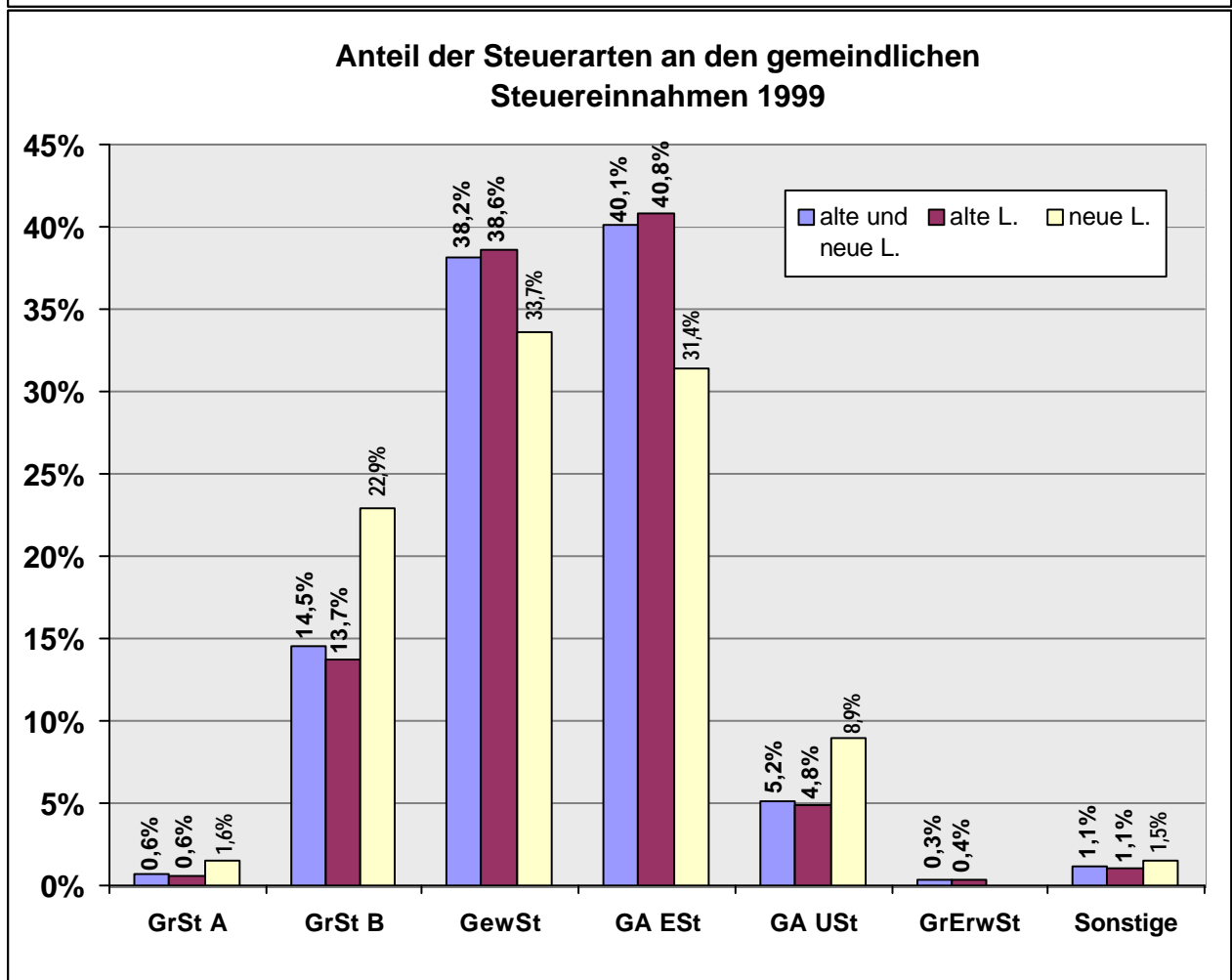
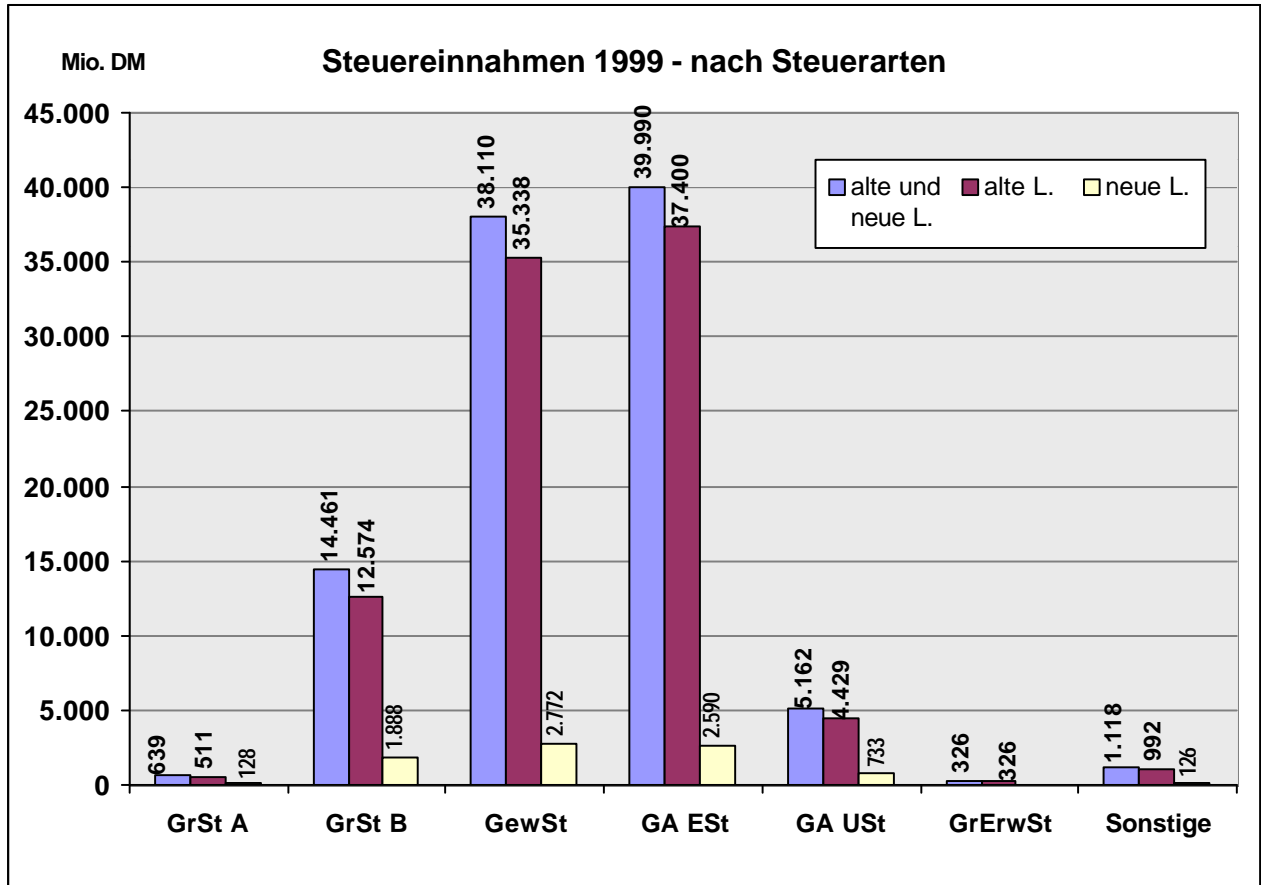


¹ Anteil der Gemeinden in den jeweiligen Ländern am gemeindlichen Steueraufkommen.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

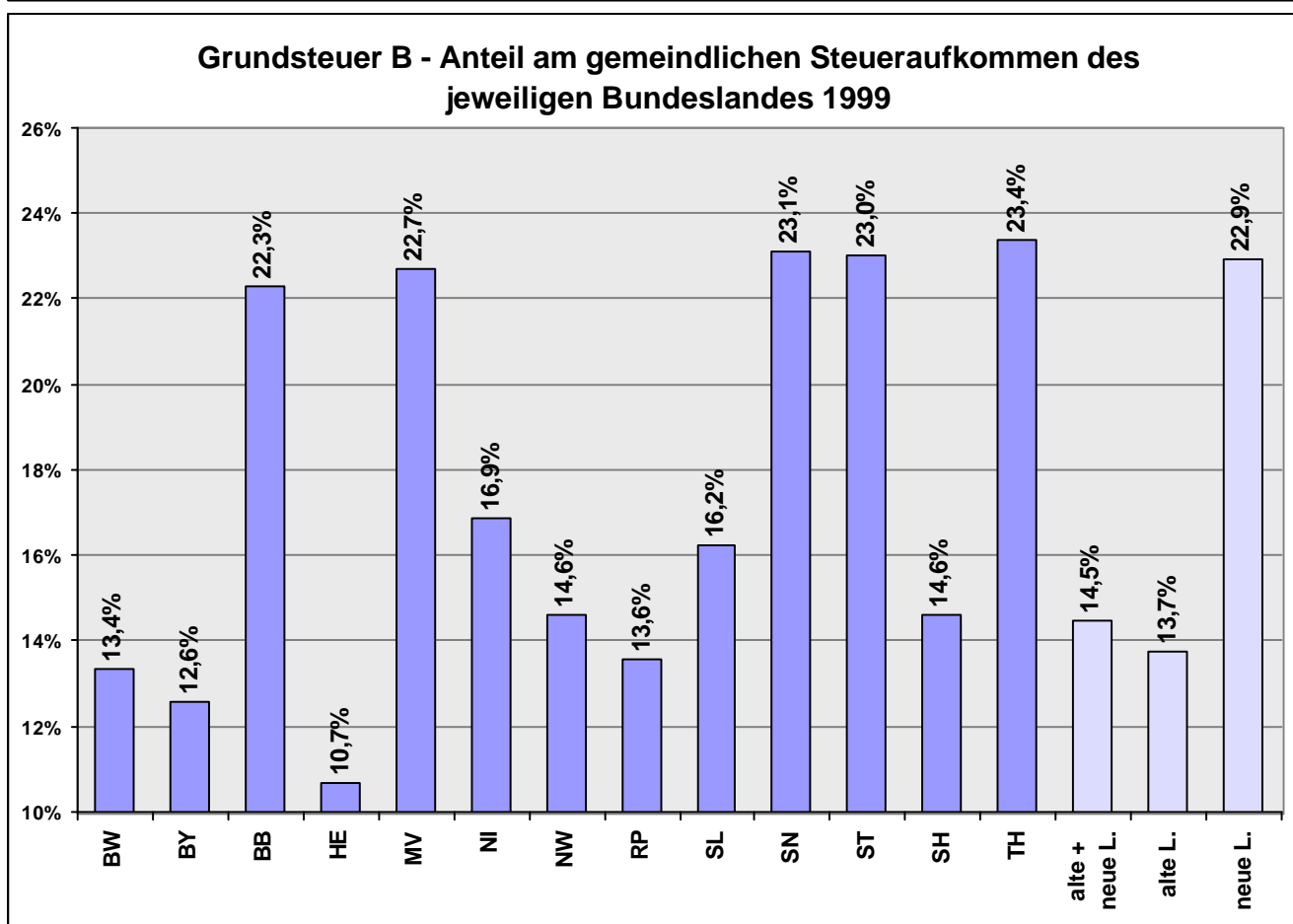
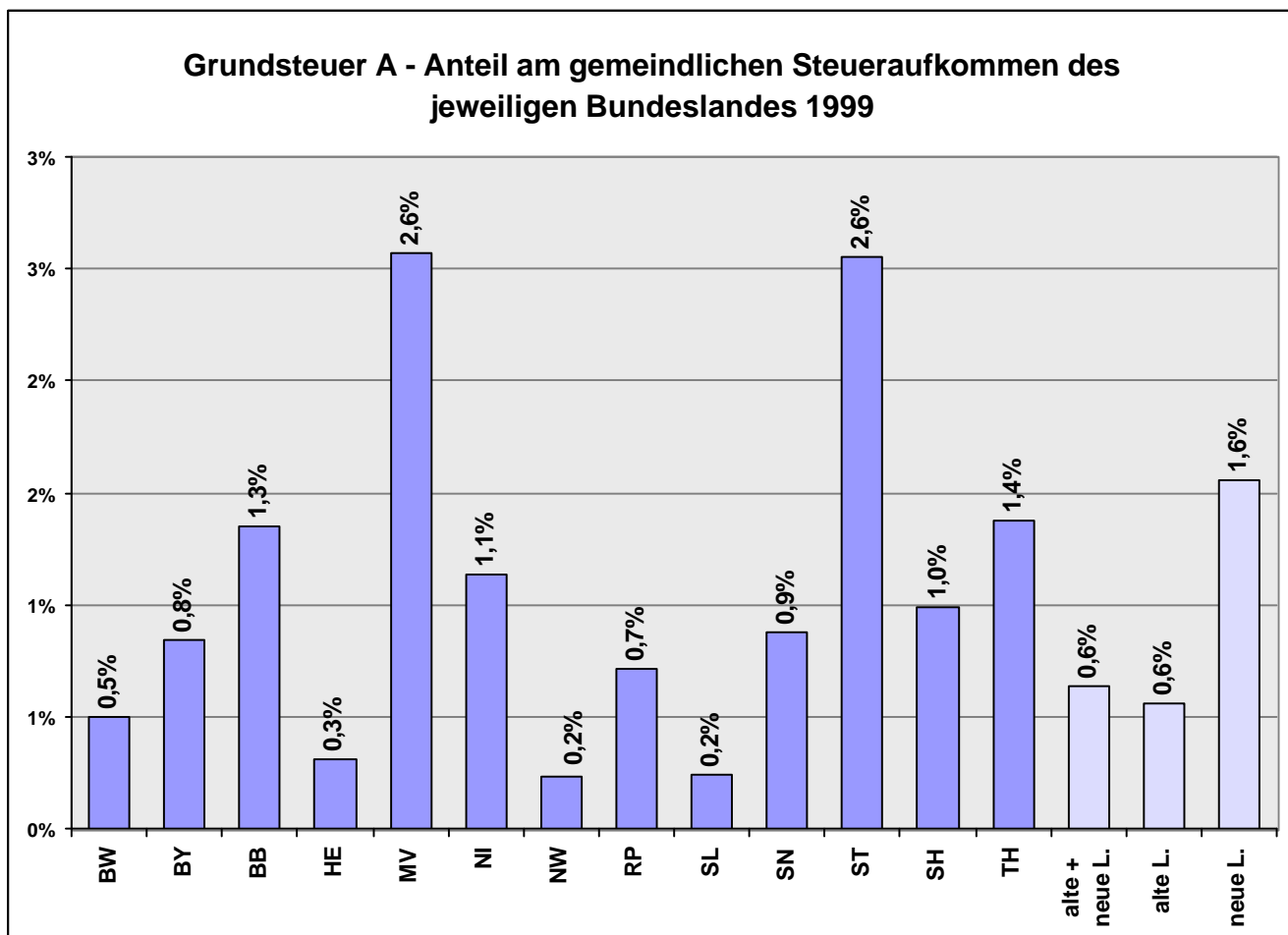
Struktur des gemeindlichen Steueraufkommens 1999 - nach Steuerarten

(in Mio. DM und in v.H. des gemeindlichen Gesamtsteueraufkommens)



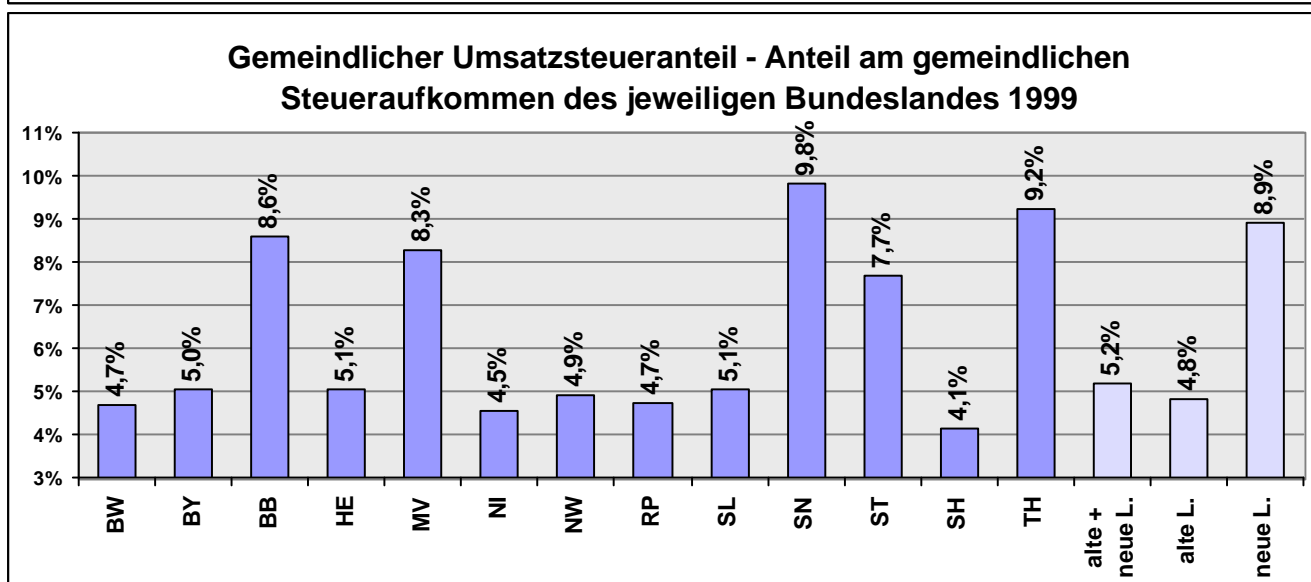
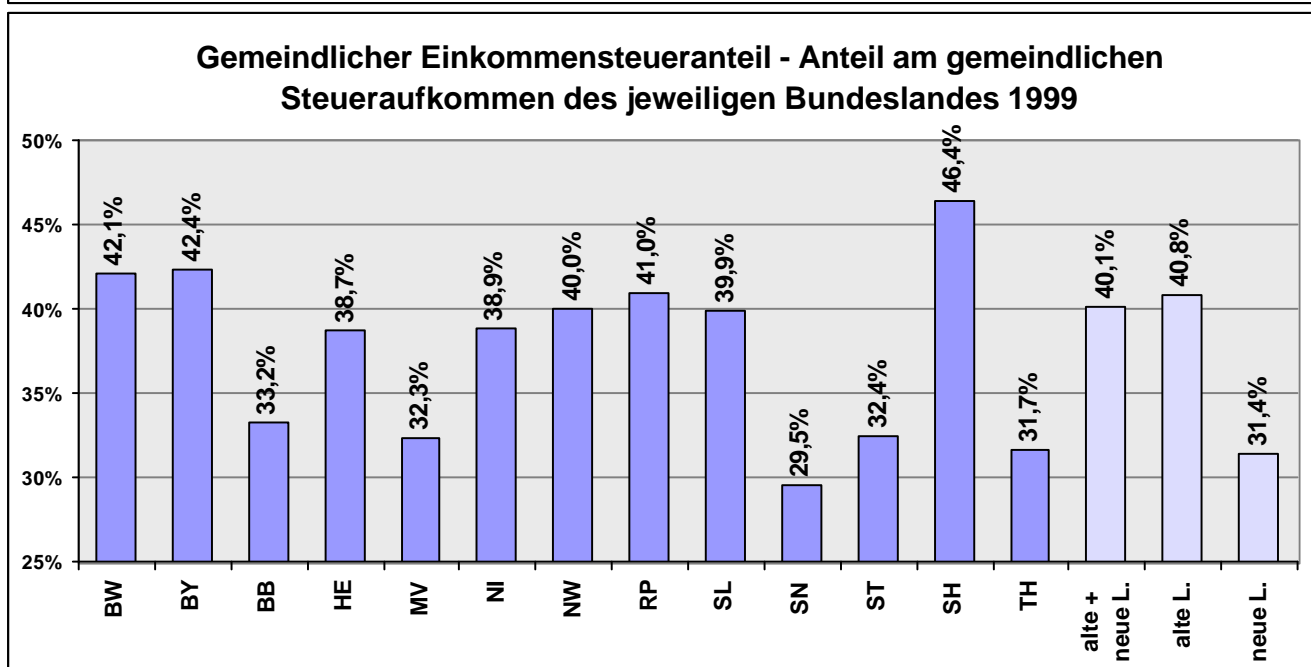
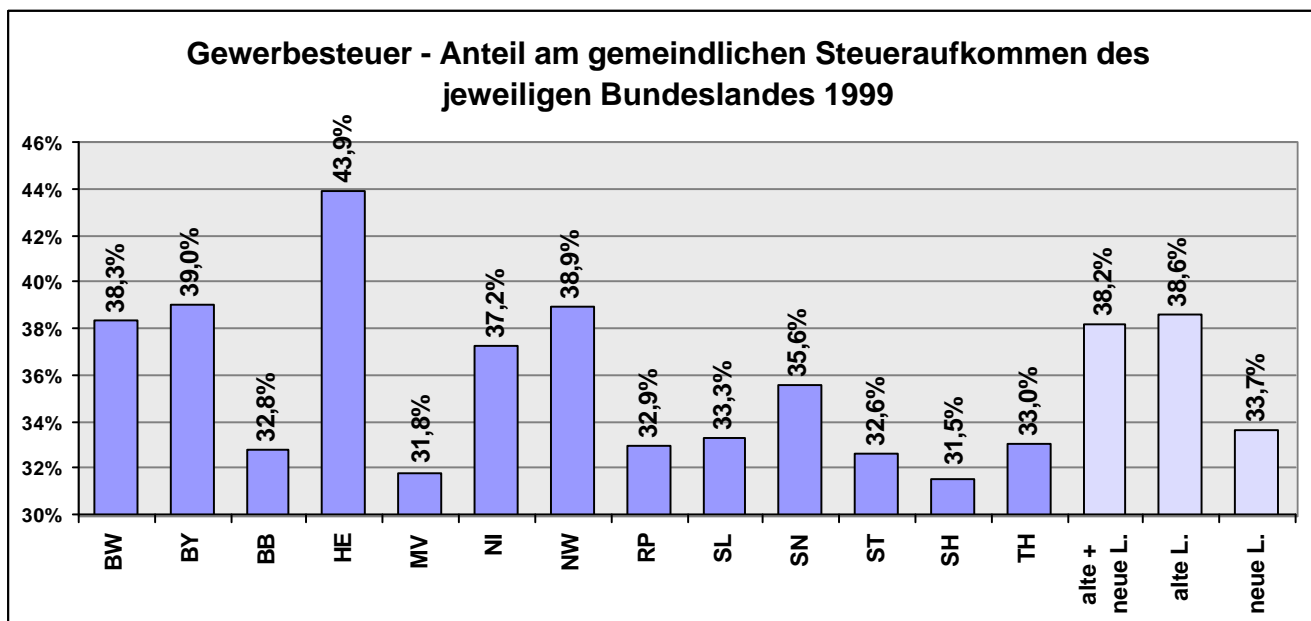
Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

Anteil der Steuerart am Steueraufkommen der Gemeinden des jeweiligen Bundeslandes
 Grundsteuer A, Grundsteuer B



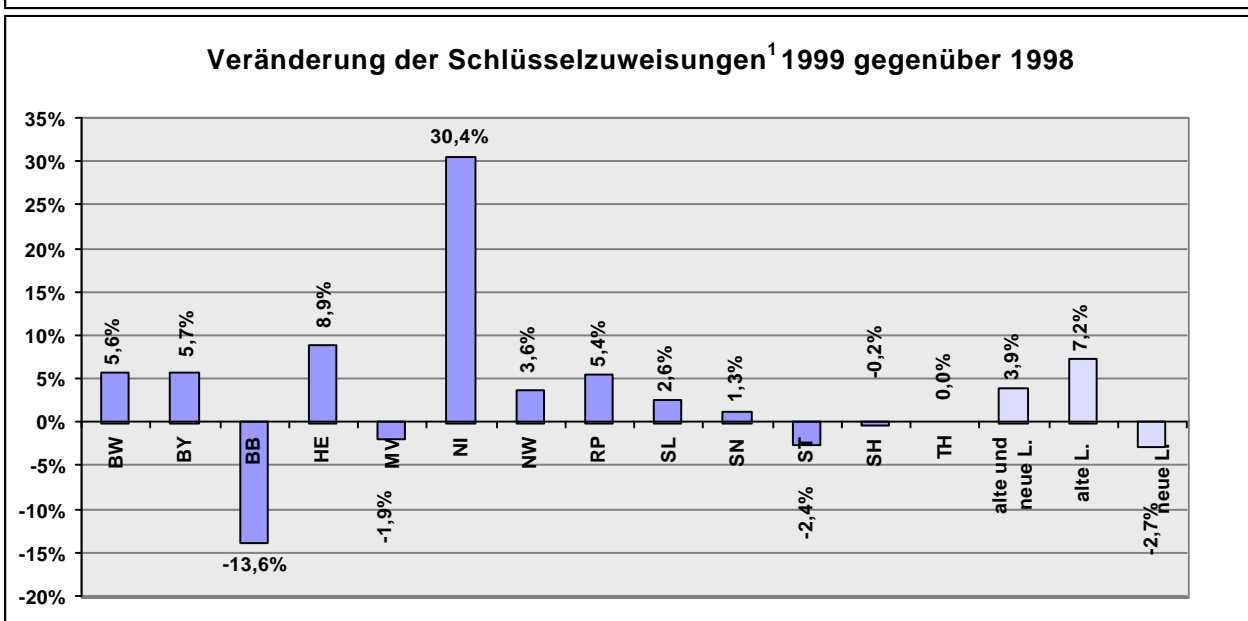
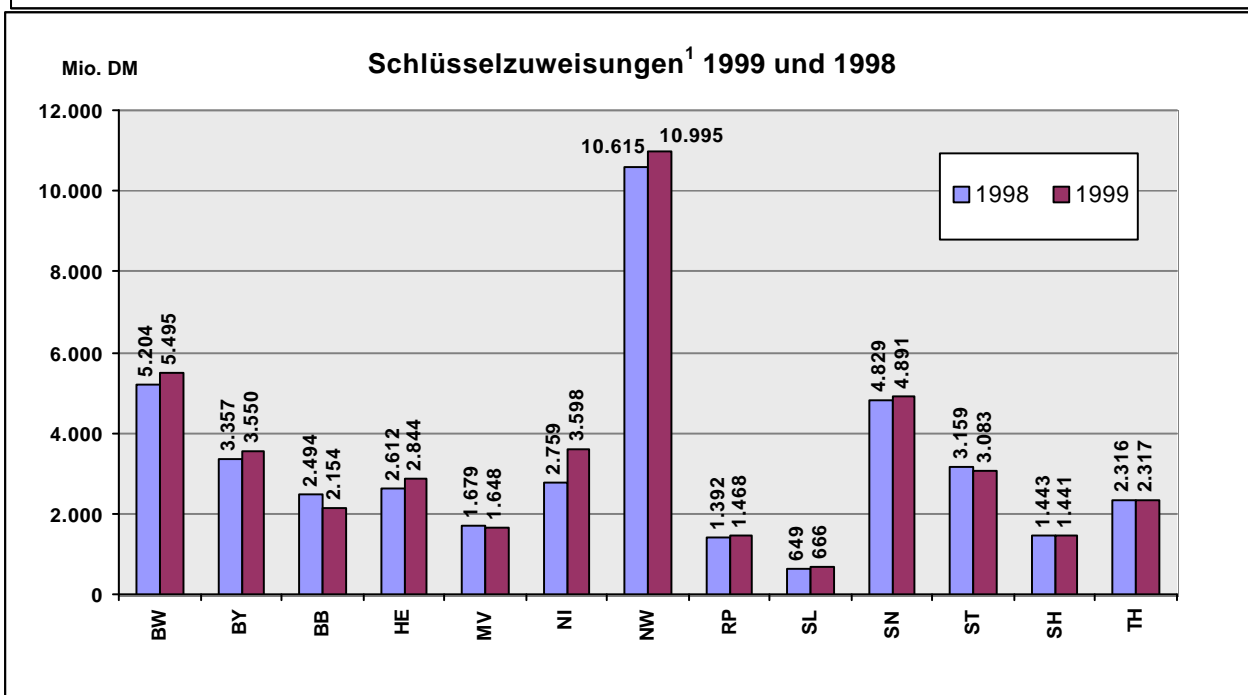
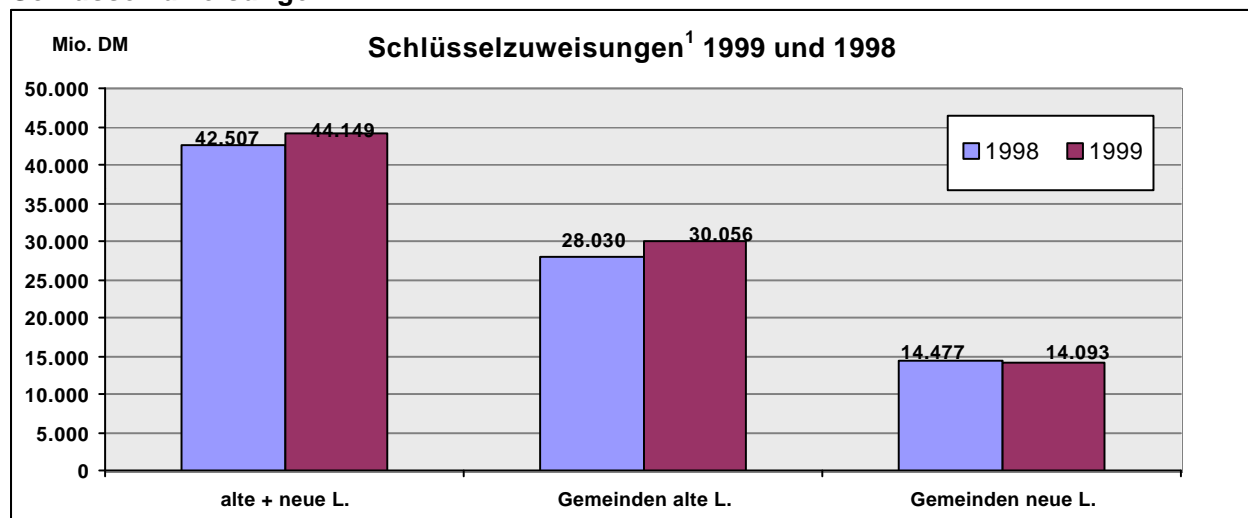
Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

Anteil der Steuerart am Steueraufkommen der Gemeinden des jeweiligen Bundeslandes
 Gewerbesteuer, Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer



Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

Schlüsselzuweisungen¹

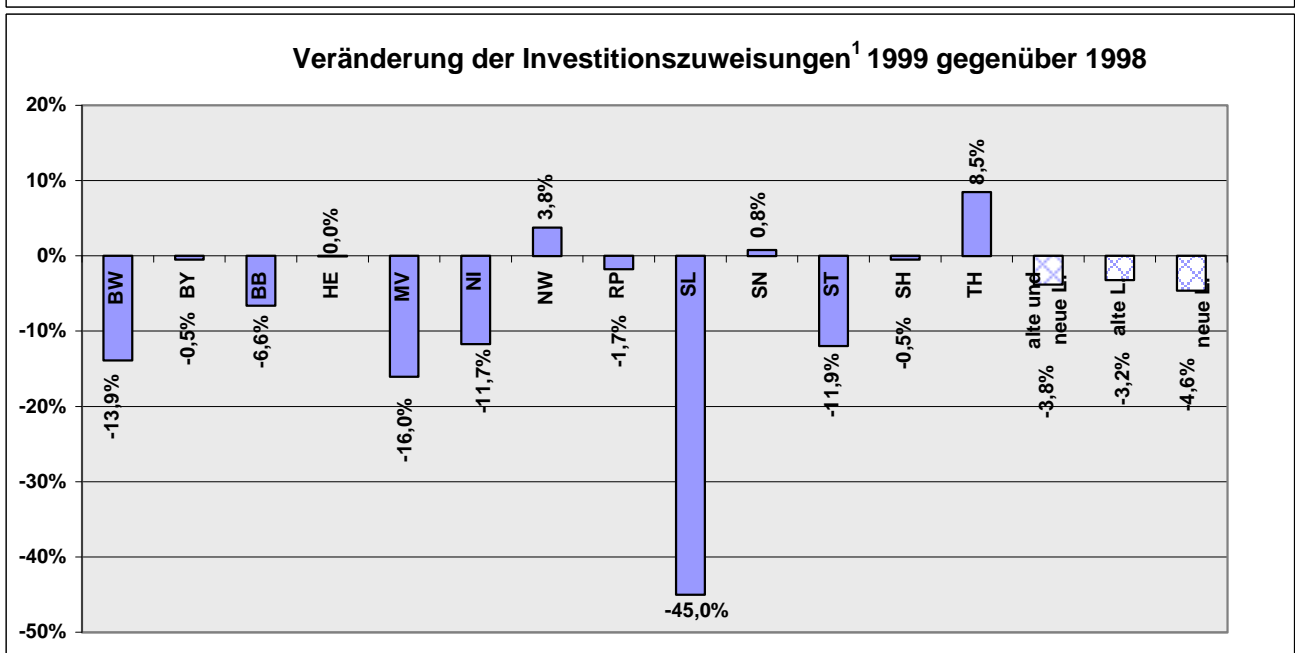
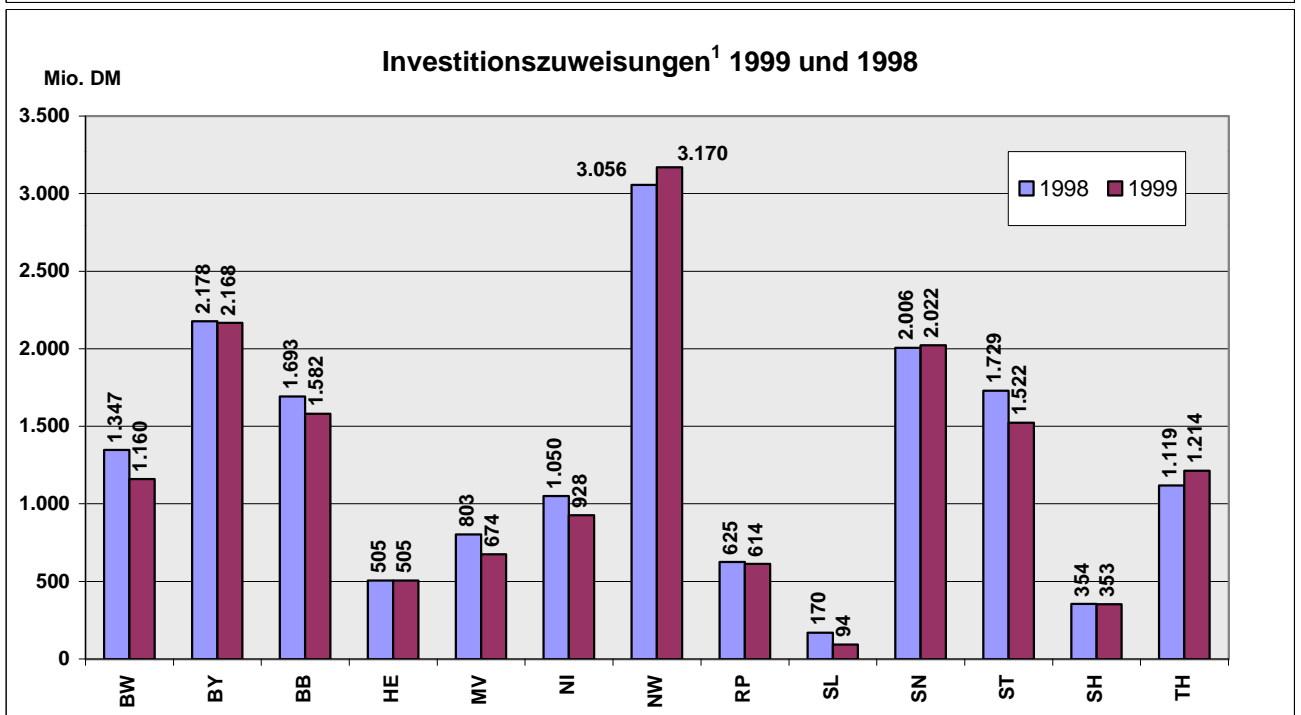
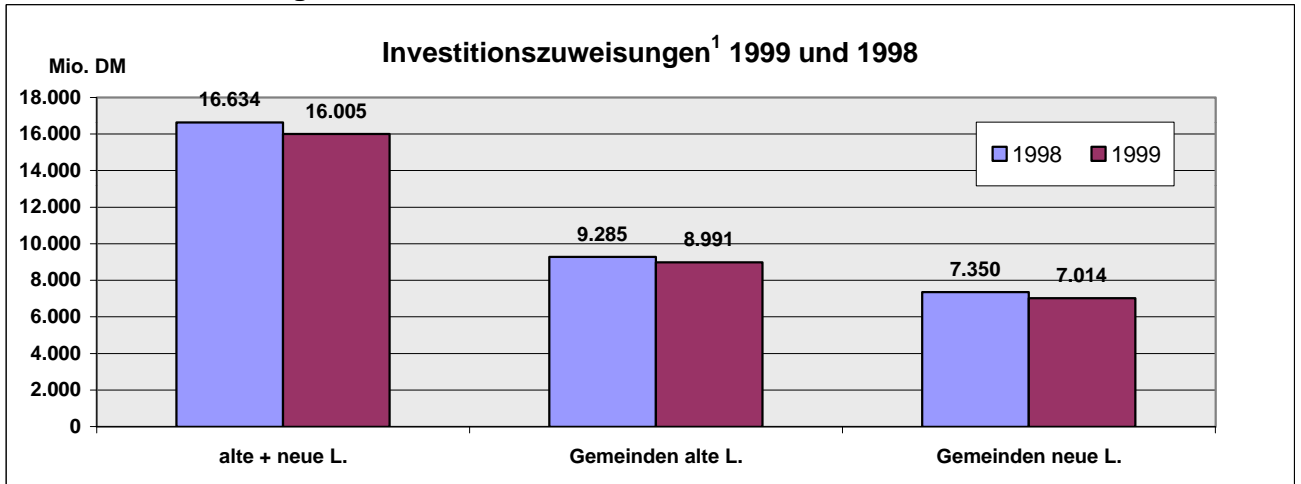


* Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

¹Sachsen und Meckl.-Vorp. einschl. Familienleistungsausgleich.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

Investitionszuweisungen¹

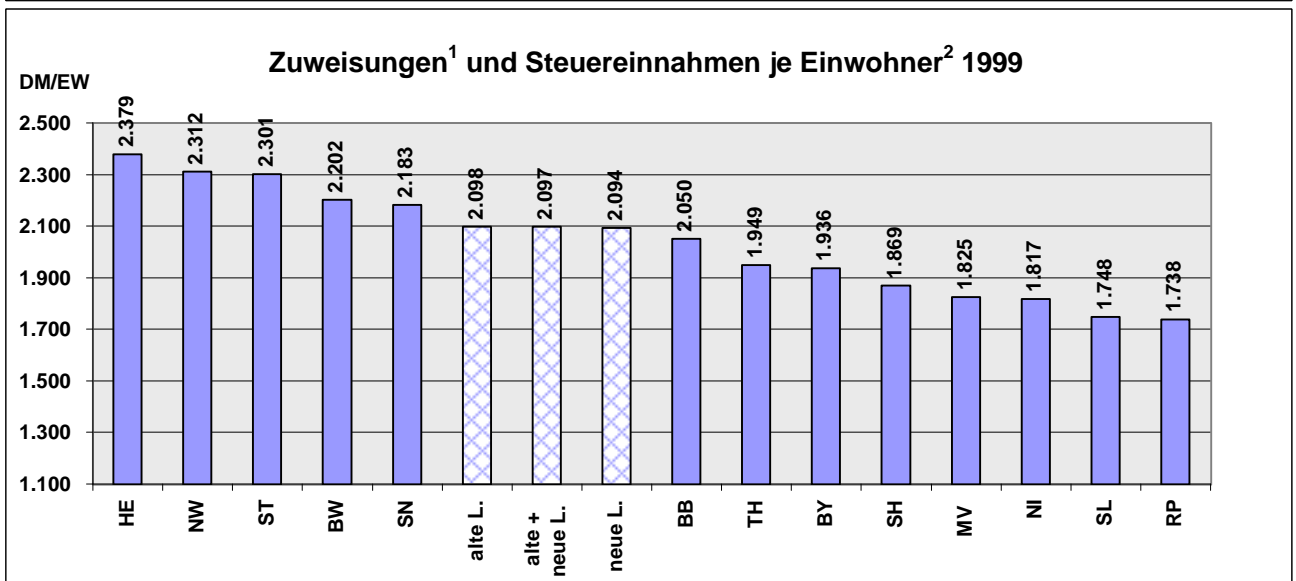
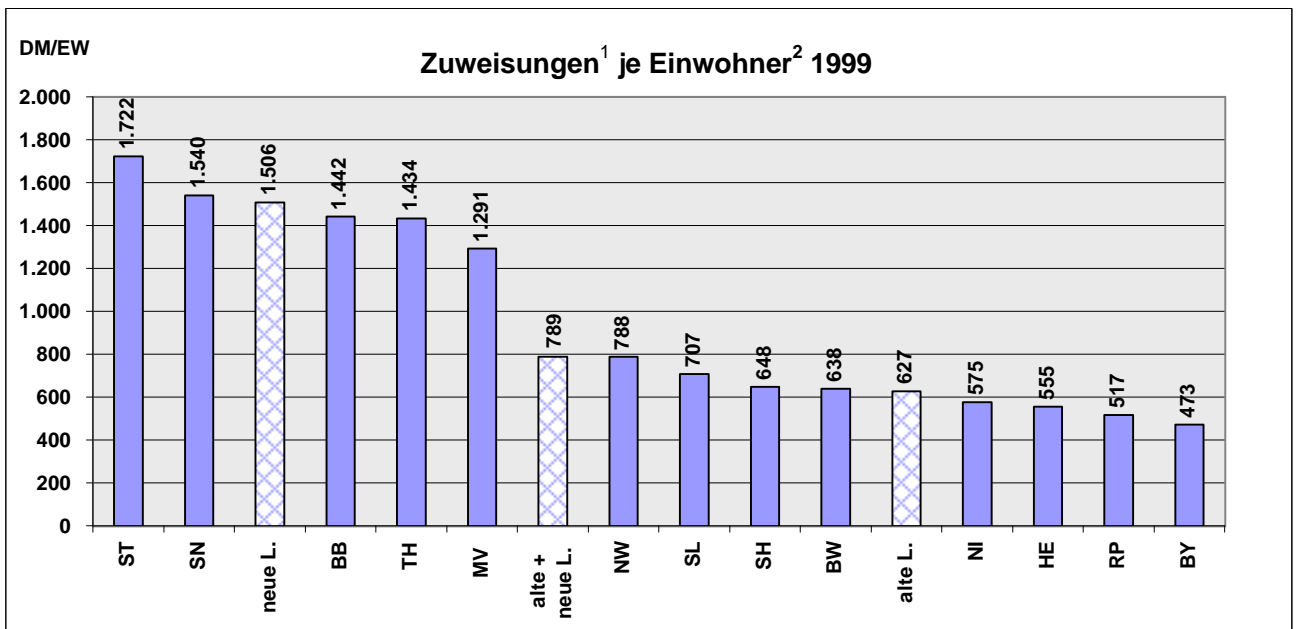
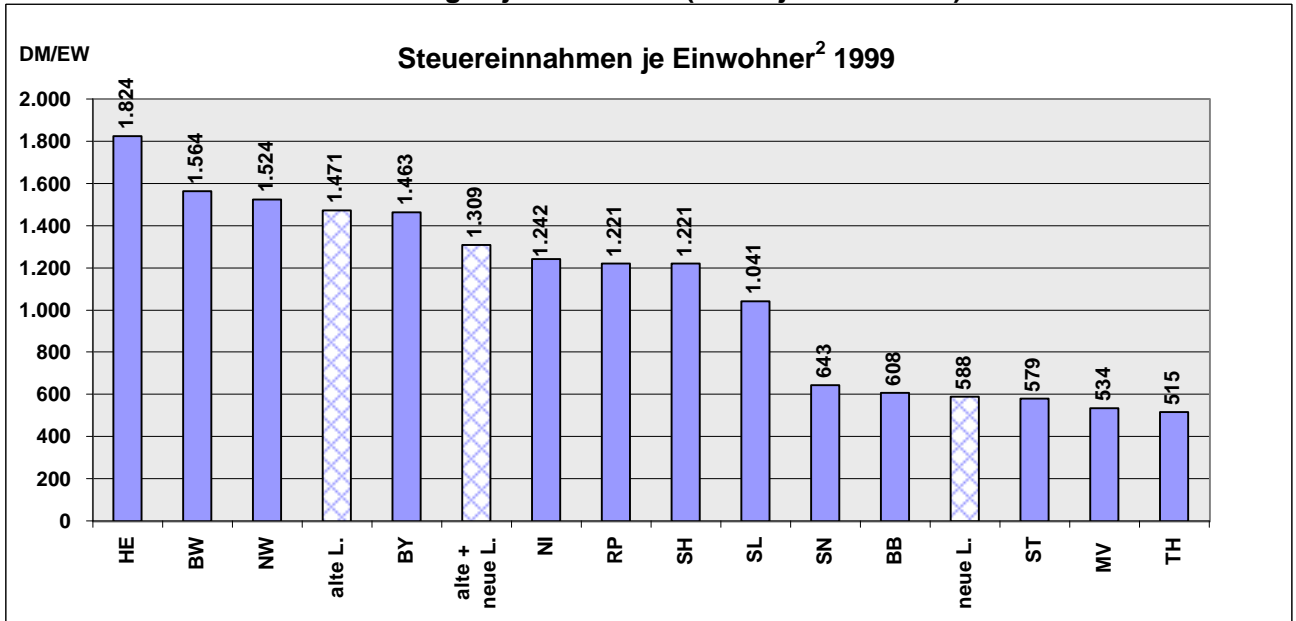


* Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

¹ Zuweisungen für Investitionen vom Land.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

Steuereinnahmen und Zuweisungen je Einwohner (in DM je Einwohner)

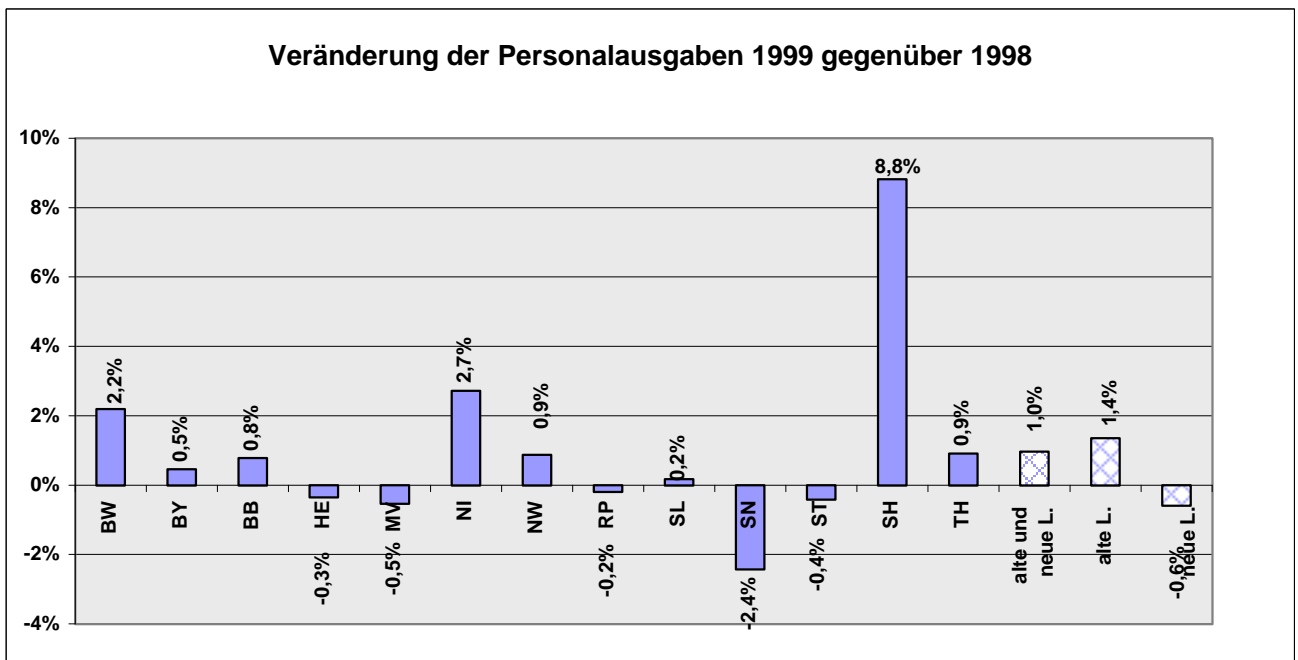
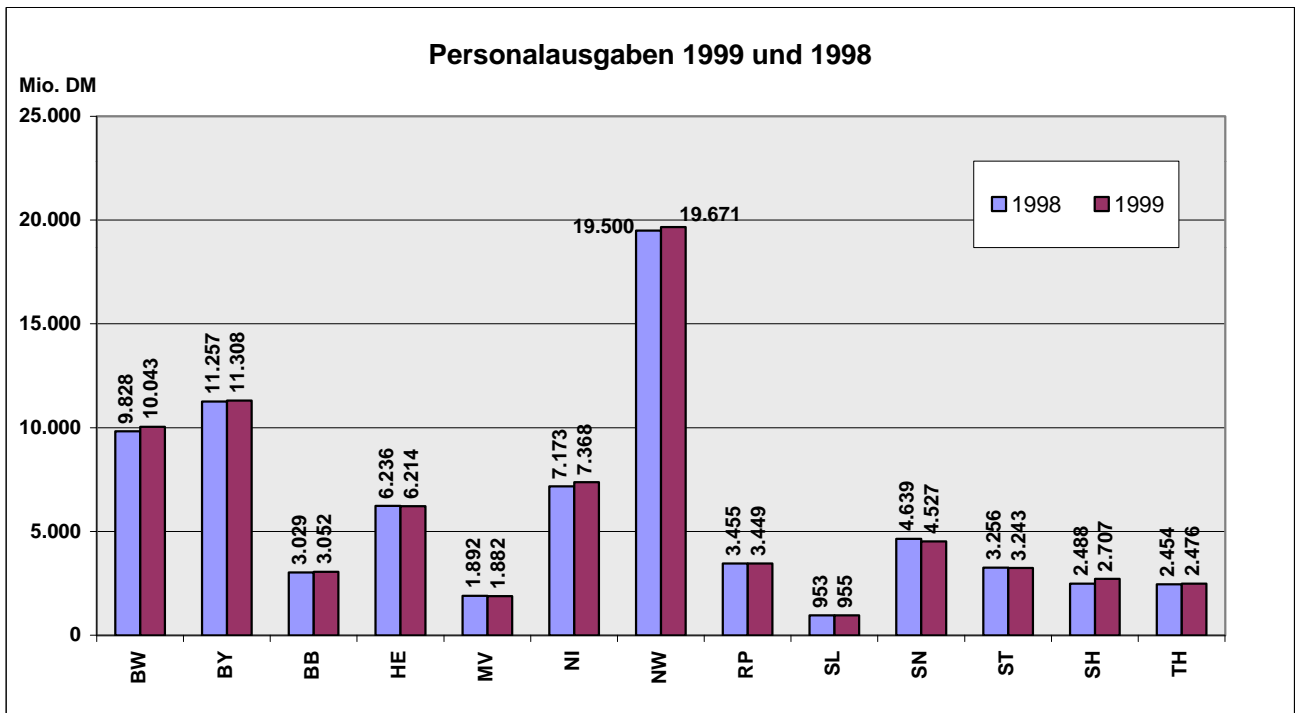
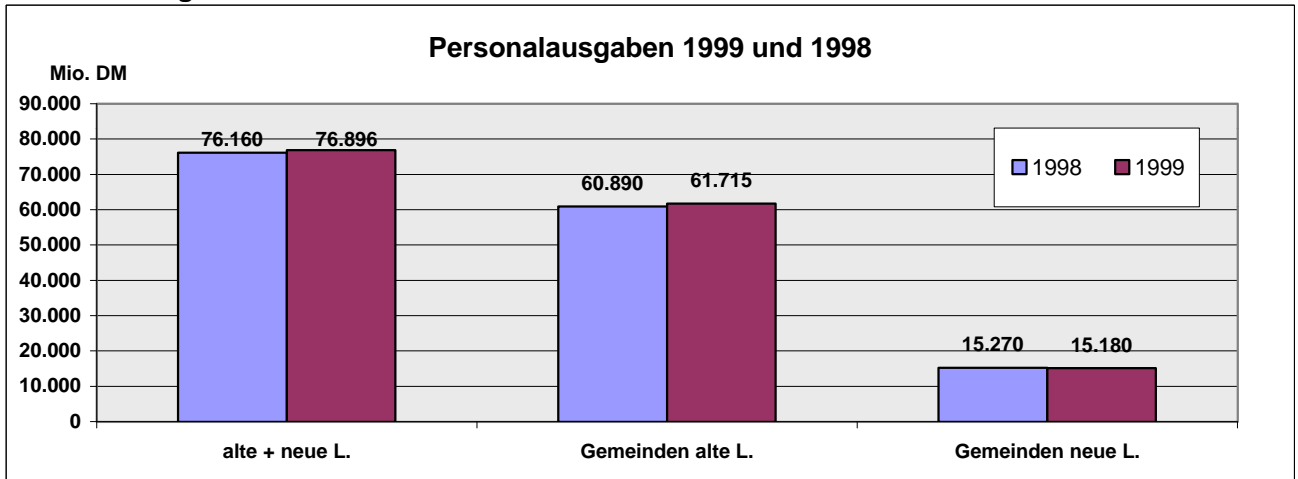


¹ Summe der Schlüssel- und Investitionszuweisungen, Sachsen und Meckl.-Vorp. einschl. Familienleistungsausgleich, ² Einwohnerstand per 31.12.1998.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

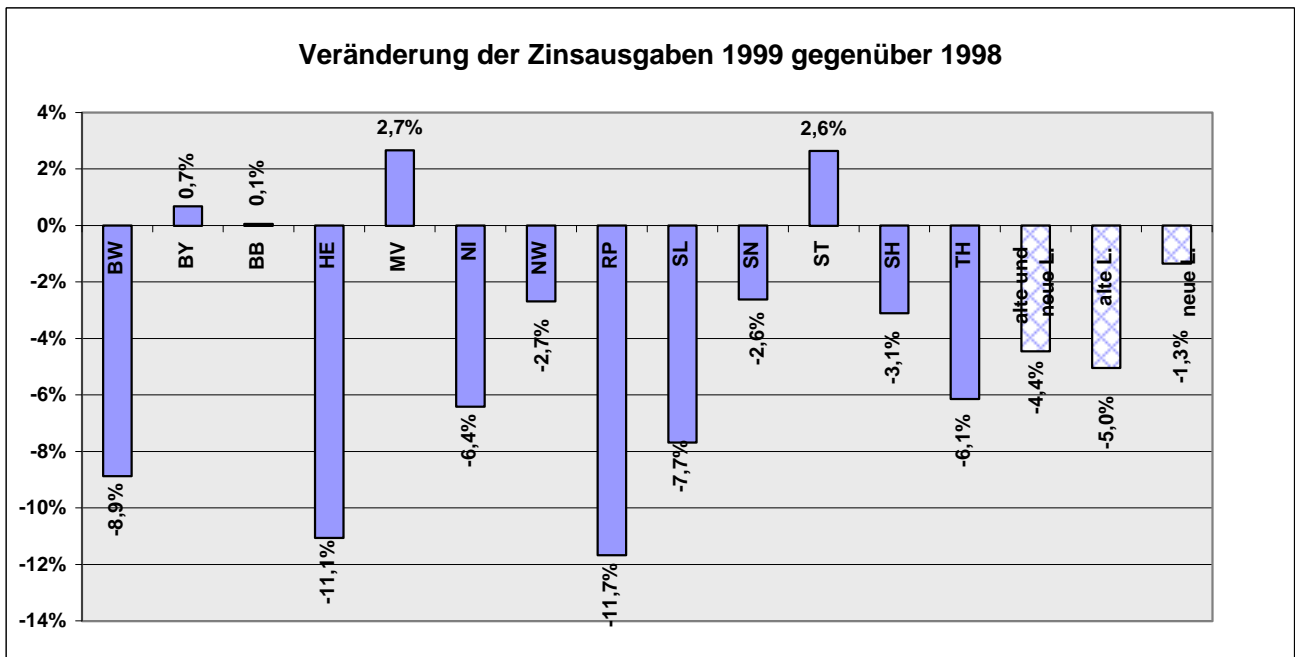
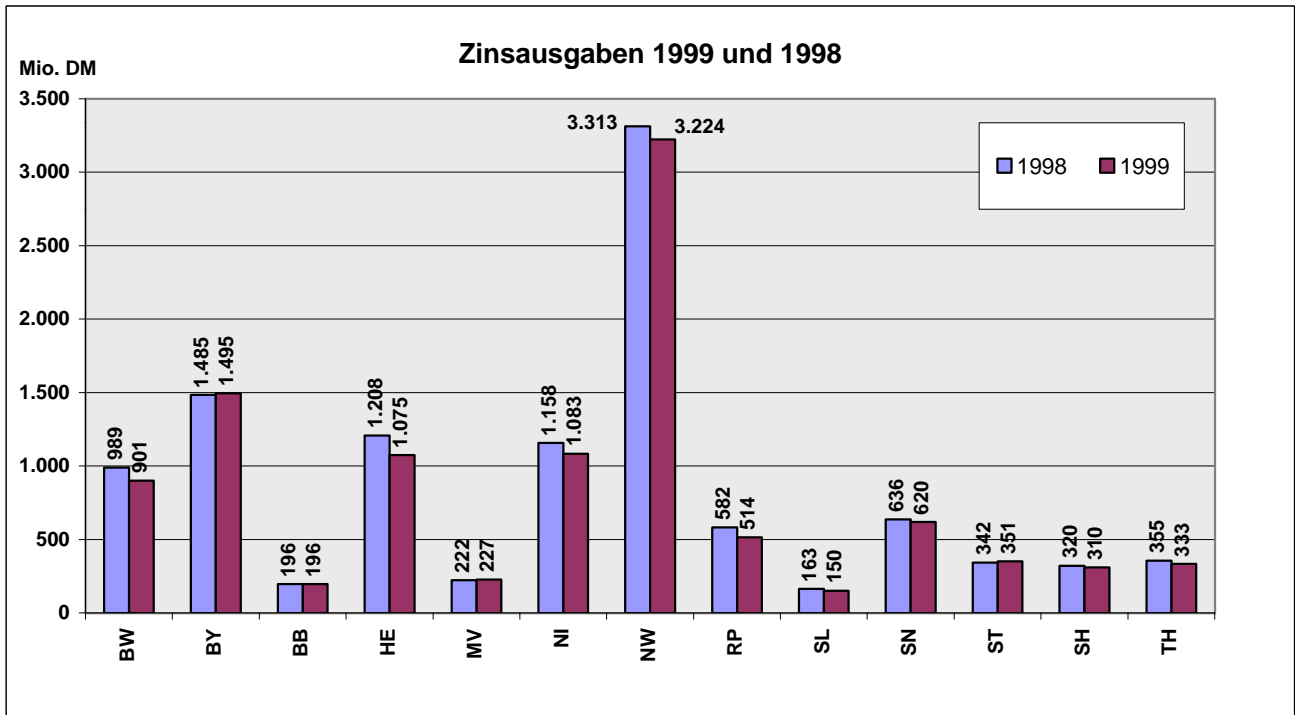
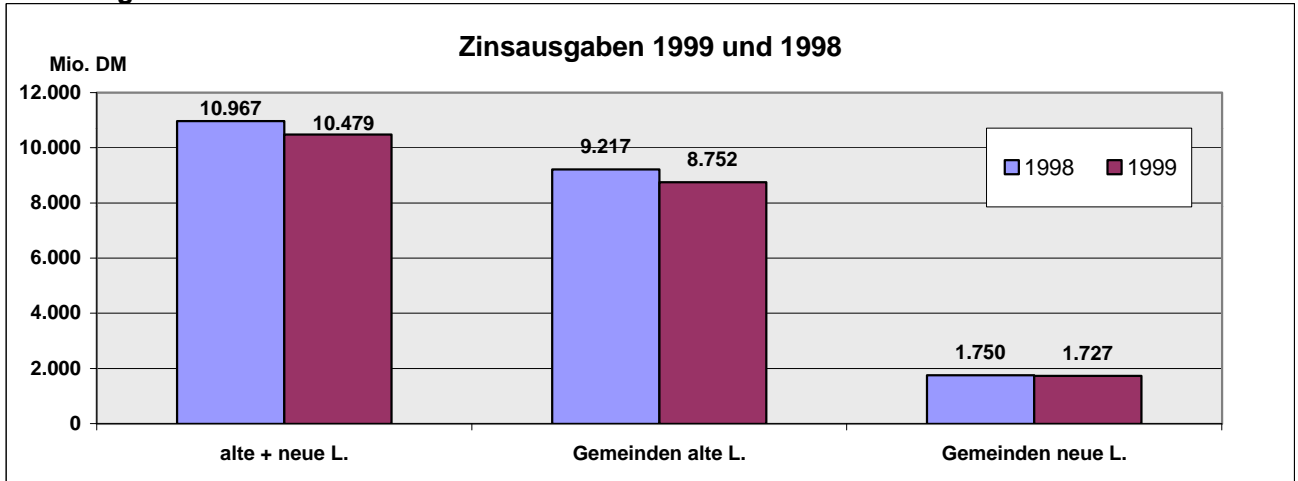
1999 und 1998

Personalausgaben



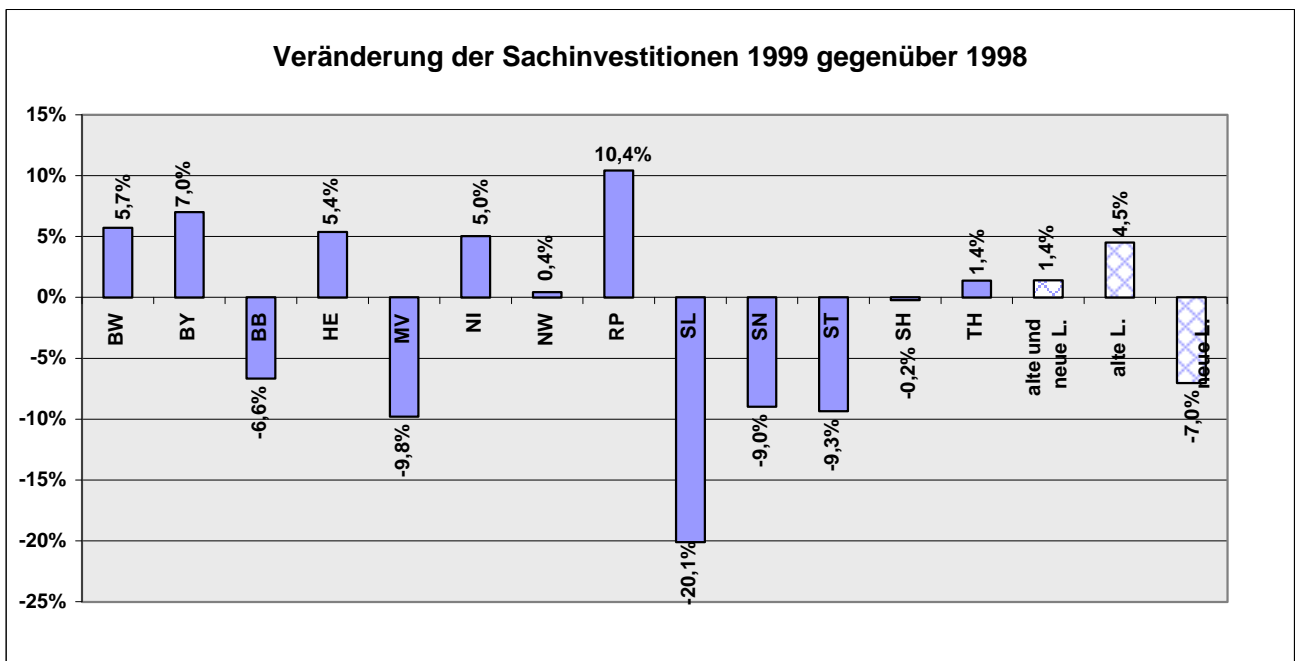
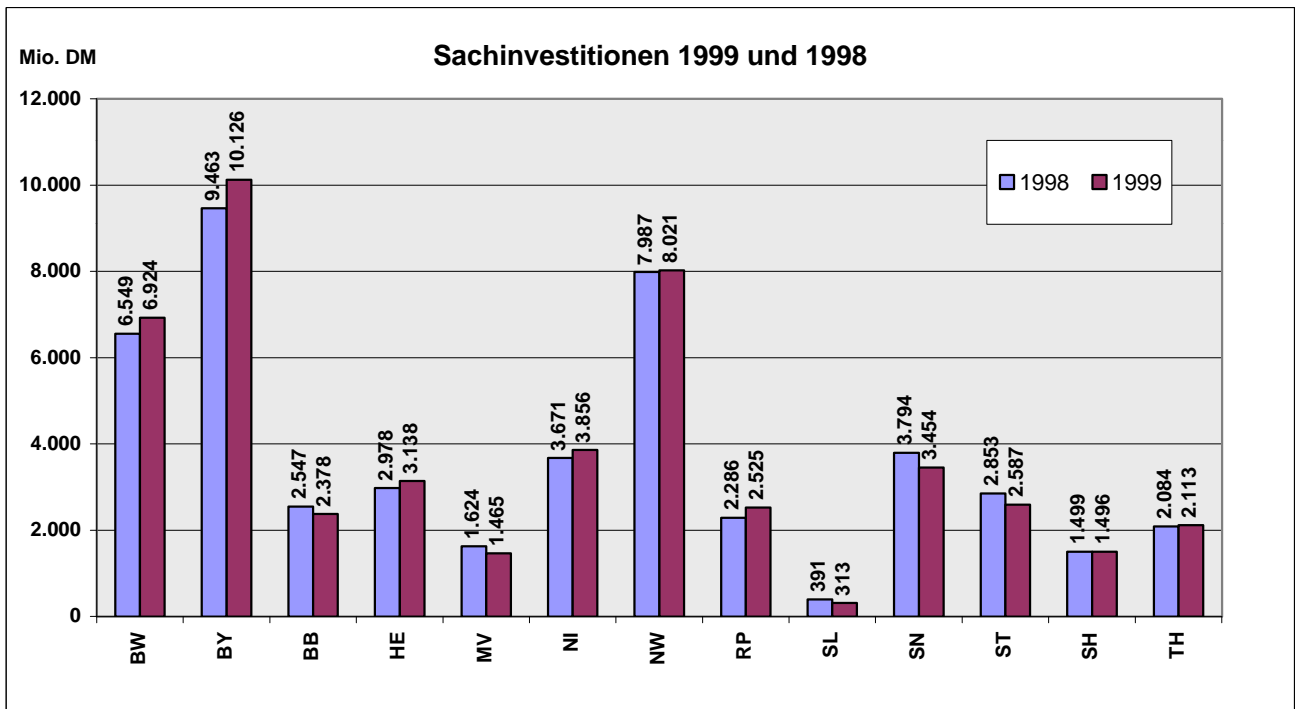
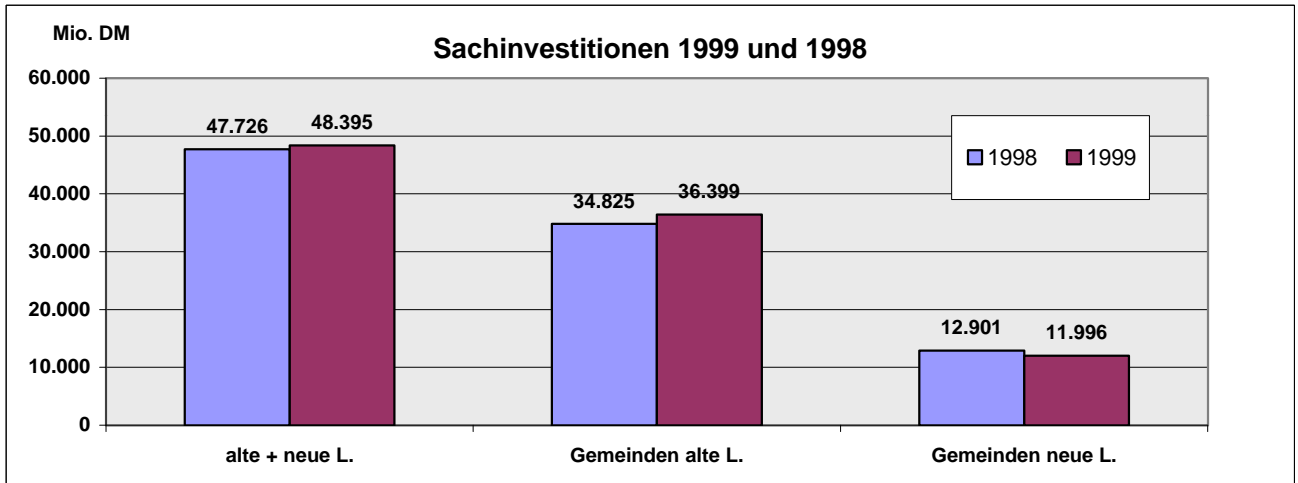
* Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.



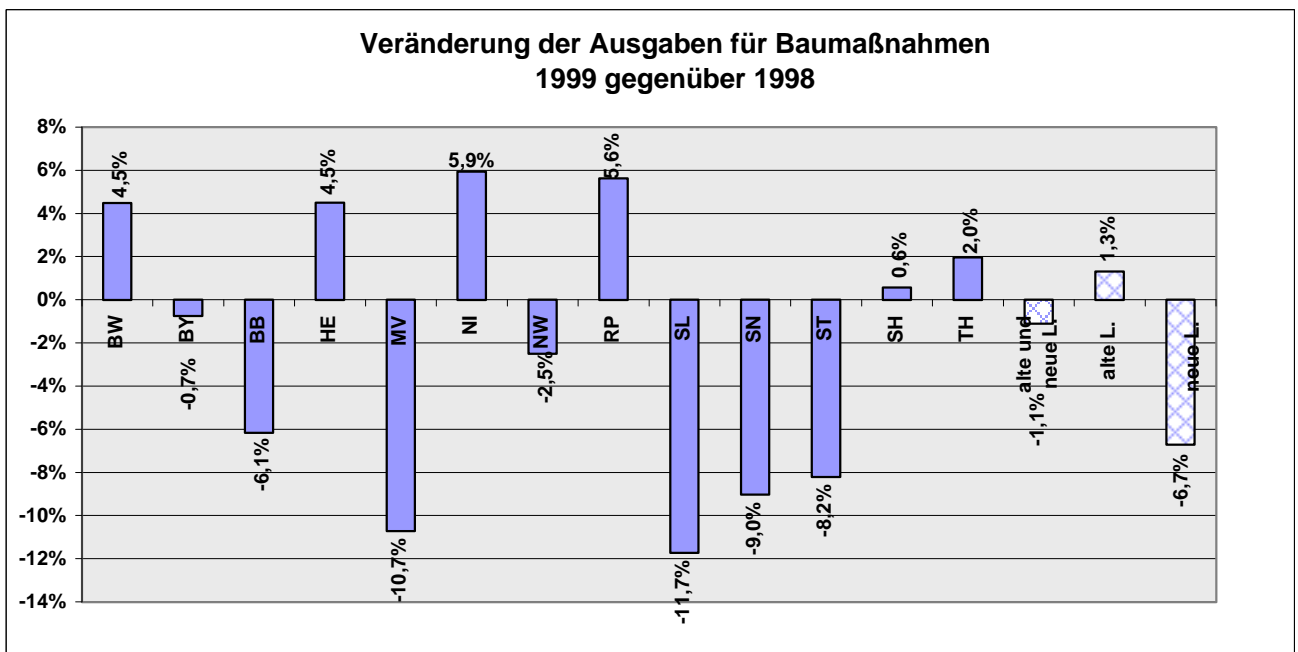
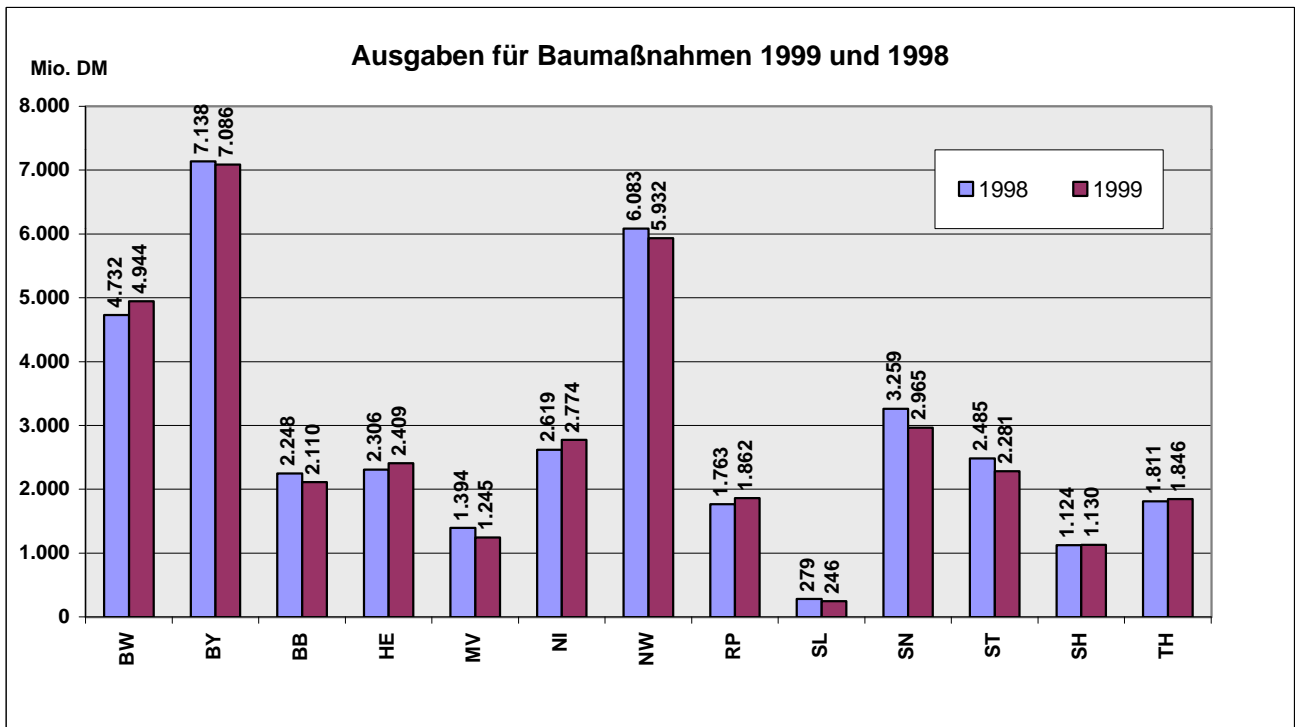
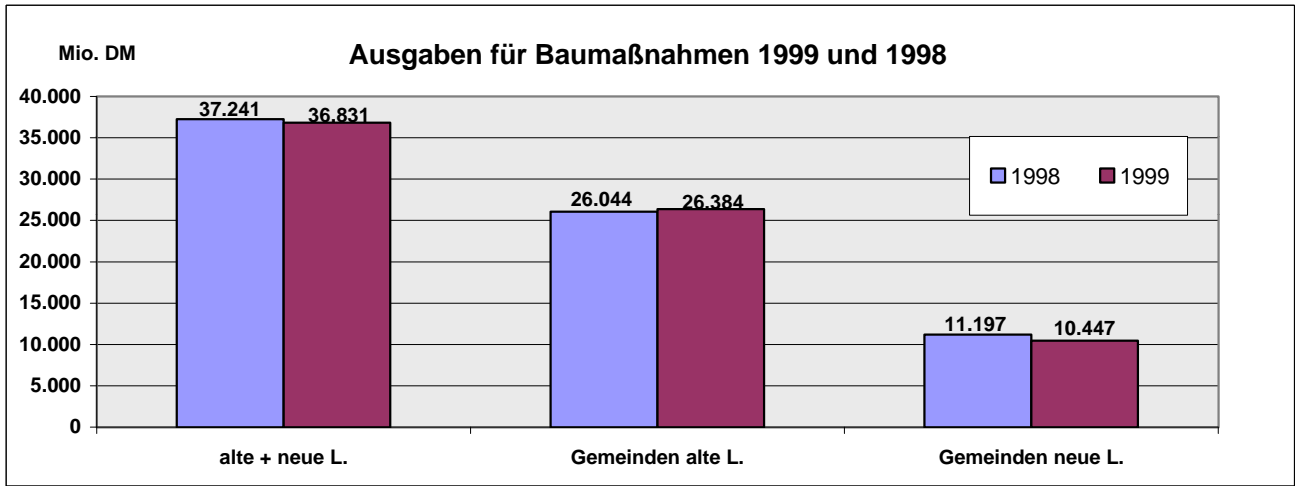
* Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.



* Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

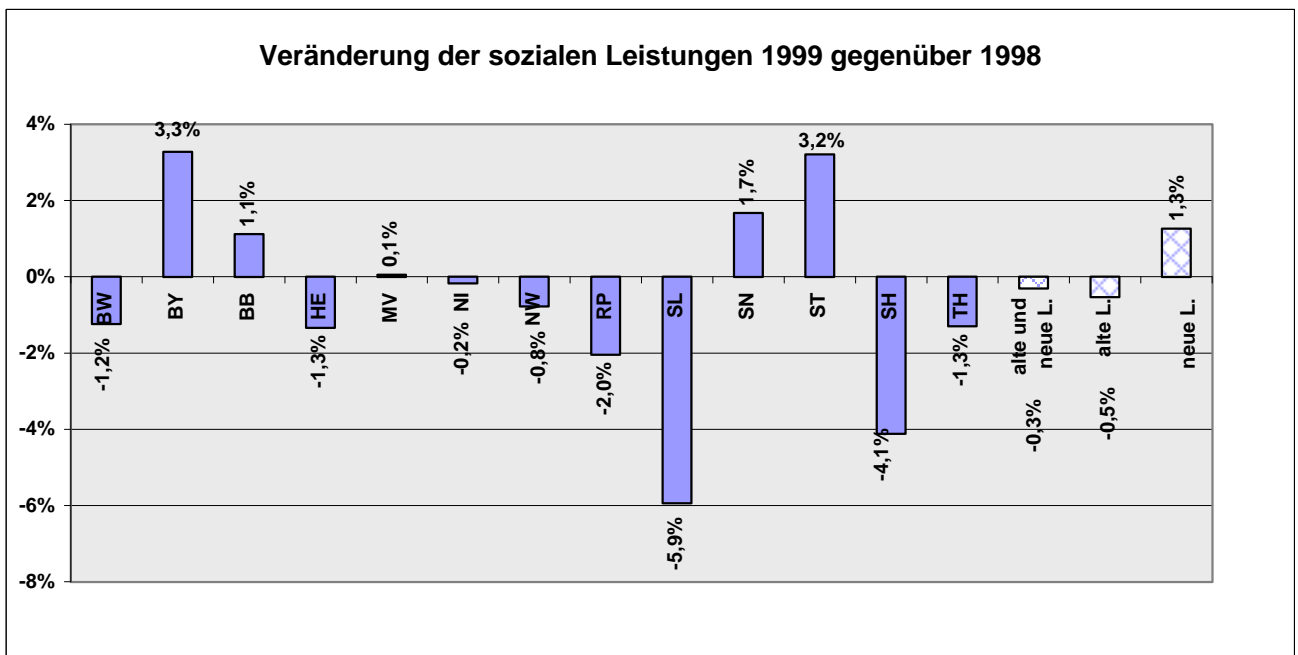
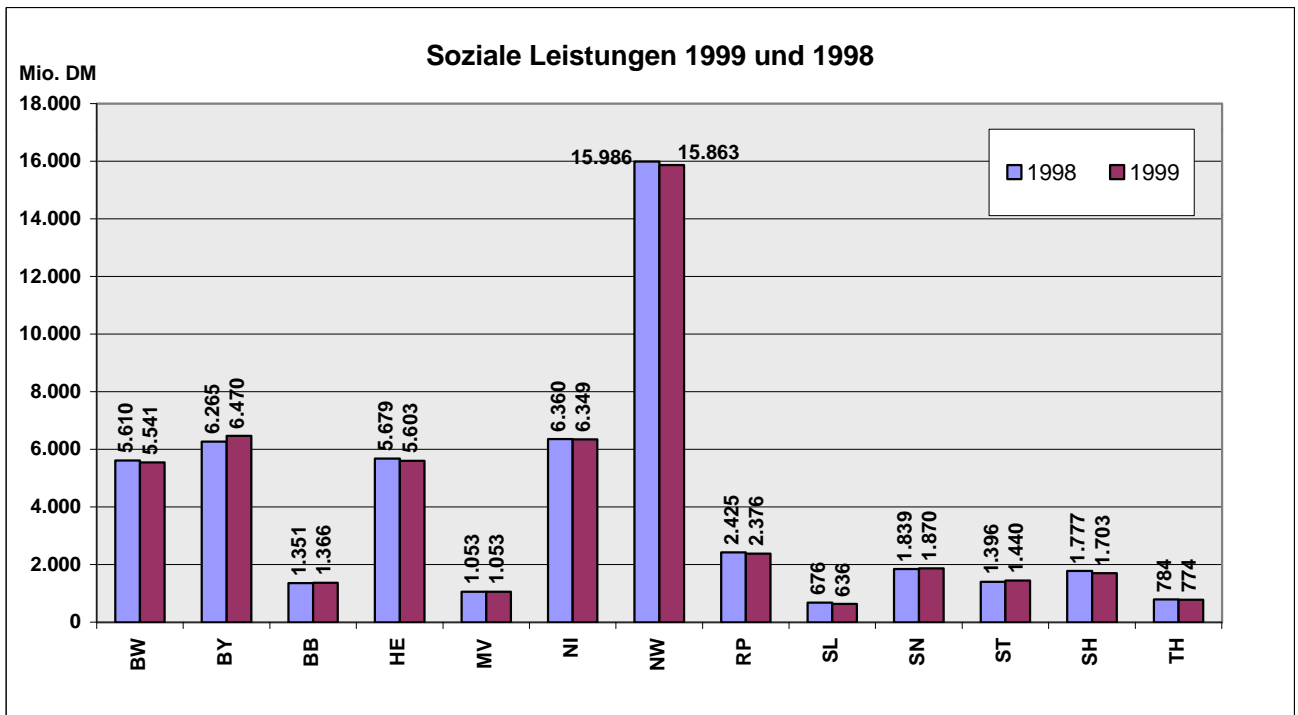
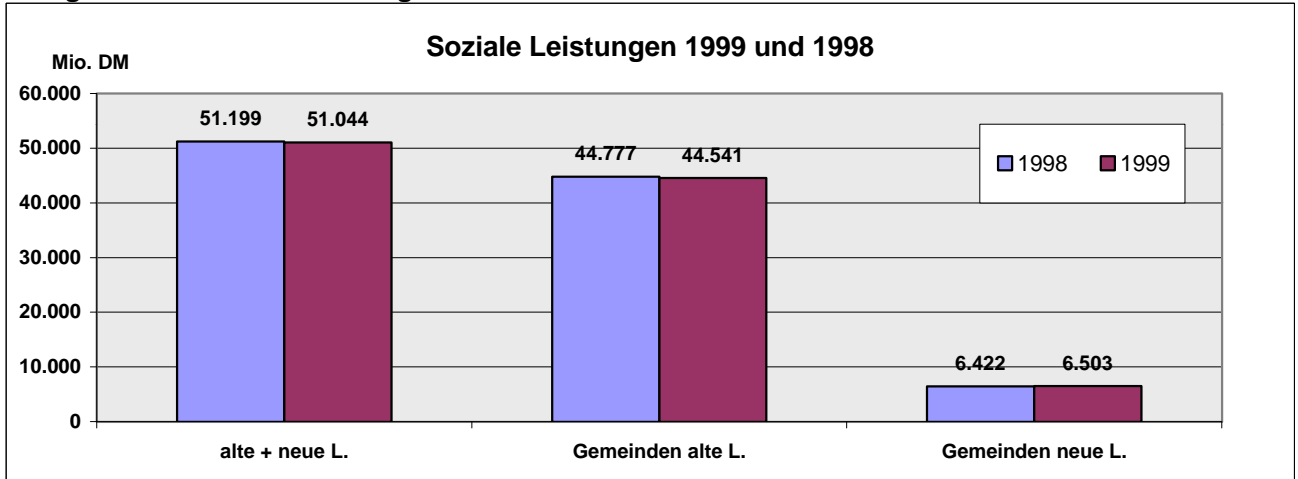


* Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

1999 und 1998

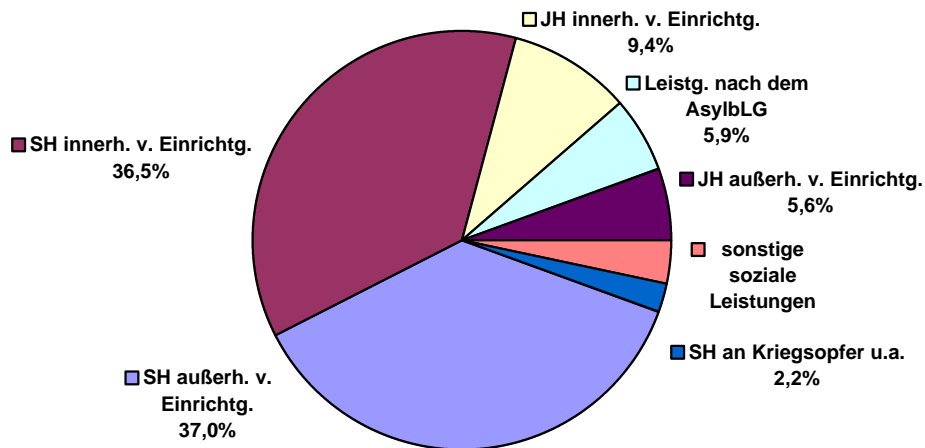
Ausgaben für soziale Leistungen



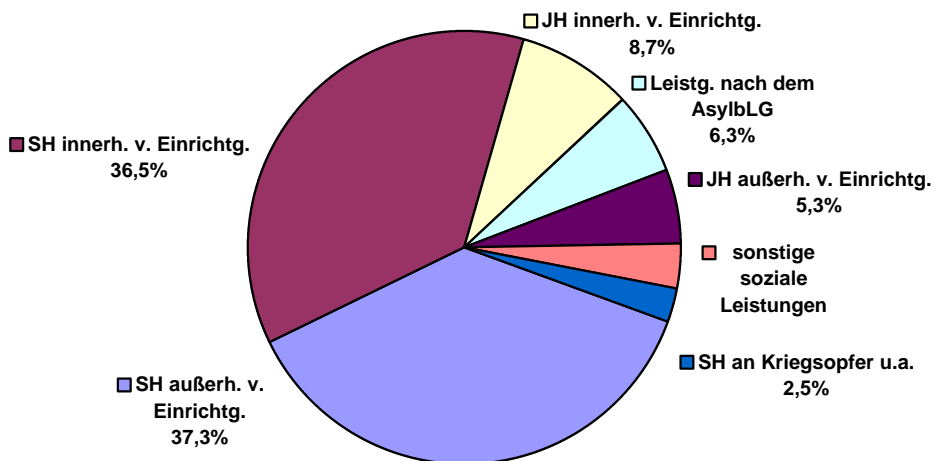
* Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

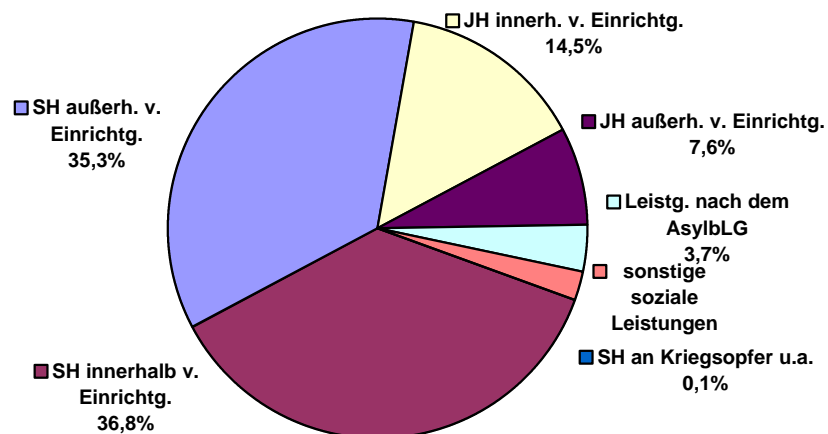
Struktur der Ausgaben für soziale Leistungen 1999
 (in % der Gesamtausgaben für soziale Leistungen, alte + neue Länder)



Struktur der Ausgaben für soziale Leistungen 1999
 (in % der Gesamtausgaben für soziale Leistungen, alte Länder)



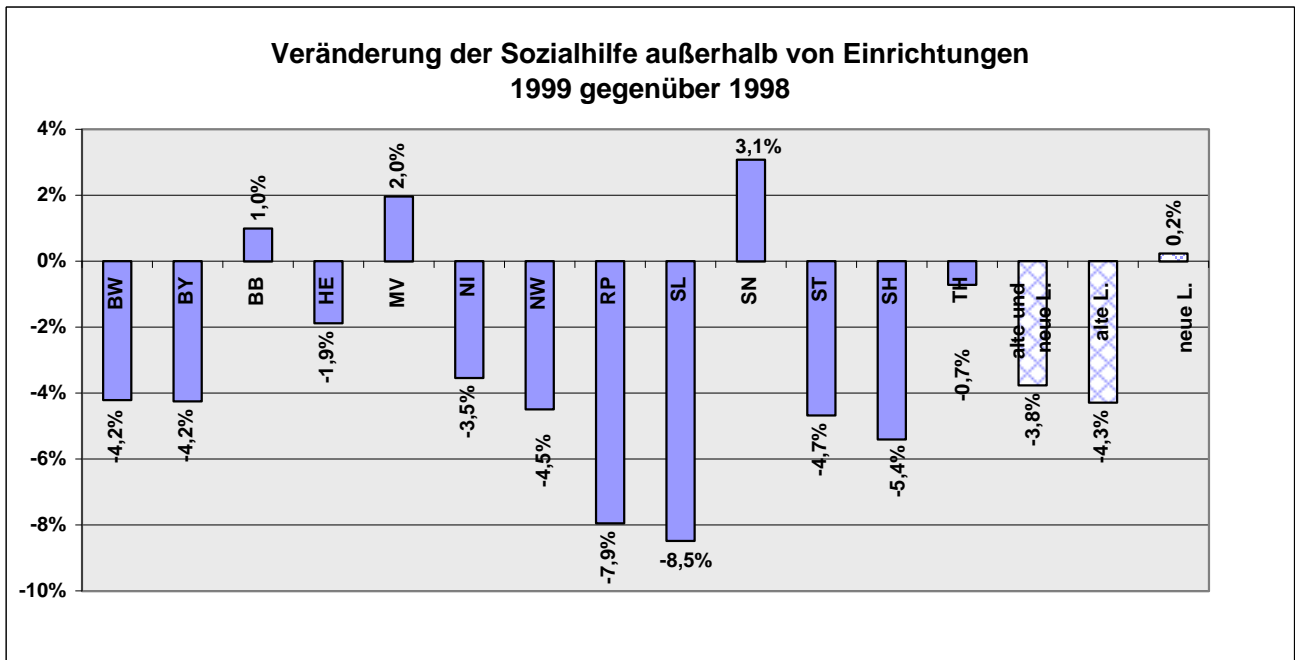
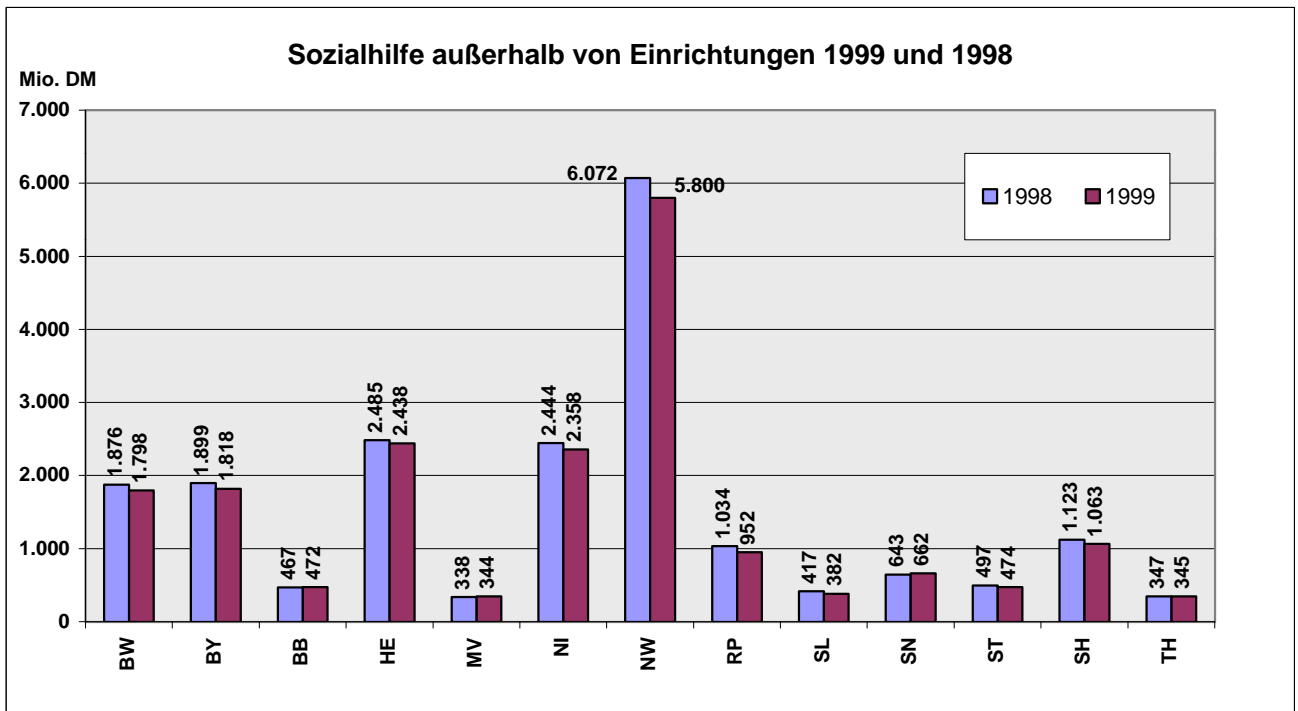
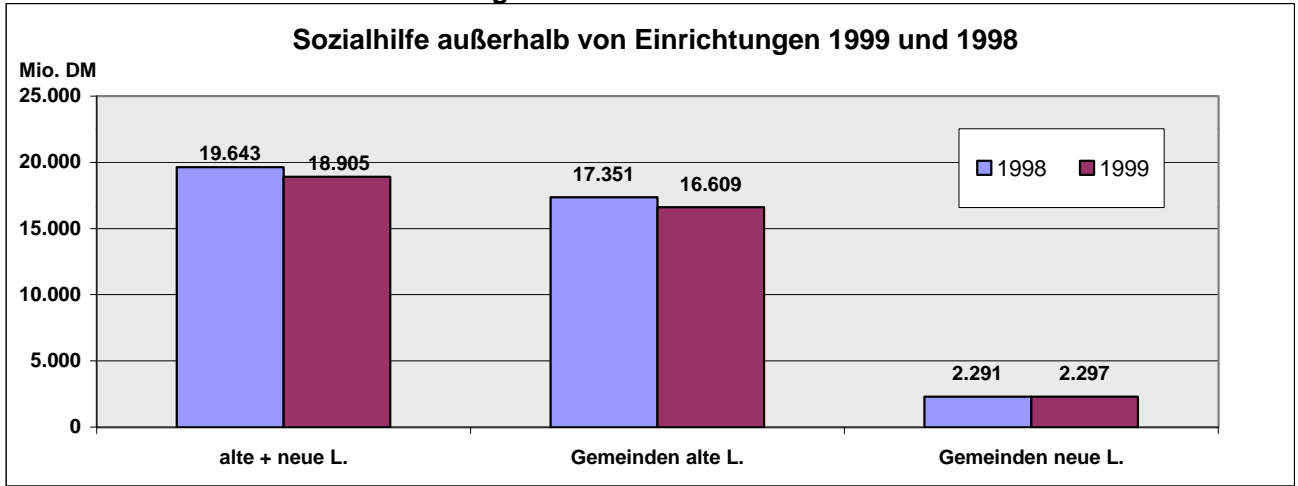
Struktur der Ausgaben für soziale Leistungen 1999
 (in % der Gesamtausgaben für soziale Leistungen, neue Länder)



JH: Jugendhilfe, SH: Sozialhilfe.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

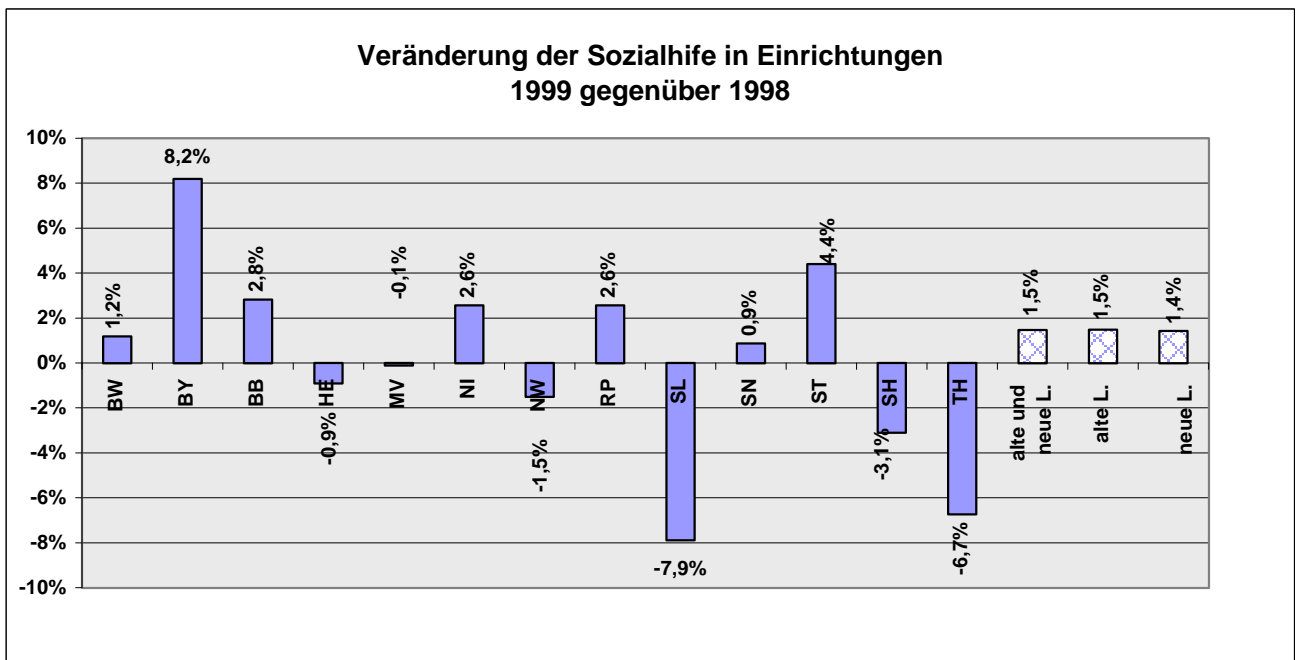
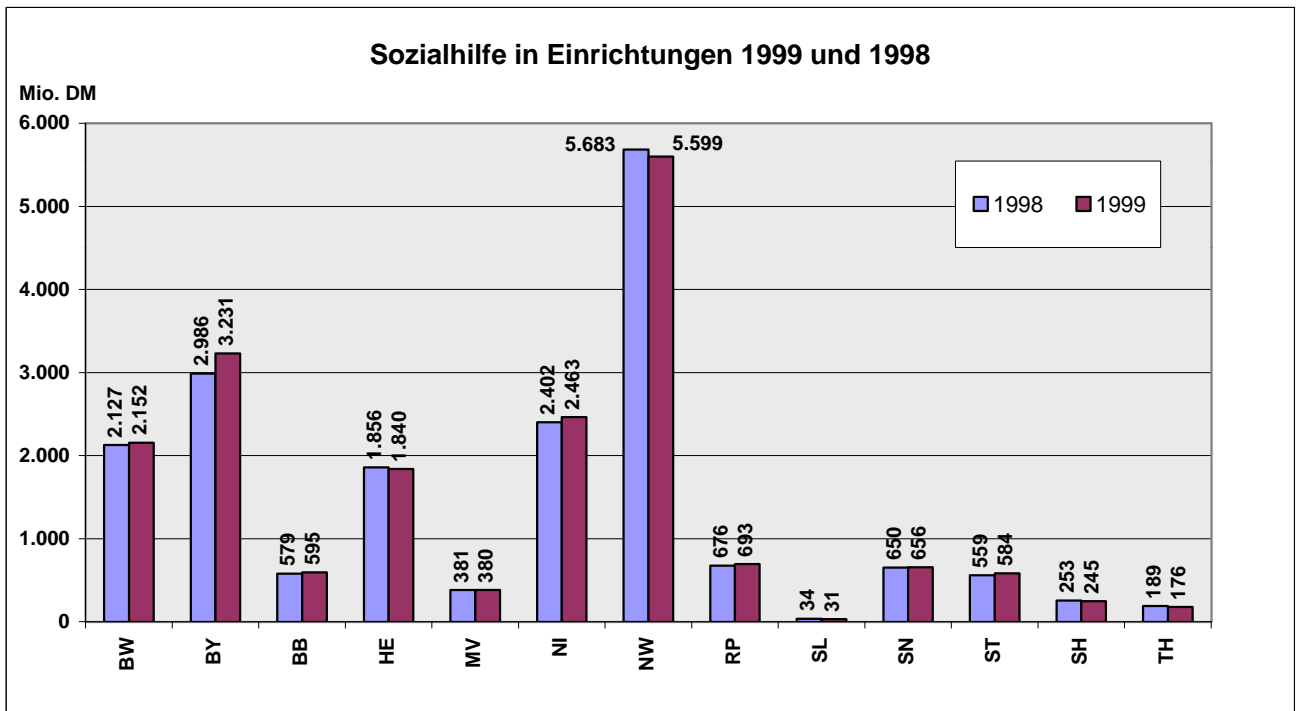
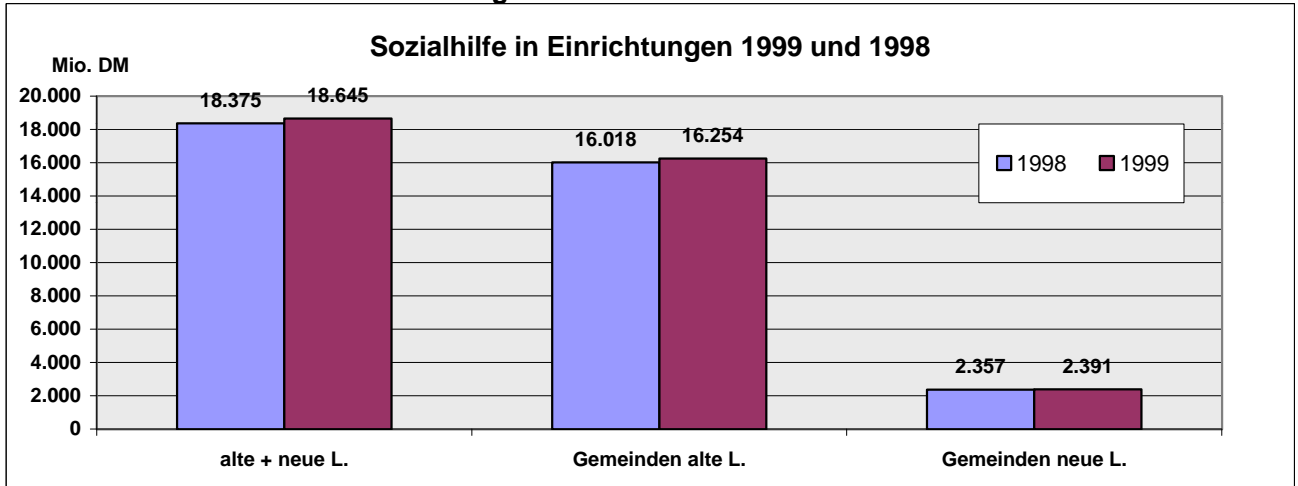
Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen



* Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

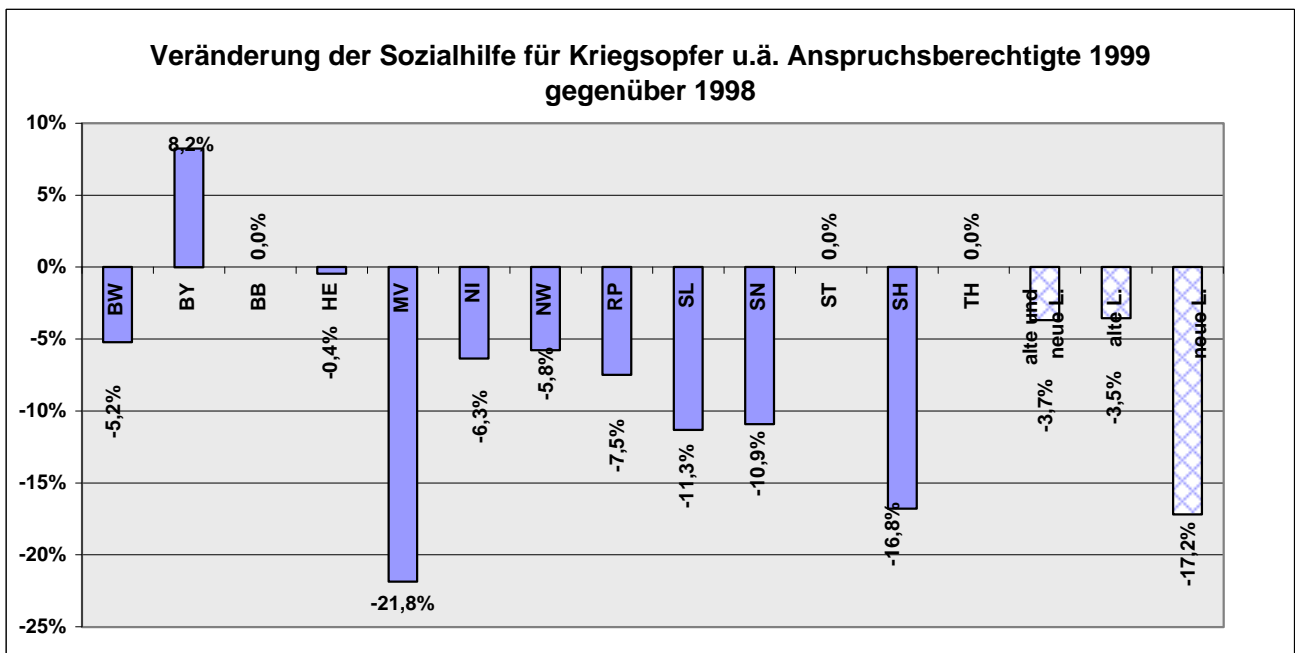
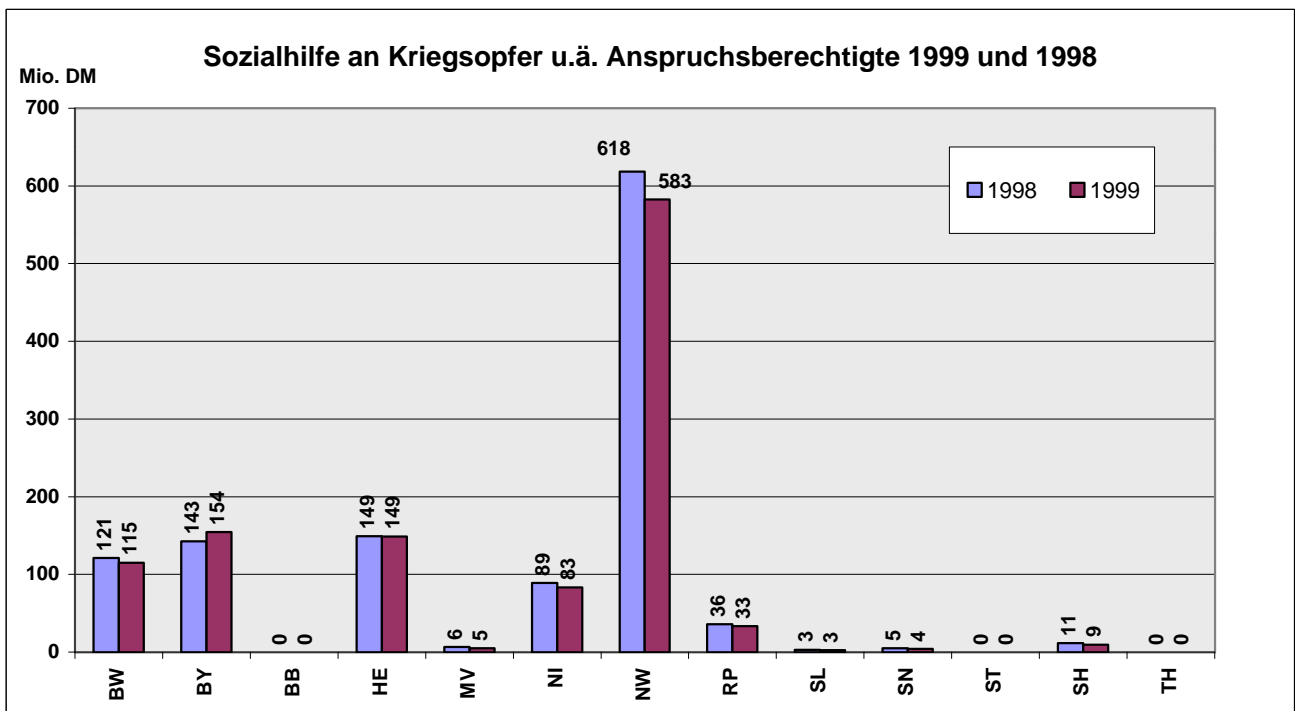
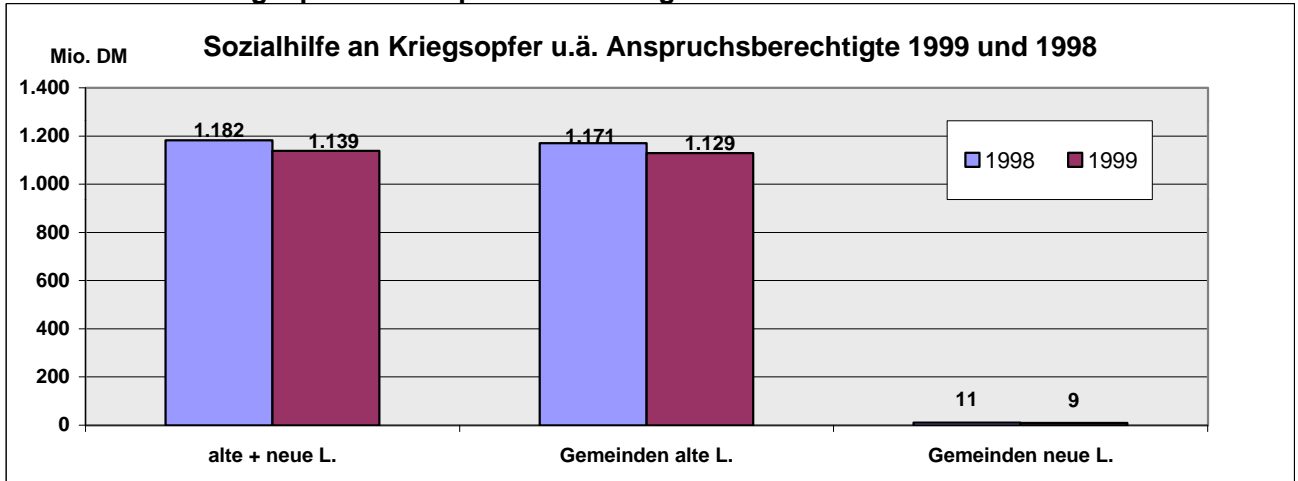
Sozialhilfe innerhalb von Einrichtungen



* Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

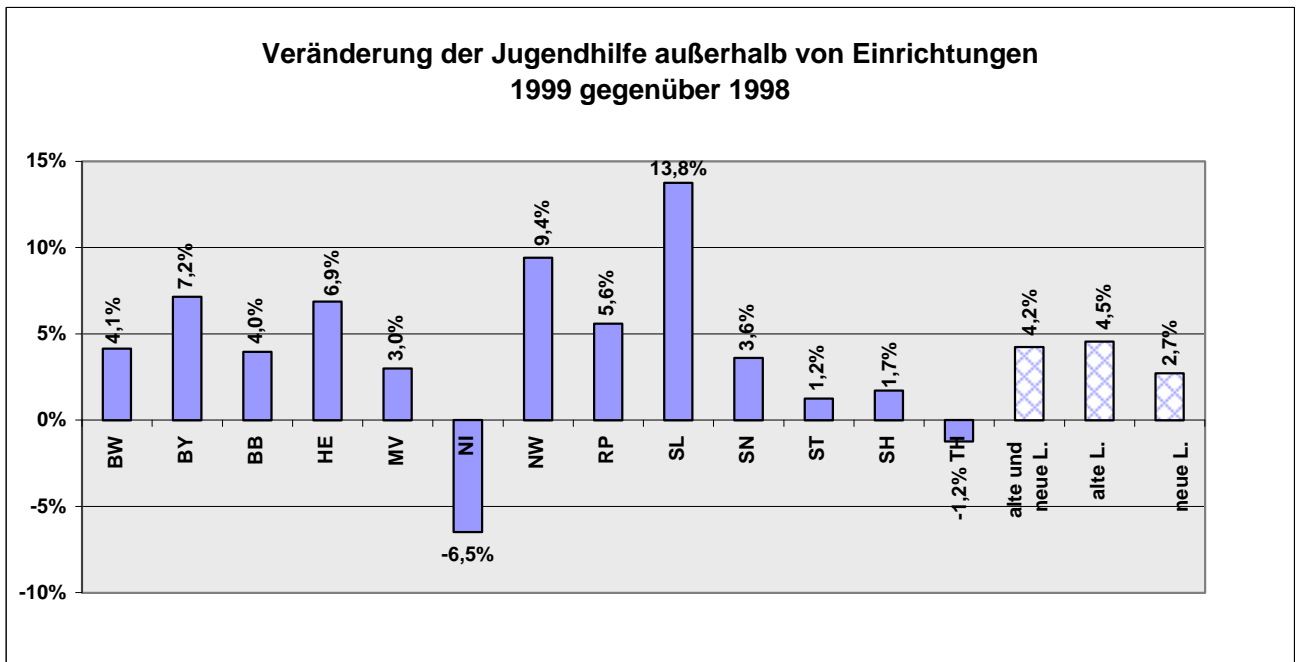
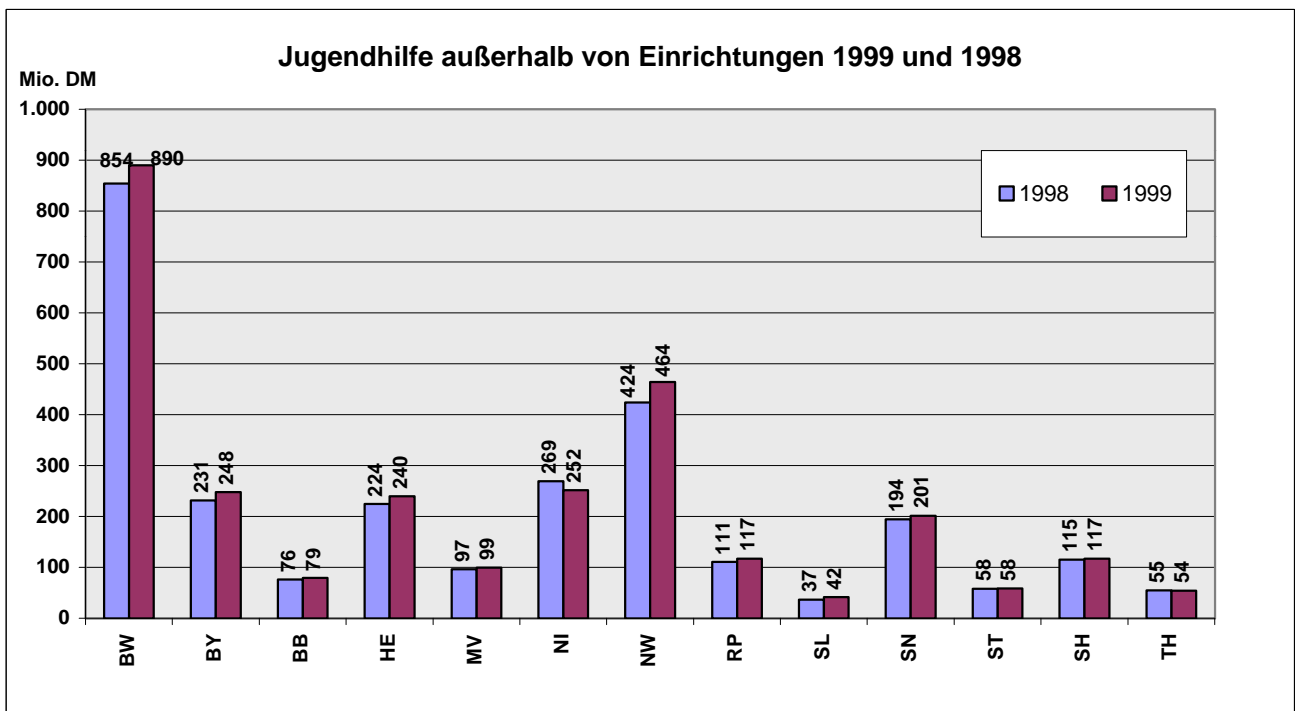
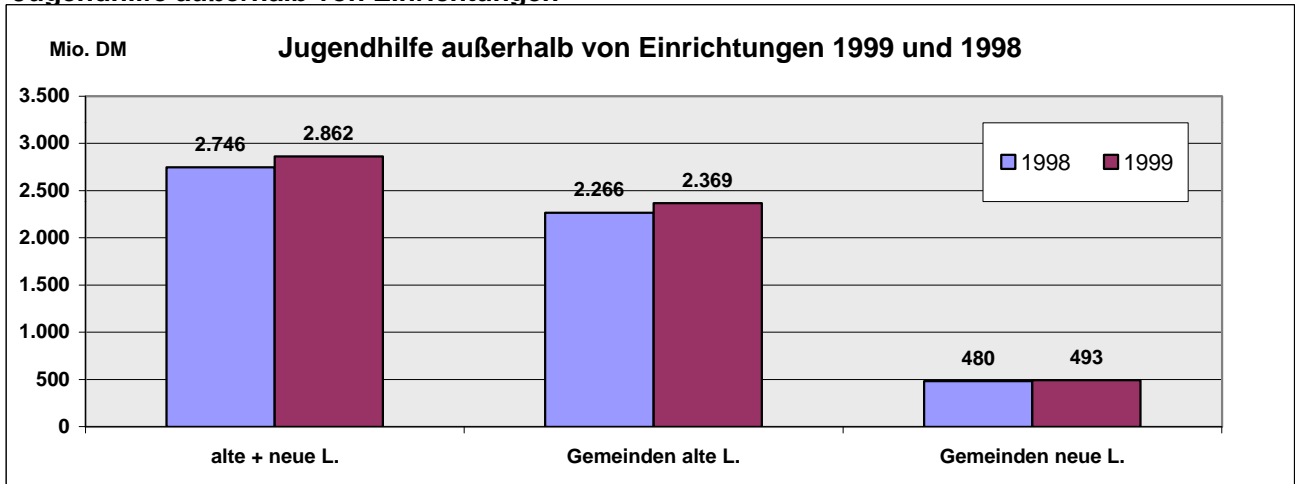
Sozialhilfe an Kriegsooper u.ä. Anspruchsberechtigte



* Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

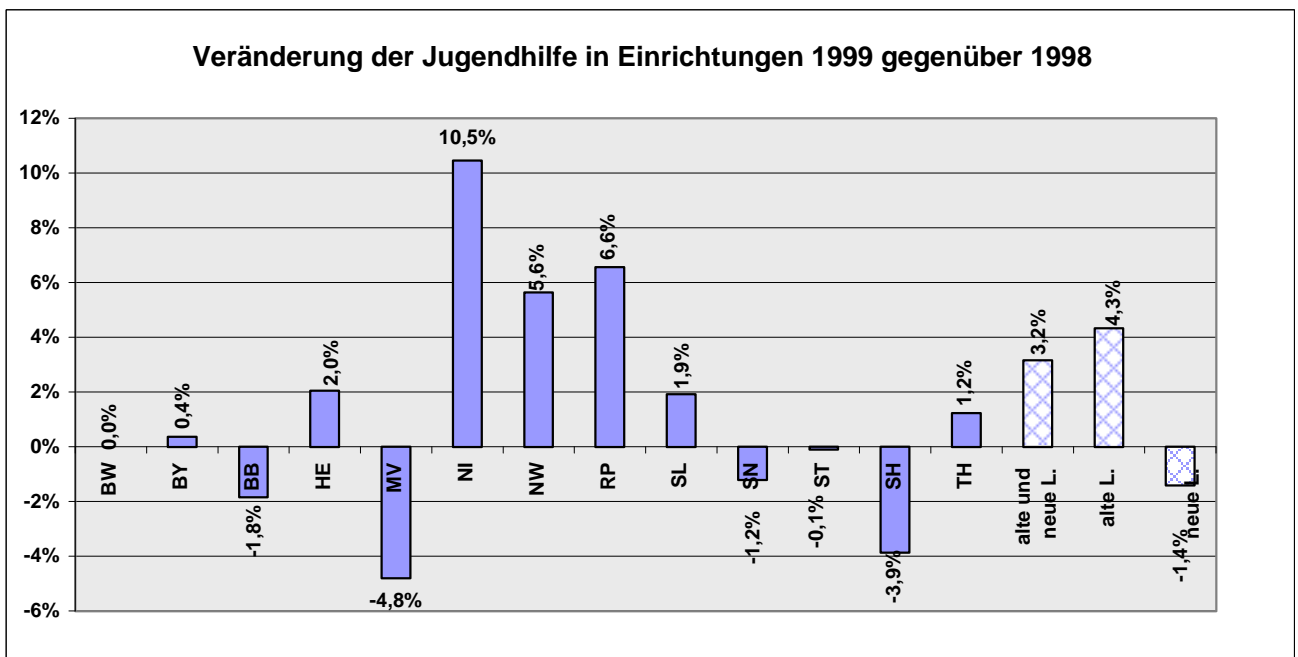
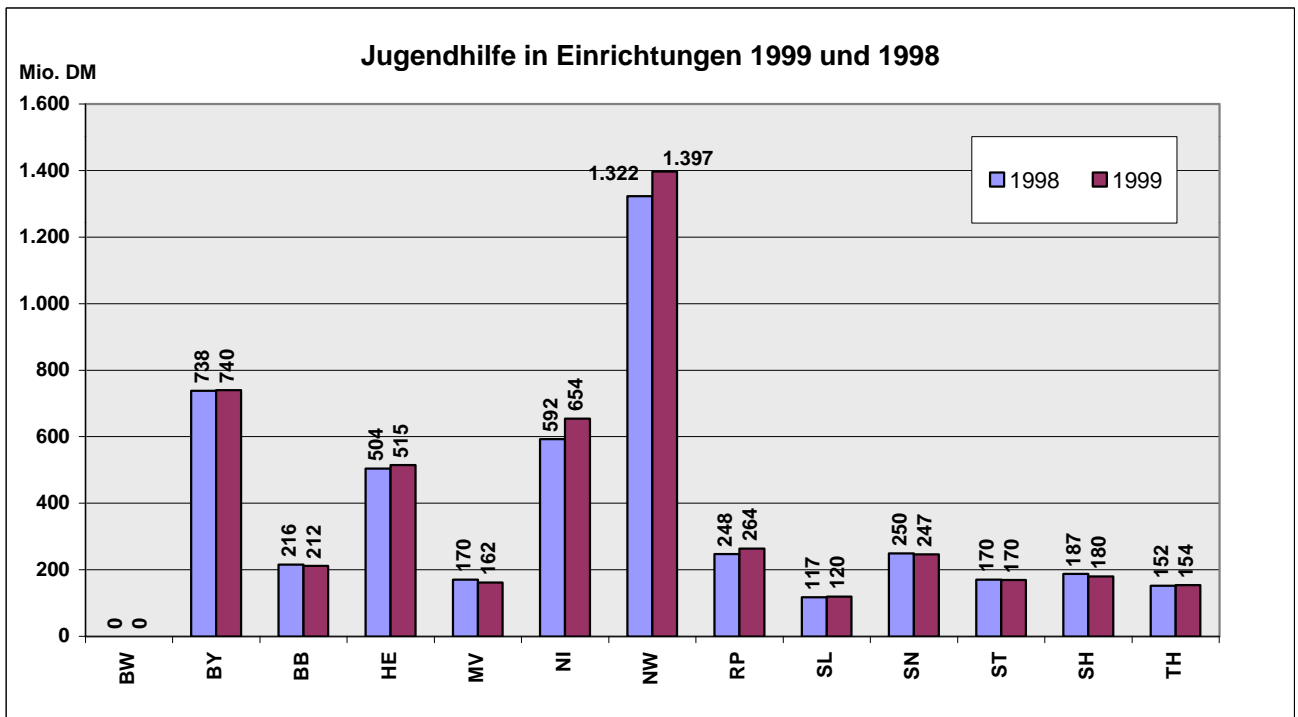
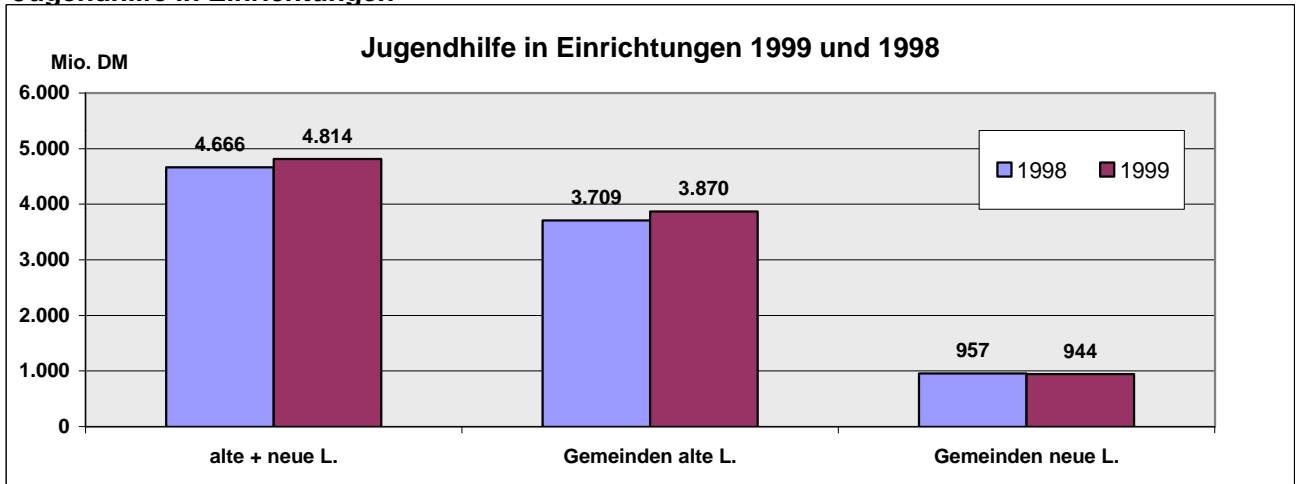
Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen



* Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

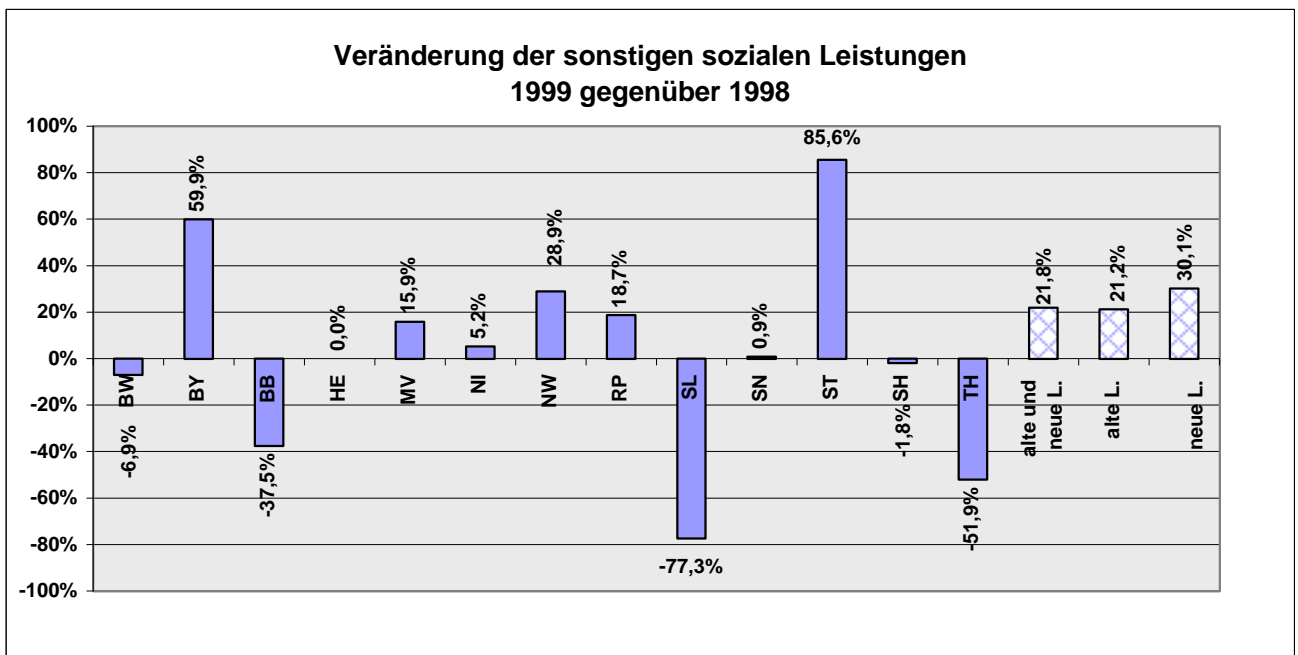
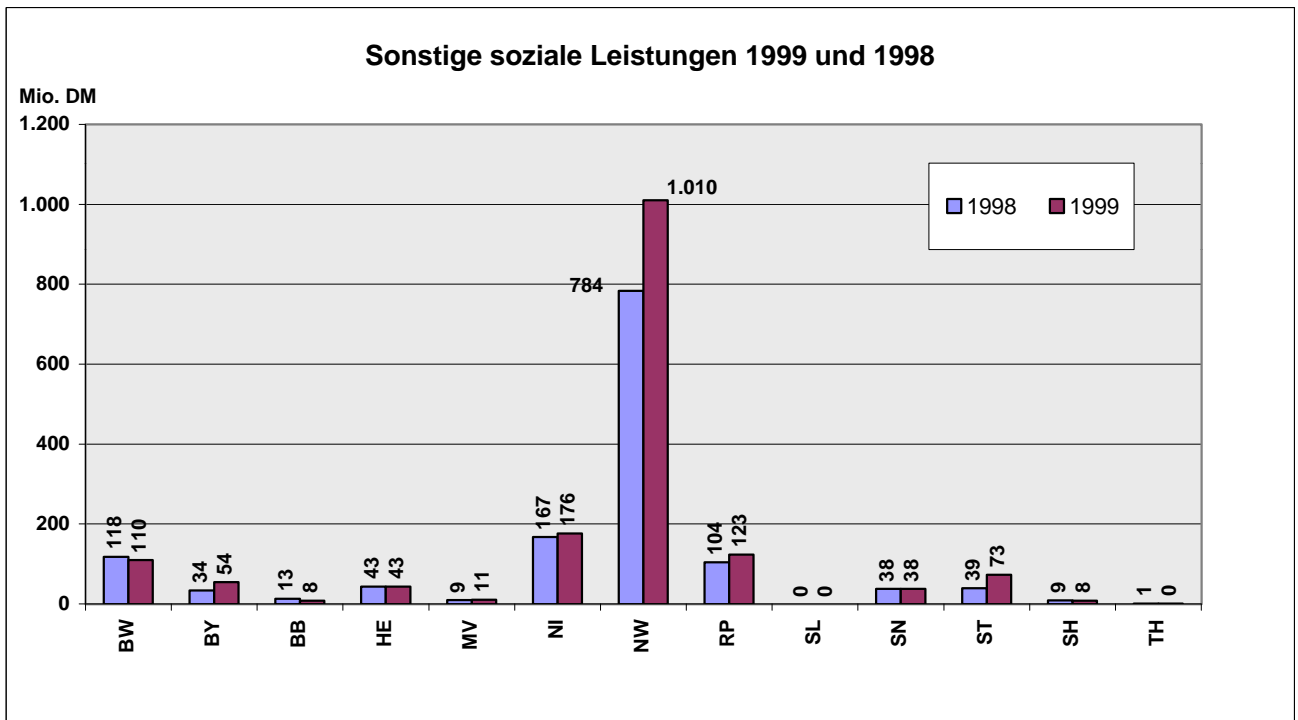
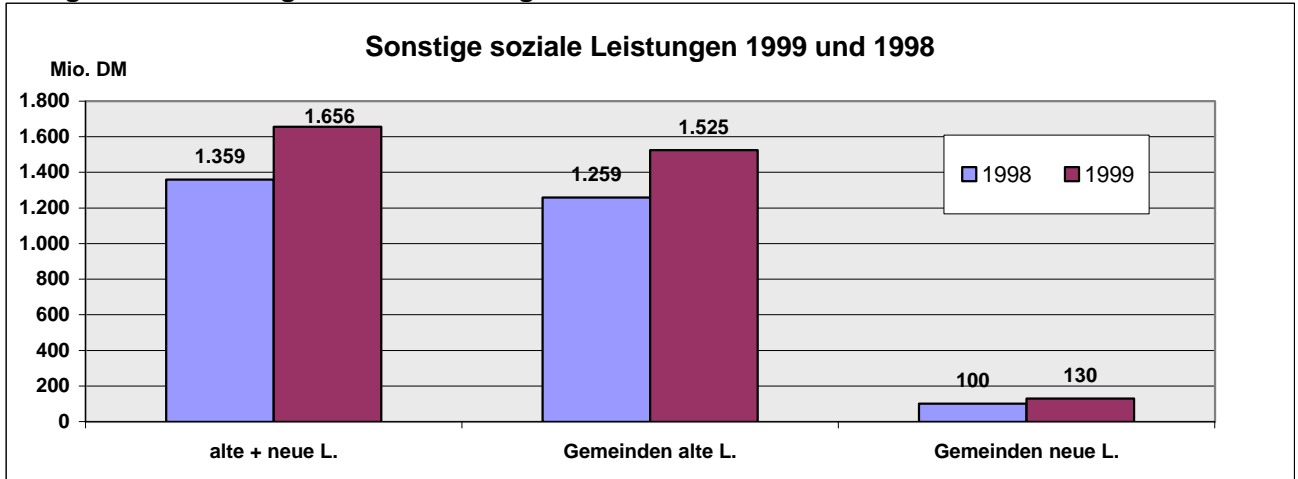
Jugendhilfe in Einrichtungen



* Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

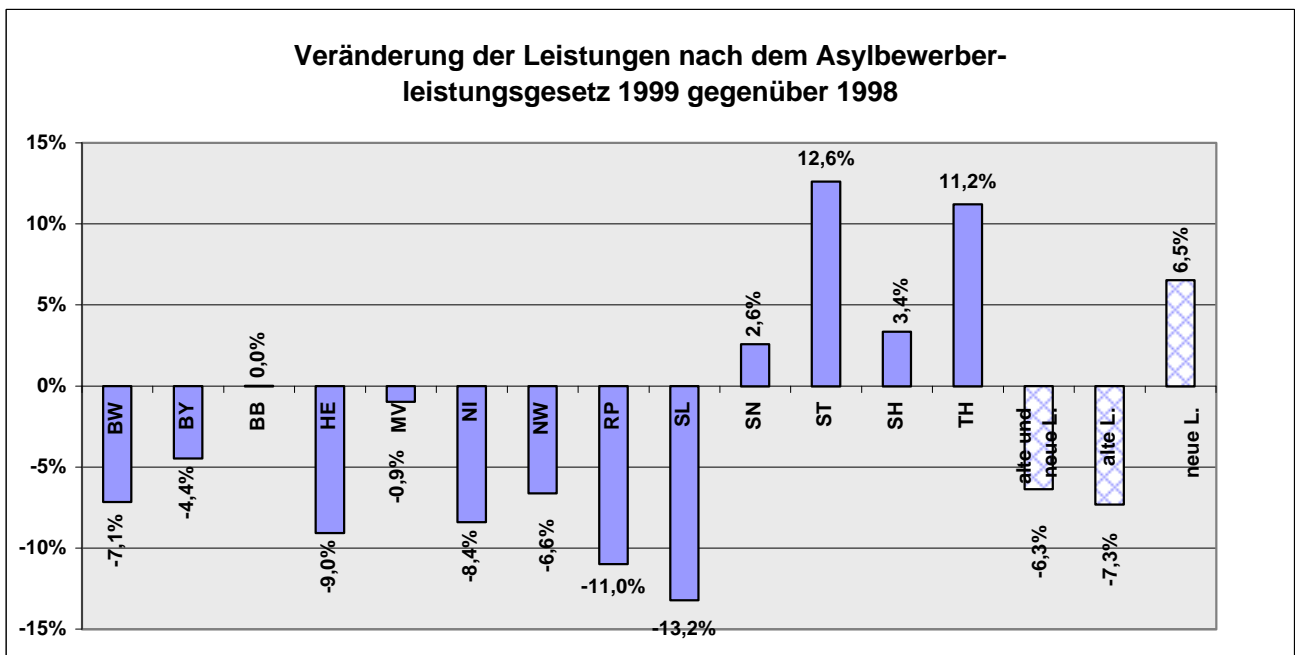
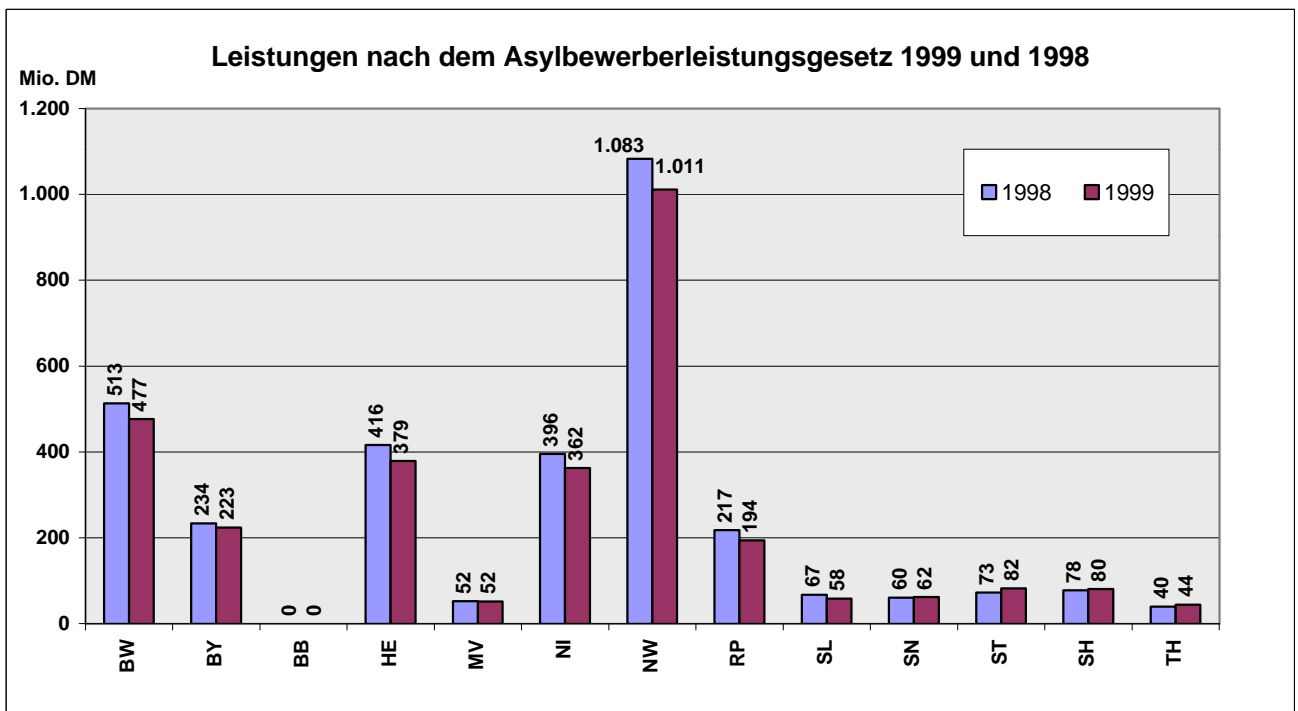
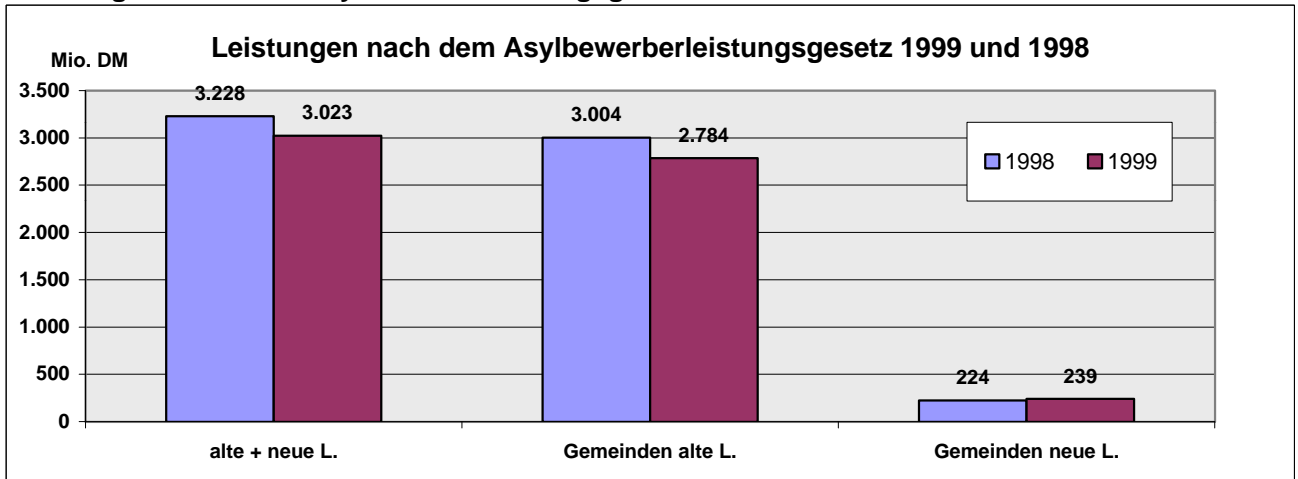
Ausgaben für sonstige soziale Leistungen



* Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz



* Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

Bisher in dieser Reihe erschienen

in Ausgabe Stadt und Gemeinde INTERAKTIV:

Nº 1	Infrastruktur sichern – Zukunft gestalten: Kommunale Wirtschaft vor neuen Herausforderungen!	7-8/98
Nº 2	Fragen und Antworten zum neuen Energiewirtschaftsrecht	9/98
Nº 3	Erwartungen der Städte und Gemeinden an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung	10/98
Nº 4	Fragen, Antworten und Handlungsempfehlungen zum Vergaberecht	11/98
Nº 5	Gegenüberstellung und Kommentierung der Koalitionsvereinbarung der SPD/Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 20. Oktober 1998	12/98
Nº 6	Sozialpolitik in Deutschland – DStGB zum Reformbedarf aus Sicht der Städte und Gemeinden	1-2/99
Nº 7	Jahr-2000-Problem in Städten und Gemeinden Eine praxisorientierte Handreichung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik	4/99
Nº 8	Kommunales Immobilienmanagement Konzepte und Lösungsansätze zur Optimierung der kommunalen Immobilienwirtschaft	5/99
Nº 9	Baulandmobilisierung und städtebauliche Verträge	9/99
Nº 10	„Jahrtausend-Alleen“ für Bürger und Umwelt Pflanzaktion der Städte und Gemeinden zur Jahrtausendwende	10-11/99
Nº 11	Städte und Gemeinden in Deutschland Bilanz '99 und Ausblick 2000: Daten – Fakten – Hintergründe	1-2/2000
Nº 12	Auswirkungen des Steuersenkungsgesetzes auf die Haushalte der Städte und Gemeinden	4/2000
Nº 13	Fragen und Antworten zu Konzessionsabgabe und Konzessionsverträgen in der Stromversorgung	6/2000



Deutscher
Städte- und Gemeindebund

Marienstraße 6 · 12207 Berlin

Telefon 030.773 07.0 · Telefax 030.773 07.200

eMail dstgb@dstgb.de

Verlag WINKLER & STENZEL GmbH

Postfach 1207 · 30928 Burgwedel

Telefon 05139.8999.0 · Telefax 05139.8999.50

eMail info@winkler-stenzel.de